

Stand: 19.05.2024 11:58:17

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/19

"Einsetzung einer Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/19 vom 23.10.2008
2. Beschluss des Plenums 16/22 vom 23.10.2008
3. Plenarprotokoll Nr. 2 vom 23.10.2008
4. Plenarprotokoll Nr. 6 vom 03.12.2008
5. Plenarprotokoll Nr. 11 vom 04.02.2009
6. Plenarprotokoll Nr. 94 vom 02.02.2012
7. Bericht 16/17927 vom 11.07.2013

## Antrag

der Abgeordneten **Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Franz Josef Pschierer** und **Fraktion CSU**,  
**Martin Zeil, Tobias Thalhammer, Dr. Franz Xaver Kirschner, Thomas Hacker, Dr. Wolfgang Heubisch** und **Fraktion FDP**  
**Franz Maget, Dr. Thomas Beyer, Harald Güller, Christa Naaß, Johanna Werner-Muggendorfer** und **Fraktion SPD**,  
**Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Eike Hallitzky, Thomas Mütze** und **Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**,

### **Einsetzung einer Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass der Vorstand der Bayerischen Landesbank am 21. Oktober 2008 vor dem Verwaltungsrat und der Öffentlichkeit erstmals einen Kapitalbedarf von insgesamt 6,4 Milliarden Euro dargelegt hat.

Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass die Anteilseigner Sparkassenverband und Freistaat Bayern sich im Hinblick auf die in Planung befindliche Kapitalerhöhung in Höhe von 1 Milliarde Euro bei der BayernLB auf eine Lösung verständigt haben. Der Verwaltungsrat der BayernLB hat am 21. Oktober 2008 beschlossen, Stabilisierungsmaßnahmen nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Bundes zu beantragen.

Der Landtag erachtet es für erforderlich, die von der BayernLB einzuleitenden Konsolidierungsmaßnahmen zu begleiten und setzt daher gemäß § 40 seiner Geschäftsordnung eine Kommission ein.

Der Kommission gehören zwölf Mitglieder (CSU: sechs Mitglieder, SPD: drei Mitglieder, Freie Wähler: ein Mitglied, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: ein Mitglied, FDP: ein Mitglied) an.

Die Kommission unterstützt die Vertreter des Freistaates Bayern in den Gremien der Bayerischen Landesbank bei der Wahrnehmung ihrer Kontroll- und Überwachungsbefugnisse in den Gremien der Bayerischen Landesbank. Hierzu wird sie die Staatsregierung bzw. den Vorstand der Bayerischen Landesbank zu regelmäßigen Berichten auffordern, die sich insbesondere auf folgende Fragen beziehen:

- die bisherigen Strukturen und Geschäftsausrichtungen;
- aktueller Sachstand hinsichtlich der von der BayernLB beantragten Hilfen nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Bundes;
- die geplanten Konsolidierungsmaßnahmen und die aktuelle Finanzlage;
- die weiteren Überlegungen zum zukünftigen Geschäftsmodell und zur strukturellen Neuausrichtung der BayernLB.

Die Kommission soll darüber hinaus in einen Dialog mit Vertretern der Sparkassenseite eintreten, um einen Beitrag dafür zu leisten, dass die Sparkassen auch nach der erforderlichen Konsolidierung im Landesbankenbereich als leistungsfähige, unmittelbare Ansprechpartner im Bereich der Mittelstandsfinanzierung und für Privatanleger und Sparer gut aufgestellt sind.

Die Kommission wird Maßnahmen, die nach ihrer Einschätzung und Prüfung sinnvoll sind, in geeigneter Weise an die in den Gremien der BayernLB vertretenen Mitglieder der Staatsregierung herantragen, die ihrerseits die Kommission über das weitere Vorgehen unterrichten.

Die Kommission ist auch befugt, Sachverständige zuzuziehen.

## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Franz Josef Pschierer** und **Fraktion CSU, Martin Zeil, Tobias Thalhammer, Dr. Franz Xaver Kirschner, Thomas Hacker, Dr. Wolfgang Heubisch** und **Fraktion FDP**  
**Franz Maget, Dr. Thomas Beyer, Harald Güller, Christa Naaß, Johanna Werner-Muggendorfer** und **Fraktion SPD,**  
**Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Eike Hallitzky, Thomas Mütze** und **Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**

Drs. 16/19

### **Einsetzung einer Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB**

Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass der Vorstand der Bayerischen Landesbank am 21. Oktober 2008 vor dem Verwaltungsrat und der Öffentlichkeit erstmals einen Kapitalbedarf von insgesamt 6,4 Milliarden Euro dargelegt hat.

Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass die Anteilseigner Sparkassenverband und Freistaat Bayern sich im Hinblick auf die in Planung befindliche Kapitalerhöhung in Höhe von 1 Milliarde Euro bei der BayernLB auf eine Lösung verständigt haben. Der Verwaltungsrat der BayernLB hat am 21. Oktober 2008 beschlossen, Stabilisierungsmaßnahmen nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Bundes zu beantragen.

Der Landtag erachtet es für erforderlich, die von der BayernLB einzuleitenden Konsolidierungsmaßnahmen zu begleiten und setzt daher gemäß § 40 seiner Geschäftsordnung eine Kommission ein.

Der Kommission gehören zwölf Mitglieder (CSU: sechs Mitglieder, SPD: drei Mitglieder, Freie Wähler: ein Mitglied, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: ein Mitglied, FDP: ein Mitglied) an.

Die Kommission unterstützt die Vertreter des Freistaates Bayern in den Gremien der Bayerischen Landesbank bei der Wahrnehmung ihrer Kontroll- und Überwachungsbefugnisse in den Gremien der Bayerischen Landesbank. Hierzu wird sie die Staatsregierung bzw. den Vorstand der Bayerischen Landesbank zu regelmäßigen Berichten auffordern, die sich insbesondere auf folgende Fragen beziehen:

- die bisherigen Strukturen und Geschäftsausrichtungen;
- aktueller Sachstand hinsichtlich der von der BayernLB beantragten Hilfen nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Bundes;
- die geplanten Konsolidierungsmaßnahmen und die aktuelle Finanzlage;
- die weiteren Überlegungen zum zukünftigen Geschäftsmodell und zur strukturellen Neuausrichtung der BayernLB.

Die Kommission soll darüber hinaus in einen Dialog mit Vertretern der Sparkassenseite eintreten, um einen Beitrag dafür zu leisten, dass die Sparkassen auch nach der erforderlichen Konsolidierung im Landesbankenbereich als leistungsfähige, unmittelbare Ansprechpartner im Bereich der Mittelstandsfinanzierung und für Privatanleger und Sparer gut aufgestellt sind.

Die Kommission wird Maßnahmen, die nach ihrer Einschätzung und Prüfung sinnvoll sind, in geeigneter Weise an die in den Gremien der BayernLB vertretenen Mitglieder der Staatsregierung herantragen, die ihrerseits die Kommission über das weitere Vorgehen unterrichten.

Die Kommission ist auch befugt, Sachverständige zuzuziehen.

Die Präsidentin

**Barbara Stamm**

**Präsidentin Barbara Stamm:** In die Beratung beziehe ich folgende Anträge ein:

hierzu:

**Antrag der Abg. Franz Maget, Dr. Thomas Beyer, Christa Naaß u. a. u. Frakt. (SPD)  
Entlassung des Staatsministers der Finanzen (Drs. 16/16)**

und

**Antrag der Abg. Hubert Aiwanger, Joachim Hanisch, Dr. Gabriele Pauli u. a. u.  
Frakt. (Freie Wähler)  
Bildung einer "Sonstigen Kommission" nach § 40 der Geschäftsordnung für den  
Bayerischen Landtag (Drs. 16/17)**

und

**Antrag der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, u. a. u. Frakt.  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bericht über die aktuelle Lage der BayernLB (Drs. 16/18)**

und

**Antrag der Abg. Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Franz Josef Pschierer u. Frakt.  
(CSU)  
Martin Zeil, Tobias Thalhammer, Dr. Franz Xaver Kirschner u. a. u. Frakt. (FDP)  
Franz Maget, Dr. Thomas Beyer, Harald Güller u. a. u. Frakt. (SPD)  
Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)  
Einsetzung einer Kommission zur parlamentarischen Begleitung der  
Krisenbewältigung bei der BayernLB (Drs. 16/19)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile hierzu zunächst dem Staatsminister der Finanzen das Wort. Herr Staatsminister Huber, bitte schön.

**Staatsminister Erwin Huber (Finanzministerium):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herrn! Die Entwicklung der internationalen Finanzmärkte ist katastrophal. Sie beunruhigt und verängstigt die ganze Welt, und niemand kann heute die Wirkungen auf die sogenannte Realwirtschaft und damit auf die wirtschaftliche Entwicklung der Welt und auf die Arbeitsplätze genau vorhersagen.

Diese Entwicklung trifft auch die Bayerische Landesbank ganz massiv. Sie befindet sich in einer ernsthaften Krise. Da gibt es gar nichts zu beschönigen. Die Krise der Landesbank, eine einstmals stolze Bank und Aushängeschild Bayerns, schädigt und belastet das Ansehen des Freistaates insgesamt und ist auch nicht ohne politische Auswirkungen.

Ich habe gestern erklärt, ich werde die politische Verantwortung für die Situation der Landesbank übernehmen und deshalb der neuen Staatsregierung nicht mehr angehören. Diese Erklärung gebe ich ab, obwohl ich erst seit dem Herbst 2007, also seit rund einem Jahr als stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates und seit September dieses Jahres als Vorsitzender in der unmittelbaren Verantwortung in der Landesbank bin. Ich mache das deshalb, obwohl alle wesentlichen Entscheidungen, die zum heutigen Desaster führten, lange vor meiner Zeit getroffen wurden, denn mein Verständnis von Verantwortung und Pflicht ist es, dass man die Konsequenzen auch dann zieht, wenn keine unmittelbare persönliche Schuld gegeben ist. Ich habe in den letzten Tagen gelesen, dass vor allem der Vorwurf erhoben wird, ich oder andere aus dem Verwaltungsrat hätten vor der Landtagswahl am 28. September Zahlen vertuscht oder verheimlicht.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das wird schon stimmen!)

- Das ist wieder typisch. Sie urteilen, bevor Sie überhaupt Fakten geprüft haben.

(Beifall bei der CSU - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das hat er doch selber gesagt!)

Ich muss sagen, ich räume durchaus ein, dass ich in diesem und im letzten Jahr gelegentlich Probleme mit der Kommunikationsstrategie der Landesbank hatte.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Aber, meine Damen und Herren, wir haben dann ein geordnetes Verfahren gewählt.

(Margarete Bause (GRÜNE): Sehr geordnet!)

Es gibt in der Zwischenzeit - ohne gesetzliche Verpflichtung - durch Entscheidung des Verwaltungsrats Quartalsberichte. Der letzte dazu ist am 13. August - also, wenn Sie so wollen, etwa sechs Wochen vor der Wahl - durch die Landesbank veröffentlicht worden.

Seinerzeit war von einem negativen Ergebnis vor Steuern in der Größenordnung von 630 Millionen Euro berichtet worden. Außerdem sind die Belastungen aus dem Finanzmarkt mit insgesamt 2,6 Milliarden Euro angegeben worden. Das war eine Mitteilung von Mitte August. Davon entfallen 1,4 Milliarden Euro zulasten der Gewinn- und Verlustrechnung. Sie wirken sich also unmittelbar auf das Jahresergebnis 2008 aus. Hinzu kommen 1,2 Milliarden Euro Zuführung zur Neubewertung der Rücklagen.

Das sind die von der Bank Mitte August veröffentlichten Zahlen. Sie haben seinerzeit zu meiner Überraschung kein großes Aufsehen erregt.

Dann zur Frage, die Sie zu Recht stellen: Wie ist es weitergegangen? Sind möglicherweise Zahlen verheimlicht worden?

Deshalb sage ich Ihnen jetzt, welche Unterlagen mir als stellvertretender Vorsitzender und als Vorsitzender des Verwaltungsrates zugegangen sind. Das sind die Wochenberichte, die uns auch im Untersuchungsausschuss des Öfteren beschäftigt haben. Ich muss dazu sagen, das waren nicht die geprüften und belastbaren Zahlen. Aber sie sind ein Indikator für die Entwicklung. Am 28.08. habe ich die Mitteilung bekommen, dass sich in der vorangegangenen Woche eine neue Belastung von 86 Millionen Euro ergeben hat. Am 04.09. war die entsprechende Zahl der neuen Belastung 19,5 Millionen Euro.

Eine Woche später, am 11.09., war die neue Belastung 116 Millionen Euro. Am 18. September kommt folgende Zahl: Neue Belastung 318,5 Millionen Euro. Das ist eine hohe Zahl. Aber dazu muss ich sagen, das hängt mit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers zusammen, die allein zum damaligen Zeitpunkt die Landesbank mit geschätzt 300 Millionen Euro belastet hat. Dazu ist auf meine Veranlassung eine gesonderte Mitteilung an die Öffentlichkeit ergangen. Diese Zahl ist also nicht verschwiegen worden, sondern die unmittelbare Belastung aus dem Zusammenbruch von Lehman Brothers ist mitgeteilt worden. Es folgt die nächste Zahl zum 30.09. - das ist zwar schon zwei Tage nach der Wahl, aber damit Sie die ganze Serie sehen -: Belastung 117 Millionen Euro und dann am 09.10. spricht der Wochenbericht von einer Belastung von 667,4 Millionen Euro. Das ist die Woche, in der international gewaltige Einbrüche stattgefunden haben, die sich natürlich wertmindernd auf die Bestände der Landesbank ausgewirkt haben. Das sind keine Zahlungsausfälle, sondern Wertberichtigungen auf Bestände.

Meine Damen und Herren, wer diese Zahlenserie sieht, kann den Vorwurf, es wären vor der Wahl wesentliche Informationen oder Zahlen verschleiert oder vertuscht worden, nicht aufrechterhalten. Ich weise diesen Vorwurf als falsch zurück.

(Beifall bei der CSU)

Ich weiß, dass da herumgeistert, was man angeblich vor der Wahl sagt oder nicht sagt. Wer so etwas äußert, muss dafür selbst die Verantwortung übernehmen. Mir waren nur die jetzt genannten Zahlen verfügbar. Da wird niemand sagen, dass damit ein Vorwurf einer Vertuschung verbunden werden kann, zumal es klar ist, dass es die Zuständigkeit des Vorstands der Bank ist, mit Zahlen an die Öffentlichkeit zu gehen und nicht die Verantwortung des Verwaltungsrates. Sonst hätten wir genau das Durcheinander, über das wir schon einmal diskutiert und das wir beklagt haben.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren für diejenigen, die neu im Bayerischen Landtag sind, möchte ich ein paar Zahlen noch zur Bayerischen Landesbank sagen. Das ist heute

ein Konzern mit 19.000 Beschäftigten, mit einer ganzen Reihe von Töchtern und Unternehmungen, die in vielen Teilen der Welt tätig sind. Diese Entwicklung der Landesbank geht auf Jahrzehnte zurück. Sie ist also nicht in den letzten zwei oder drei Jahren oder gar im letzten Jahr unter meiner Stabführung entstanden, sondern das ist die Aufstellung der Landesbank seit Jahrzehnten. Sie beruht auf dem Landesbankgesetz, das dieses Hohe Haus verabschiedet hat, das auch einschließt, dass neben dem öffentlichen Auftrag in Bayern und neben der Mittelstandsfinanzierung selbstverständlich Geschäfte an den internationalen Finanzmärkten getätigt werden können. Das ist gesetzliche Grundlage. Das muss man natürlich nicht machen, aber man darf es machen. Deshalb ist der Vorwurf, der gelegentlich von der linken Seite kommt, die Landesbank hätte rechtswidrig oder gesetzeswidrig gehandelt, falsch. Im Übrigen kann ich mich erinnern, dass seinerzeit auch die SPD dem Landesbankgesetz zugestimmt hat, also auch dieser Ausrichtung.

Aber es geht nicht nur um das Gesetz, meine Damen und Herren, es geht natürlich um die Praxis über Jahrzehnte hinweg. Die Geschäfte der Landesbank finden ja nicht im Geheimen statt. Es gibt jedes Jahr einen Jahresabschluss, es gibt eine öffentliche Darstellung, es gibt natürlich die Überprüfung durch die Wirtschaftsprüfer. Das heißt, das Geschäftsgebaren der Landesbank - auch in der internationalen Orientierung - war allgemein bekannt. Auch, um das noch einmal zu wiederholen, das Engagement in US-Papiere. Dieses Portfolio, dieses Asset wurde seit 1993 aufgebaut, ist also nicht in wenigen Monaten im letzten Jahr entstanden, sondern ist seit 15 Jahren aufgebaut worden. Ich sage nur der Vollständigkeit halber, dass man damit Erlöse in der Größenordnung von einer Milliarde Euro hatte. Das war natürlich auch die Verführung, weiter in diese Papiere zu investieren.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Eine schöne Verführung!)

Nun wird natürlich zu Recht die Frage gestellt, warum denn eigentlich die Landesbanken in Deutschland in so besonderer Weise von der Finanzmarktkrise betroffen sind. Ist das vielleicht auf die Politik zurückzuführen, oder woran liegt es?

Aus meiner Sicht, meine Damen und Herren, ist eine wesentliche Ursache dafür die Gewährträgerhaftung und Anstaltslast. Das hat es diesen Banken ermöglicht sich, über Jahrzehnte hinweg relativ preisgünstig auf den Märkten mit Geld zu versorgen. Die Landesbank ist keine Retailerbank, die Spareinlagen nimmt, sondern eine Bank, die vom Geld und Kapitalmarkt lebt. Wer sich günstig auf dem Geld- und Kapitalmarkt finanzieren kann, betreibt natürlich eine Ausweitung des Geschäftes. Es war lange Zeit relativ risikoarm, und zwar deshalb, weil durch das Triple-A aufgrund der Bürgschaft und Gewährträgerhaftung eine billige Refinanzierung möglich war. Das hat letztlich dazu geführt, dass die privaten Banken, vor allem aus Deutschland, massiv bei der EU-Kommission in Brüssel tätig geworden sind, um das abzustellen, weil es natürlich ein Wettbewerbsvorteil war, und das hat letztlich zu dieser Ausweitung der Geschäfte geführt.

Viele waren auch stolz darauf, dass die Landesbank in all diesen Jahren satte Gewinne erwirtschaftet hat, die sowohl den Sparkassen wie natürlich auch dem Freistaat Bayern zugute gekommen sind. Das ist die geschichtliche Entwicklung. Man kann sagen, im Jahr 2008 ist man klüger. Hätte man das alles nicht gemacht, dann hätte man die heutigen Probleme nicht. So ist es immer im Leben. Wer schon weiß, was in 20 Jahren ist, der wird viele Fehler vermeiden, meine Damen und Herren. Aber ich bitte, das in einem Gesamtzusammenhang zu sehen. Deshalb sage ich auch: All diejenigen, die heute besserwisserisch auftreten und sagen, das alles wäre vermeidbar gewesen, reden auch an Fakten vorbei.

(Beifall bei der CSU)

Allerdings hat sich noch eine besondere Verführung dazugesellt: Diese Gewährträgerhaftung ist erst nach einer Übergangszeit weggefallen. In dieser Übergangszeit, in den Jahren 2002 bis 2005, war die Versuchung, sich mit Kapital - oder besser gesagt: mit Geld - zusätzlich einzudecken, natürlich besonders hoch. Natürlich waren das Riesensummen. Diese Beträge hätten in keiner Weise in der Mittelstandsfinanzierung eingesetzt werden können, weil es so gewaltige Dimensionen waren. Deshalb war natürlich die Versuchung, hier vermeintlich risikoarme Erträge zu erwirtschaften, indem man noch

sehr viel Geld aufnimmt und investiert, besonders groß. Ich wollte das sagen, weil ich glaube, das gehört zum Gesamtbild dazu. So oder so ähnlich ist es bei mehreren Landesbanken gelaufen, die natürlich durchaus unterschiedliche Erträge und Positionen haben.

Das ist so lange relativ gut gegangen, bis auf dem amerikanischen Markt - vor allem auf dem Immobilienmarkt - diese Blase geplatzt ist, weil in den Vereinigten Staaten von Amerika bei Kreditvergaben, wie wir kürzlich schon besprochen haben, nicht das in Deutschland übliche enge Bewertungsverfahren, sondern eine Finanzierung von 100 % stattfindet und der Wohlstand mit Credit Cards finanziert wird. Aber es ist lange gut gegangen. Allerdings ist es dann mit dem Verfall von Immobilienwerten in den USA zu immer mehr Problemen gekommen. Schließlich ist diese Blase geplatzt.

Parallel dazu - ich will dazu nur ein paar Sätze sagen, da werden sicher noch Bücher geschrieben - hat es in der Finanzwelt immer mehr Entwicklungen von hochkomplexen und intransparenten Produkten gegeben, die sich von der Realwirtschaft mehr oder weniger abheben, die gebildet und durchaus mit Geschick verkauft worden sind. Betrachtet man, dass im Grunde an einem Tag 100 bis 200 Milliarden auf den Geldmärkten der Welt rund um die Uhr bewegt werden, sieht man natürlich auch die Risiken. Dieser Ausweitung des Geschäftsverkehrs der internationalen Finanzwirtschaft ist die Kontrolle und die Aufsicht von Banken sowie Finanzinstituten nicht gefolgt. Das heißt, die Staaten sind mehr oder weniger im nationalen Bereich der Kontrolle geblieben und haben diese internationalen Ströme damit im Grunde gar nicht erfassen können. Heute wird zu Recht gesagt: Wir brauchen eine europaweite oder internationale Kontrolle dieser Geldströme; zu Recht, muss ich sagen. Aber auch da ist es so, dass die Staatengemeinschaft wohl erst aus Fehlern lernt; denn in der Vergangenheit gab es durchaus schon Hinweise, die auch von der Politik nicht aufgegriffen wurden.

Insgesamt sind bisher Schäden in Höhe von 1400 Milliarden US-Dollar entstanden, um den internationalen Charakter darzulegen. Die internationale Finanzwirtschaft hat also

nach den Schätzungen des IWF diese 1400 Milliarden US-Dollar - wie man heute sagt - verbrannt, zerstört und kaputtgemacht.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das ist nur umgeschichtet, das ist noch da!)

- Ich glaube, dass Vieles endgültig verloren ist. Ich würde also nicht sagen, dass da umgeschichtet ist. Vieles ist endgültig verloren, im Übrigen bedauerlicherweise. Es sollte uns auch zu denken geben, dass in den Vereinigten Staaten von Amerika und auch in Europa manche Altersversorgung nur kapitalmarktorientiert war.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Da sieht man gelegentlich auch wieder einmal, dass das in Deutschland übliche Verfahren der Solidarität vielleicht krisensicherer ist, als sich auf die Kapitalmärkte zu verlassen.

(Beifall bei der CSU - Dr. Thomas Beyer (SPD): Sagen Sie das der FDP!)

- Herr Beyer, ich bin für eine Kombination. Bevor Sie Ihre Begeisterung übertreiben, muss man sagen: Auch mit Riester wurde zusätzlich eine Kapitaldeckung eingeführt. Die Wahrheit liegt wohl nicht allein im Umlageverfahren und bei der Kapitaldeckung, sondern die Wahrheit liegt wahrscheinlich in der größeren Absicherung in einem gemischten Verfahren. Aber auch da gilt, dass man aus Schaden klüger wird.

Was mich persönlich betrifft, möchte ich Folgendes deutlich sagen: In der Zeit, in der ich bei der Landesbank eine besondere Verantwortung habe, sind mir weder von der BaFin, von der Bundesbank, noch von den Wirtschaftsprüfern oder von irgendeiner anderen Institution Vorschläge und Ratschläge gegeben worden, wie man diese Krise abfangen, präventiv auffangen, beseitigen und bewältigen kann. Ich maße mir nicht an - mein Vorgänger, Prof. Dr. Kurt Faltlhauser, hat das in einer lockeren Art und Weise vor Kurzem gesagt -, dass ich klüger als die internationale Finanzwelt bin. Aber wenn heute Schweizer Banken, die zu den besten Investmentbankern der Welt gehören, berühmt und anerkannt sind, auf einmal mehr oder weniger unter Staatskuratel gestellt werden und

40 Milliarden Euro brauchen, um überhaupt weiterwirtschaften zu können, ist schon ein wichtiges Datum zu nennen. Mir hat niemand aus der internationalen Finanzwelt einen Hinweis oder Ratschlag gegeben. Sonst hätte ich diese Krise vermeiden können. Aber was an Ratschlag nicht da ist, kann mir auch nicht vorgeworfen werden; denn eines muss man sagen: Dann die ganze Schuld auf einen Landesfinanzminister zu legen, ist unredlich und unehrlich.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Ich komme jetzt auf die unmittelbaren Wirkungen für die BayernLB zu sprechen. Ich habe die Zahlen, die bis September veröffentlicht wurden, schon genannt. Wir hatten am vergangenen Dienstag eine Sitzung des Verwaltungsrates mit dem ausdrücklichen Auftrag an den Vorstand, uns die Zahlen mit Stand 30. September - also einschließlich dem dritten Quartal - zu nennen. Üblicherweise dauert das zwar länger, aber auf Grund der Entwicklung, die für jeden erkennbar war, wollten wir schneller belastbare Zahlen und einen Ausblick vorliegen haben.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wo sind die jetzt?)

Das heißt, es ist uns dann vom Verwaltungsrat durch den Vorstand dargestellt worden, dass der Verlust bis einschließlich 30. September 1 Milliarde Euro beträgt und dass nach der Prognose aufgrund der Entwicklung, die gerade auch im Oktober eingetreten ist und die ich schon erwähnt habe, mit einem Jahresverlust von 3 Milliarden Euro gerechnet werden muss; also prognostizierter Jahresverlust: 3 Milliarden Euro.

Natürlich ist in einer solchen Situation sofort zu fragen: Was muss man tun? Dazu ist zu sagen: Über das ganze Jahr hinweg ist bereits eine ganze Reihe von Maßnahmen erwogen oder geprüft worden. Ich darf die Mitglieder des Hohen Hauses erinnern, dass wir im April dieses Jahres die Ermächtigung gegeben haben, dass sich der Freistaat Bayern bis zu 2,4 Milliarden Euro an einer Garantie beteiligt; die Sparkassen haben einen ähnlichen Umsatzbeschluss gefasst. Das war natürlich schon als Abschirmung des

Portfolios gedacht. Das Ganze ist dann verhandelt worden und liegt in der Zwischenzeit in Brüssel vor, wird sich allerdings jetzt verändern.

Außerdem sind Gespräche mit privaten Investoren geführt worden, die auch bis in den Oktober hinein zu einer Erweiterung und Einsichtnahme des Datenraumes geführt haben. Es waren zunächst fünf, in der zweiten Phase noch drei Interessenten, die ein echtes Interesse daran hatten, eine Beteiligung an der Landesbank bis zu 24,9 % zu erwerben. Diese Gespräche wurden in der Zwischenzeit auf Eis gelegt, weil im Moment die Risiken nicht überschaubar sind. Da ist ein Abschluss natürlich nicht möglich. Sie können fragen: Warum wird nicht jedes Gespräch am nächsten Tag der Presse mitgeteilt? Ich glaube, jeder, der vom Geschäftsleben eine Ahnung hat, weiß, dass das nicht geht.

Diese zwei sehr wichtigen Instrumente im Kopf, kommen wir zur nächsten Sitzung des Verwaltungsrats am 9. Oktober 2008. Da hat uns der Vorstand insgesamt sechs verschiedene Optionen vorgelegt, um einen nun errechneten Eigenmittelbedarf, eine Eigenmittelplanung bis zum Jahr 2011 in der Größenordnung von 3,62 Milliarden Euro abzudecken. Eine der Planungen war, dass die beiden Eigentümer insgesamt 2 Milliarden Euro aufbringen. Deswegen hat Herr Naser in einem Interview mit der SZ auch gesagt, er überlege eine Eigenkapitalerhöhung von 1 Milliarde Euro. Eine andere Planung war eine Eigenkapitalerhöhung von 0 Euro. Wenn nämlich der ganze Schirm der Europäischen Union genehmigt worden wäre, wäre in der Tat kaum zusätzliches Eigenkapital erforderlich gewesen. So gibt es fünf oder sechs verschiedene Optionen, um das zu erfüllen. Wir haben dann den Auftrag gegeben, mehrere dieser Optionen vertieft zu prüfen, um zu einem Entscheidungsweg zu kommen. - Das ist die Situation bis vor Kurzem, also bis zur letzten Sitzung des Verwaltungsrats.

Ich möchte die Dramatik doch einschieben, meine Damen und Herren, die sich dann international ergeben hat. Nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers Mitte September war es bei uns die Hypo Real Estate, die gewaltige Ängste ausgelöst hat. Mich hat am 28. September, am Wahltag, abends neben den Zahlen, die aus meiner Sicht

sowieso nicht erfreulich waren, die telefonische Nachricht des Bundeswirtschaftsministers erreicht, der gesagt hat: Wir sind in intensiven Verhandlungen wegen der Hypo Real Estate, weil irgendwann um 2 oder 3 Uhr nachts in Tokio die Börse öffnet und bis dahin Klarheit sein muss, ob diese Bank gestützt werden kann. Es ist dann gelungen, in der Woche darauf wieder infrage gestellt worden und es hat zu dieser dramatischen Zuspitzung am 5. Oktober geführt.

An diesem Sonntag - ich war zu Koalitionsgesprächen im Kanzleramt - haben wir das auch mit der Kanzlerin erörtert, und sie hat am Nachmittag dieses Sonntags diese Garantie für die Spareinlagen in Deutschland ausgesprochen. Ich finde, das war ein zügiges und ein gutes Handeln der Bundesregierung, weil damit für die Sparerinnen und Sparer in Deutschland ein Stück Sicherheit geschaffen wurde. Jeder hat nämlich befürchtet, wenn alle zur Bank laufen, dann ist das System am Ende. Ich möchte der Kanzlerin für dieses schnelle und beherzte Entscheiden ausdrücklich danken.

(Beifall bei der CSU)

Es ist dann in der Woche darauf weitergegangen: Die Kurse sind eingebrochen. Am 11. Oktober waren die Finanzminister und Notenbankchefs der sieben führenden Industriestaaten in Washington, am 11. Oktober die G 20 - ich brauche das nicht im Einzelnen darstellen -, am 16. Oktober die 15 Länder der Eurozone. Man hat sich auf ein koordiniertes Vorgehen verständigt. Das heißt, jedes Land macht eine eigene Regelung, aber es wird international koordiniert, um damit eine gewisse Sicherheit, eine Stabilisierung zu erreichen. Es ist insgesamt seitdem Gott sei Dank in dieser Richtung eine Entwicklung zustande gekommen, wobei jeder weiß, wie anfällig das gesamte System weiterhin ist. Kein Mensch wird dafür heute eine Garantie abgeben können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zurück zur Landesbank. Die Zahlen vom 9. Oktober, also ein maximaler Kapitalbedarf bis 2011 von 3,65 Milliarden Euro, haben uns natürlich elektrisiert und weitere Beratungen ausgelöst. Zu diesen Beratungen gehörte auch, dass wir stets auf neuere Zahlen gedrängt haben. Und jetzt komme

ich eben zur Sitzung vom 21. Oktober, also vom Dienstag dieser Woche. In der Sitzung selber haben wir vom Vorstand die neuesten Zahlen bekommen. Danach ist der Kapitalbedarf der Landesbank bis zum Jahr 2011 jetzt auf 6,4 Milliarden Euro errechnet worden. Das heißt, innerhalb von zwölf Tagen haben sich die Zahlen, die uns der Vorstand vorgelegt hat, um 2,8 Milliarden Euro erhöht. Dass dies natürlich insgesamt eine enorme Belastung ist, dass dies zur höchsten Alarmstufe führt und dass ein Paket geschnürt werden muss, um wieder Stabilität herbeizuführen, liegt auf der Hand.

In der Zwischenzeit, meine Damen und Herren, hat die Bundesregierung das bekannte Paket, und zwar innerhalb einer Woche durch gesetzliche Entscheidungen im Bundestag und im Bundesrat, verabschiedet. Ich lese, dass von Parteien des ganz linken Spektrums heute gesagt wird: "Da sieht man wieder, wie wenig belastbar die soziale Marktwirtschaft ist. Im Zweifel muss dann doch der Staat eintreten."

Wir, die wir zur sozialen Marktwirtschaft stehen, bekennen uns dazu, dass es natürlich einen entsprechenden Rahmen des Staates geben muss. Ein völliges Laissez faire und ein völliges Treiben der Marktkräfte allein würde die Segnungen der sozialen Marktwirtschaft nicht herbeiführen. Ich glaube aber auch, dass die Parteien von ganz links, die ganz generell eine Verstaatlichung gerade auch des Finanzsektors, des Bankensektors und von anderen Teilen der Wirtschaft fordern, falsch liegen. Denn die Wettbewerbsfähigkeit, Flexibilität und Eigenverantwortung der Marktkräfte sind besser, als alles unter staatliche Bürokratie zu stellen.

(Beifall bei der CSU und bei der FDP)

Es kommt also immer auf das richtige Maß an.

Ich nehme an, dass Sie das Paket des Bundes gelesen haben, und beschränke mich deshalb auf die Schlagwörter. Es gibt Garantien für den Interbankenmarkt - Refinanzierung -, es gibt eine Verbesserung der Eigenkapitalausstattung - Rekapitalisierung - und eine Übernahme von Problemaktiva insgesamt in einem Umfang von rund 500 Milliarden

Euro, ein Paket, wie es in diesem Umfang und auch in dieser Schnelle noch nie in Deutschland verabschiedet wurde.

Meine Damen und Herren, ich habe - und das hat sicherlich manche überrascht - am Sonntag gesagt: Ich kann mir vorstellen, dass die Bayerische Landesbank diesen Rettungsring des Bundes auch aufnimmt. Das hatte Schlagzeilen zur Folge wie: "Die Bayern greifen als Erste zu" und - mit Kritik an mir -: "Es war doch vor einer Woche so, dass Huber dieses Paket kritisiert hat. Wieso ist er dann der, der als Erster schreit?"

(Adelheid Rupp (SPD): Der schreit immer am ersten!)

- Wenn Sie jetzt nicken, Herr Beyer, dann zeigt das nur, dass Sie nicht genau gelesen haben. Ich habe nämlich nie das Paket infrage gestellt, jeder kann das nachlesen. Ich habe von Anfang an gesagt: Dieses Paket ist notwendig, um eine Stabilisierung des Finanzsektors in Deutschland herbeizuführen. Wir brauchen das Ganze, um auch Sicherheit für die Sparer zu bekommen. Das schnelle Handeln des Bundes hat enormen Schaden für Deutschland verhindert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und des Abgeordneten Martin Zeil (FDP))

Aber ich sage Ihnen auch meinen Kritikpunkt. Ich verstehe gar nicht, warum Sie sich aufregen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Wer regt sich denn da auf? Sie regen sich auf!)

Wir waren uns nämlich in der letzten Woche einig, dass es nicht geht, dass der Bund überraschend einen zweiten Entwurf des Gesetzes gebracht hat, nach dem die Länder mit 35 % an der Gesamtfinanzierung beteiligt worden wären. Das können die Länder nicht leisten, und ich meine, es war im wohlverstandenen Interesse des Freistaats Bayern, dagegen zu protestieren und zu sagen: So geht es nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Martin Zeil (FDP): So ist es!)

Wir hatten uns dann im Zwischenausschuss verständigt, und der Ministerpräsident hat in Berlin verhandelt. Trotz unterschiedlicher Ausgangspositionen der Länder hat man sich auf eine gemeinsame Haltung verständigen können, den Bund etwas unter Druck gesetzt und zum Ausdruck gebracht, dass das kein länderfreundliches Verhalten sei.

Es ist in zweifacher Hinsicht und außerordentlich bedeutsam gelungen, dieses mögliche Finanzbeteiligung der Länder zu limitieren. Zum einen gibt es, was den allgemeinen Schirm angeht, eine Höchstgrenze für die Länder von 7,7 Milliarden Euro. Der Ausgangspunkt waren 480 Milliarden Euro, davon 35 %, und jetzt eine Begrenzung für die Ländergesamtheit auf 7,7 Milliarden Euro, das sind zwar dennoch astronomische Summen, aber es lässt das Ganze überschaubar halten. Das war ein erster großer Erfolg. Der zweite Erfolg war, dass die Länder - bezüglich der Institutionen, die auf Landesrecht beruhen - also Landesbank und Sparkassen - in einem geringeren Umfang beteiligt werden. Die Sparkassen befinden sich unter dem allgemeinen Schirm und die Landesbanken nur in der Höhe unseres Eigentumsanteils. Ich möchte Herrn Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein für die Limitierung dieser möglichen Länderbelastung ausdrücklich meine Anerkennung und Dank aussprechen.

(Beifall bei der CSU und bei der FDP)

Deshalb ist die Kritik, der Huber wäre erst dagegen und dann doch dafür gewesen, genau genommen nicht berechtigt.

Ich komme nun zu den Ergebnissen der Verwaltungsratssitzung vom 21. Oktober. Wir haben aufgrund der Tatsache, dass uns ein Kapitalbedarf bis 2011 von 6,4 Milliarden Euro genannt wurde, zunächst überlegt und geprüft, in welchem Umfang sich die beiden Eigentümer beteiligen können. Wir sind dabei zusammen auf eine Summe von einer Milliarde Euro gekommen. Zusammen deshalb, weil die Sparkassenseite erklärt hatte, sie könnte nur 300 Millionen Euro aufbringen. Außerdem hätten einzelne Sparkassen durch Einlagen eine gewisse Vorleistung erbracht, sodass mit einer Verteilung von 700 Milliarden und 300 Milliarden Euro eine Milliarde Euro Eigenkapital aufgebracht werden

könnte. Meine Damen und Herrn, das ist auch der Beleg dafür, dass sich die beiden Eigentümer Freistaat Bayern und Sparkassen zur Landesbank bekennen. Das ist auch wichtig für die Refinanzierung und das Standing einer Bank; denn Vertrauen ist alles. Zu wissen, dass die Eigentümer zum eigenen Institut stehen, ist in einer solch krisengeschüttelten Zeit außerordentlich wichtig.

(Franz Maget (SPD): Hat Sie diese Höhe der Kapitalmitnahme überrascht?)

Dann bleiben aber noch 5,4 Milliarden Euro übrig. Wir haben gesagt, dass wir in dieser Höhe auf die Eigenkapitalangebote des Bundes zugreifen werden. Das ist sicherlich ein sehr kühner Schritt. Wir haben ihn vorher mit dem Kanzleramt und mit der Bundesbank erörtert. Man kann nicht erwarten, dass dort innerhalb weniger Minuten Entscheidungen fallen. Man hat uns aber gesagt, dass dies durchaus aussichtsreich wäre. Nach den Festlegungen des Bundes liegt die Obergrenze für einzelne Banken bei 10 Milliarden Euro. Nach Lage der Dinge wäre damit bis zum Jahr 2011 der Kapitalbedarf abgedeckt.

Dieser Antrag ist vom Vorstand der Bank bereits gestern in Frankfurt erörtert worden, weil die entsprechende Agentur bei der Bundesbank angesiedelt ist. Es ist gesagt worden, dass der Antrag heute eingeht. Wir dringen darauf, dass baldmöglichst eine Entscheidung fällt. Auf verschiedenen Ebenen gibt es entsprechende Kontakte. Meine Damen und Herren, damit wäre ein Eigenkapital bis zum Jahr 2011 deckbar.

In der Tat ist dies auch für uns eine hohe Belastung. Aus meiner Sicht gibt es aber zu einer solchen Entscheidung keine Alternative. Deshalb haben sich im Verwaltungsrat sowohl die Sparkassenseite als auch die staatliche Seite einstimmig - mit der Zustimmung des Vorstandes- dazu bekannt. Das hat zur Folge, dass der Schirm, den wir in Brüssel beantragt haben, mit einer Garantie von 2,4 Milliarden Euro, dann nicht mehr in Anspruch genommen werden muss. Das bedeutet, das Risiko von 2,4 Milliarden Euro, das die SPD und die GRÜNEN im April und Mai so beklagt haben, entfällt.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN - Franz Maget (SPD): Es hat sich verdoppelt! - Dr. Thomas Beyer (SPD): Es hat ein wesentlich größeres Risiko ausgelöst! Herr Minister, sagen Sie doch endlich einmal die Wahrheit!)

- Ich gebe doch nur eine Information weiter. Herr Kollege Dr. Beyer, hören Sie doch auf. Wer nicht in der Lage ist, sich einmal einen Bericht anzuhören, von dem vermute ich, dass es ihm nicht um Information, sondern um Aggression und Auseinandersetzung geht.

(Beifall bei der CSU und bei der FDP)

Wer im April und im Mai in diesem Hohen Hause war, der weiß, zu welchen Auseinandersetzungen dieses Paket geführt hat. Es ist eine wichtige Information des Landtages, dass dieses Risiko damit nicht mehr gegeben ist.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Es wurde durch ein größeres abgelöst! Sagen Sie die Wahrheit!)

Wir haben es dabei nicht bewenden lassen, sondern zugleich gesagt, dass die Bank weitere Eigenleistungen erbringen muss. Wir haben für die nächsten drei Jahre ein Einsparvolumen in Höhe von 400 Millionen Euro beschlossen. Diese Senkungen sollen bei den Verwaltungskosten durch Restrukturierungsmaßnahmen erreicht werden.

Nächster Punkt. Die Bonifikationen für die Mitglieder des Vorstandes fallen weg, solange diese Stabilisierungsmaßnahmen nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz in Anspruch genommen werden. Einen entsprechenden Beschluss haben wir übrigens bereits in diesem Jahr gefasst. Außerdem werden wir die Bezüge des Vorstandes entsprechend einschränken, damit nicht nur die Auflagen des Bundes erfüllt werden, sondern auch deutlich wird, dass die Personen, die im Vorstand eines solchen Institutes sitzen, die erste Verantwortung für die Situation ihrer Bank haben.

(Beifall bei der CSU und bei der FDP)

Ich komme damit zu den Auswirkungen auf den Staatshaushalt. Die Kapitalerhöhung, die die Staatsregierung heute vormittag beschlossen hat und die wir dem Bayerischen Landtag, dem Haushaltsausschuss und dem Plenum zur Genehmigung zuleiten - die Größenordnung liegt bei 700 Millionen Euro -, wird aus dem Grundstock aus Privatisierungserlösen finanziert. In erster Linie sind das Erlöse aus dem Verkauf von E.on-Aktien. Ich höre und lese immer wieder, dass wir dabei einen gewaltigen Verlust machen würden. Dazu sage ich: Diese Aktien sind bereits zu einem guten Kurs verkauft worden. Das Geld ist im Depot. Die Finanzierung ist also gesichert. Das von manchen befürchtete Risiko von Aktien- oder Kursverlusten ist nicht gegeben.

Wir werden ebenso wie die Sparkassen 300 Millionen Euro als feste Kapitalerhöhung und weitere 400 Millionen Euro als stille Einlage zur Verfügung stellen. Ich muss allerdings sagen, dass wir weitere Gespräche mit den Sparkassen und dem Vorstand führen werden, ob in der Struktur eine Veränderung stattfinden soll. Die Gesamtsumme von 700 Millionen Euro ist jedenfalls durch den Freistaat Bayern zu erbringen. Das wird die erste Auswirkung auf unsere Finanzen sein.

Zweitens sind die Risiken zu bewerten, die sich aus der Bundeshilfe und aus dem Bundesgesetz ergeben. Ich habe dargestellt, dass die Mittel aus dem allgemeinen Schirm auf 7,7 Milliarden Euro für die Gesamtheit der Länder limitiert sind. Der Freistaat Bayern hat davon, entsprechend seinem Bevölkerungsanteil und seinem Bruttoinlandsprodukt, maximal 1,28 Milliarden Euro an Risiko zu übernehmen. Zusätzlich übernehmen wir die Hälfte, unseren Eigentumsanteil, der Leistungen, die an die Landesbank gehen. Das bedeutet, wenn der Antrag der Landesbank mit einer Größenordnung von 5,4 Milliarden Euro erfüllt wird, müsste der Staat maximal 2,7 Milliarden Euro übernehmen. Daraus ergibt sich eine Risikosumme von etwa 4 Milliarden Euro. Wenn wir dazu die genannten 700 Millionen Euro Kapitalerhöhung und die voraussichtlich in den nächsten fünf Jahren entfallende Dividende dazurechnen - das wären zusammen wieder 300 Millionen Euro -, ergibt sich eine Gesamtbelastung von etwa 5 Milliarden Euro.

Unmittelbar kassenwirksam sind davon 700 und 300 Millionen Euro. Die übrigen 4 Milliarden Euro sind im Risiko. Hier muss man fragen, wann möglicherweise dem Freistaat Bayern eine Rechnung präsentiert wird. Nach dem Bundesgesetz ist es so, dass die Länderbeteiligung erst mit der Abwicklung des Fonds fällig wird. Der Bundesfinanzminister hat diesen Zeitpunkt auf das Jahr 2013 geschätzt. Das hängt davon ab, wie lange Maßnahmen in Anspruch genommen werden. Das bedeutet, es könnte in den Jahren 2013 und 2014 eine Belastung in einer Größenordnung, die ich heute nicht benennen kann, die aber maximal bei rund 4 Milliarden Euro liegen könnte, auf den Freistaat Bayern zukommen. Die Belastung aus der anderen Gewährleistung in Höhe von 2,4 Milliarden Euro fällt weg. Beides ist aber zusammen zu sehen.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass wir hier in einem neuen Landtag sind und sich die Frage stellt: Muss der neue Landtag diese Belastungen aus der Vergangenheit übernehmen? Deshalb hat heute die Staatsregierung hier vorgeschlagen - das wäre dann auch im Haushaltsgesetz zu verankern -, dass wir einen eigenen Stabilisierungsfonds - Finanzmarkt und BayernLB - einrichten. In diesem eigenen Fonds sollen alle Belastungen und auch Einnahmen, die in diesem Zusammenhang stehen, in transparenter Art und Weise dargestellt werden, auch über den Zeitablauf hinweg, sodass man mehr oder weniger eine Sonderrechnung hat, die vom normalen Haushalt unabhängig ist. Wir wollen diesen Fonds erstens durch Einnahmen aus der Neustrukturierung der BayernLB finanzieren - das liegt in fernerer Zukunft - und zweitens durch Einnahmen aus sonstigen Privatisierungserlösen nach Entscheidung von Staatsregierung und Landtag. Wir nehmen auch in Kauf, dass wir eine Zwischenfinanzierung durch Kredite brauchen werden, um das zeitlich auszugleichen. Wenn vom Bund die Rechnung kommt, wird sicher hier eine entsprechende Abrechnung erfolgen müssen.

Ich möchte noch kurz auf eine häufig gestellte Frage eingehen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir hatten in der Vergangenheit mit der Offensive Zukunft Bayern mehrere Fonds eingerichtet, zum Beispiel für Naturschutz, für Altlasten und soziale Dinge, denen in der Vergangenheit aus eigenen Erträgen 29 Millionen Euro im Jahr

zugeführt wurden. Diese Fonds sind vor einigen Jahren als Eigenkapital in die Landesbank eingegangen, seinerzeit mit der Überlegung, dass die Dividende höher ist als ein Zinsertrag, was sich im Nachhinein als Irrtum herausstellt. Es ist völlig klar: Die Empfänger von solchen Leistungen sollen darunter nicht leiden. Deswegen schlägt die Staatsregierung vor, dass wir diese 29 Millionen Euro pro Jahr auch aus dem Fonds finanzieren, um den gewünschten Zweck zu erreichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird zu Recht die Frage nach der Zukunft der Bayerischen Landesbank gestellt. Durch den Wegfall der Gewährträgerhaftung und der Anstaltslast ergibt sich eine völlig neue Wettbewerbssituation. Man hat in den Jahren 2002 bis 2005 gedacht - und zwar alle Beteiligten -, die Landesbanken wären so gut aufgestellt, dass sie sich im internationalen Wettbewerb gut halten können. Das scheint ein Irrtum gewesen zu sein, ist jedenfalls heute nicht mehr tragfähig. Deshalb ist es notwendig, dass sowohl das Geschäftsmodell als auch die grundsätzliche Strategie aller Landesbanken in Deutschland, auch der Bayerischen Landesbank, verändert werden. Die Staatsregierung hat zwar im Herbst letzten Jahres die Fusion mit einer anderen Bank zur Südbank verworfen. Ich habe aber immer erklärt, dass wir anderen Formen von Teilprivatisierungen, von Umstrukturierungen und Kooperationen aufgeschlossen gegenüberstehen. Das hat auch bereits zu den erwähnten Gesprächen mit privaten Interessenten geführt.

Wir werden diese Gespräche weiterführen. Ich sage für die Staatsregierung ausdrücklich: Wir sind hier für alle Modelle, für alle Formen offen, letztlich auch für eine völlige Privatisierung. Jeder Kenner des Wirtschaftslebens weiß aber auch, dass das in der jetzigen Situation und bei den jetzigen Rahmenbedingungen kurzfristig nicht möglich ist. Es ist klar, dass man Gespräche führen muss. Über die Risiken muss Klarheit bestehen; denn sonst wird man keinen privaten Investor finden. Ich sage auch deutlich: Den Weg, den der Bund bei der IKB eingeschlagen hat, eine Bank für 100 Millionen Euro praktisch zu verschenken und dann auf sieben oder acht Milliarden Euro Lasten sitzen zu bleiben, halte ich für unsinnig.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der FDP)

Diesen Weg werden wir auch nicht gehen.

(Franz Maget (SPD): Wir?)

Deshalb ist die Frage, ob heute oder morgen eine Entscheidung in diesem Zusammenhang möglich ist, für jeden, der wirtschaftlich denkt, nicht möglich, sondern man muss hier Optionen offenhalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Lage der Bayerischen Landesbank ist problematisch. Wir haben mit dem Paket, das am Dienstag beschlossen wurde, einen Weg beschritten, der selbstverständlich noch mit einer Reihe von Fragezeichen versehen ist, der aber als gangbar erscheint und in überschaubarer Zeit eine neue Zukunft für die Landesbank bringen kann.

Ich persönlich möchte sagen: Ich habe im letzten Jahr, in dem ich in einer besonderen Verantwortung stand, versucht, nach besten Kräften dazu beizutragen, der Landesbank Stabilität und Zukunft zu geben. Die Tatsache, dass das Ganze während dieser Zeit unter Belastungen internationaler Art stand, die man mit den uns im Lande zur Verfügung stehenden Mitteln nicht bewältigen kann, hat das Ganze sehr schwierig gemacht. Ich weiß auch, dass manche sagen: Warum wurde uns die eine oder andere Zahl nicht früher bekannt gegeben? - Das lag nicht an Geheimniskrämerei. In den ersten neun Tagen des Oktober 2008 haben sich die Belastungen oder Wertberichtigungen der Landesbank auf eine Milliarde Euro belaufen. Das konnte noch im September keiner vorhersehen. Daran sieht man die Dramatik der Entwicklung. Auch in der Finanzwelt kann ein völlig unvorhergesehener Blitz einschlagen. Dann gibt es viele Gscheitmeier, die sagen: Man muss Blitzableiter aufstellen, um das Ganze zu bewältigen.

Meine Damen und Herren, gewisse Auswirkungen der internationalen Krise sind kaum durch präventive Maßnahmen abzuleiten. Deshalb ist ja auch die internationale Bankenwelt in diese Situation geraten. Bei den privaten Banken sind doch nicht lauter

Dummköpfe; das möchte ich schon einmal sagen. In Deutschland gibt es Probleme sehr stark bei den öffentlich-rechtlichen Banken. International sind die Probleme aber bei sehr starken und sehr großen privaten Banken. Deshalb ist so manche Überheblichkeit von Bankmanagern gegenüber der Politik völlig unangebracht.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der FDP)

Ich möchte diesen Beitrag mit einer persönlichen Bemerkung schließen. Ich bin vor 30 Jahren Mitglied des Landtags geworden. Genau heute vor 30 Jahren war die konstituierende Sitzung des 1978 gewählten Landtags; ich saß damals auf den Hinterbänken des Plenarsaals. Ich hätte mir seinerzeit nicht träumen lassen, dass ich 30 Jahre später einen solchen Bericht im Hohen Hause geben muss. Selbstverständlich gehört das zu den schwierigsten Kapiteln meiner politischen Arbeit. Ich habe nach bestem Wissen, mit allen meinen Kräften und dem, was ich gelernt habe, dazu beizutragen versucht, diese für die Landesbank schwierige Situation einigermaßen zu meistern. Dass das nicht im gewünschten Umfang gelungen ist, hängt von Vielem ab.

Ich möchte deutlich machen: Ich habe keinen Ratschlag irgendwelcher Experten einfach in den Wind geschlagen. Wenn ich von irgendjemandem ein wirksames Rezept bekommen hätte, wäre ich diesem Rezept auch gefolgt. Mit Sicherheit ist es so, dass in diesem Jahr die Kommunikationsstrategie der Bank - soweit man überhaupt von einer Strategie sprechen konnte - nicht sehr glücklich war.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der FDP - Lachen bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich verschweige nicht, dass auch ich einen Anteil an so manchen Problemen mit der Kommunikationsstrategie habe. Ich habe mir in diesem Jahr, auch im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuss, von der linken Seite einiges anhören müssen. Ich sage ganz offen, dass mich Vorwürfe wie "Lügner" und "Täuscher" durchaus getroffen haben. Vielleicht war ich manches Mal zu vertrauensselig und zu gutgläubig, meine Damen und Herren, aber ich füge hinzu: Ich möchte mich dennoch nicht verbiegen.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der FDP)

Wenn ich jetzt die politische Verantwortung für dieses schwierige Jahr und für die Situation der Landesbank übernehme, dann nicht ohne den Hinweis, dass sich vielleicht auch andere ihrer Verantwortung stellen mögen, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der CSU)

auch um der Bevölkerung und den Bürgerinnen und Bürgern, die der Politik oft distanziert gegenüberstehen, zu zeigen: Wir Politiker sind nicht mit dickem Fell und dicker Haut ausgestattet und bleiben nicht von allen Lebens- und Schicksalsläufen unberührt. Ich bekenne mich dazu, dass auch Politiker gelegentlich eine Suppe auslöffeln müssen, die sie selbst nicht eingebrockt haben.

(Beifall bei der CSU - Zuruf von der SPD: Oh! Ein bisschen Mitleid?)

Eines sage ich Ihnen: Sie können mich mit solchen Zwischenrufen nicht mehr treffen. Ich bin sicher: Auch diese Zeit meines politischen Wirkens wird irgendwann einmal einer objektiven Bewertung zugeführt werden.

(Lachen bei der SPD)

Ich möchte mich auf jeden Fall bei all denen bedanken, die auf mich vertraut haben und die mir nach wie vor vertrauen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich danke Ihnen, Herr Staatsminister. Ich darf jetzt Herrn Kollegen Dr. Beyer das Wort erteilen. Ihre Fraktion hat für Sie eine Verlängerung der Redezeit beantragt. Zur Geschäftsordnung darf ich sagen: Das wäre bis zu 45 Minuten.  
- Das war aber nur ein Hinweis auf die Geschäftsordnung. Bitte, Sie haben das Wort, Herr Kollege.

**Dr. Thomas Beyer (SPD):** Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben auch dem Herrn Staatsminister jetzt durchaus länglich zugehört.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich gebe Ihnen eine Empfehlung:

(Lachen bei der CSU)

Schauen Sie sich heute Abend zu Hause in der "Tagesschau", in der "Rundschau" oder auf BR-online an, was Sie eben gemacht haben: Sie haben dem Finanzminister, der eine der größten Banken Krisen in diesem Land, die größte Bankenkrise in Bayern überhaupt verantwortet, Ovationen bereitet. Überlegen Sie einmal, welchen Eindruck das auf die Menschen in Bayern machen muss.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der CSU: Unanständig! Das ist schäbig!)

- Das ist weder schäbig noch unanständig, Herr Spaenle.

(Zurufe von der CSU)

Was hier schäbig und unanständig ist, lassen wir die Wähler beurteilen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CSU)

Meine Damen und Herren, wenn Sie laufend dazwischenrufen, wird meine Rede länger dauern als 45 Minuten; das sage ich Ihnen jetzt schon.

(Gerhard Eck (CSU): Das halten wir aus!)

Nach § 807 der Zivilprozessordnung legt der Schuldner ein Verzeichnis seines Vermögens vor. Dieser Paragraf hat einen Absatz 2. Demnach hat er an Eides statt zu versichern, dass die von ihm verlangten Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig sind. Der Volksmund sagt wegen dieses Absatzes 2 heute noch "Offenbarungseid" zu dieser eidesstattlichen Versicherung. Herr Minister, aus guten

Gründen gehen wir weder davon aus, dass Sie uns vollständig informiert haben, schon gar nicht davon, dass Sie uns in jedem Punkt richtig informiert haben. Aber wir halten das, was Sie uns heute hier für Bayern berichtet haben, für einen Offenbarungseid.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf daran erinnern, dass diese Sitzung erst aufgrund eines Antrags der SPD-Fraktion zustande gekommen ist. Sonst hätten Sie diesen Bericht hier gar nicht erteilt. Ich darf ferner daran erinnern, dass Sie dem Zwischenausschuss in der letzten Woche nur deshalb berichtet haben, weil die SPD das beantragt hat. Auch dort hätten Sie nicht Rede und Antwort gestanden. Ich weiß nicht, ob es an Ihnen liegt, hier heute so aufzutreten.

Was Sie berichtet haben, übertrifft alle Befürchtungen, die wir hatten, übersteigt alle Mahnungen der Opposition und führt alle Versuche unserer und meiner Fraktion ad absurdum, Licht in das Kartell des Schweigens zu bringen, das Sie um die Landesbank aufgebaut haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie darauf hinweisen, das hätte man alles doch auch anderenorts erfahren können, sage ich Ihnen dazu: Viele Menschen haben Ihre Wahlveranstaltungen gehört. Auch ich hatte manchmal die Not, am Rande einer anderen Veranstaltung manches davon mitzuhören. Das, was Sie uns heute hier vorgetragen haben, habe ich nicht auf den Wahlveranstaltungen der CSU gehört. Deshalb sage ich: Sie haben die Menschen in diesem Land nicht über den wirklichen Zustand bei der Landesbank aufgeklärt.

(Beifall bei der SPD)

Trotz allem, meine Damen und Herren, ist heute kein Tag des Triumphs, kein Tag der Schadenfreude. Denn dafür ist die Lage viel zu ernst.

(Georg Schmid (CSU): Seien Sie doch nicht so scheinheilig!)

Viel zu gravierend sind die Folgen, die sich abzeichnen. Wegen des Ernstes der Lage bieten wir Ihnen seitens der SPD-Fraktion die Zusammenarbeit an, aber hören Sie gut hin: Wir bieten eine Zusammenarbeit an für die Aufarbeitung dessen, was wir gehört haben und jetzt in den Zeitungen lesen müssen. Wir bieten sie Ihnen an, wenn von Ihrer Seite dazu ernsthafte Absichten bestehen. Vielleicht kann das die Regierung nach Ihnen tun, denn bei Ihnen habe ich heute keine ernsthafte Absicht herausgehört, das aufzuarbeiten, was geschehen ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Kollegin Adelheid Rupp wird zum Thema "Parlamentarisches Gremium nach § 40 der Geschäftsordnung" später noch sprechen.

Ich sage Ihnen eines: Wenn wir diesem Gremium zustimmen, dann tun wir das mit der Zielsetzung, zu erfahren, was passiert ist, warum es passiert ist und was wir tun müssen, damit das in Bayern nicht wieder passiert. Wir tun das nicht, um Ihnen und Ihrem Versagen ein Alibi zu verschaffen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Heute müssen klare Worte gesprochen werden; das wäre der erste Schritt einer Aufarbeitung. Wir müssen uns dem stellen, was passiert ist. Was ist passiert? - Am Dienstag hat der Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank und nachfolgend haben dann Sie bekannt gegeben, dass diese Bank einen aktuellen - man kann auch sagen: akuten - Finanzbedarf in Höhe von 6,4 Milliarden Euro hat. 6,4 Milliarden Euro - das ist mehr als ein Fünftel des Haushaltes des Freistaates Bayern in der aktuellen Fassung.

Man könnte sagen: Die Landesbank ist faktisch zusammengebrochen. Man kann jedenfalls sagen: Die Landesbank kämpft ums Überleben. Das ist die Wahrheit, und auch das hätten Sie deutlich sagen können, Herr Minister.

Mit ihr kämpfen die Verantwortlichen ums Überleben, nämlich die Verwaltungsräte. Es ist dann schon interessant, dass manche derer, um die es heute auch gehen soll, die

Bank der alten Regierung schon verlassen haben. Denn nicht nur Herr Huber war Mitglied des Verwaltungsrats, auch Frau Staatsministerin Müller saß im Verwaltungsrat, auch Herr Staatsminister Herrmann war stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates. Genauer gesagt: Er ist es noch. Herr Staatssekretär Heike war auch Mitglied. Wo sind diese Damen und Herren?

(Eduard Nöth (CSU): Wer denn noch?)

- Es war eine ganze Reihe; Herr Schaidinger war beispielsweise auch darunter.

Offensichtlich hat jetzt das Spiel begonnen "Rette sich, wer kann"; das sieht man, wenn man die Äußerungen von Herrn Naser in den letzten Tagen beobachtet hat.

Die Sparkassenvertreter sind in der ihnen eigenen Art, nachdem Sie auch lange geschwiegen haben, etwas deutlicher. Ein Vertreter der Sparkassen, der einmal in diesem Hohen Hause, in der CSU-Fraktion saß, sagt jetzt, erschrocken über das, was er am Montag und Dienstag erfahren musste, man blicke nicht nur in den Abgrund, sondern möglicherweise in die Hölle. - Meine Damen und Herren, das ist einer von der CSU, der ausnahmsweise kein Blatt vor den Mund nimmt und sagt, wie es wirklich um die Landesbank steht.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, Sie haben gerade versucht, manches zu relativieren. Ich muss Ihnen sagen: Ich saß letzte Woche da drüben und ich erinnere mich sehr gut an Ihren Auftritt im Zwischenausschuss, an den Auftritt des Ministerpräsidenten und an den des geschätzten Kollegen im Fraktionsvorsitz, Herrn Schmid. Da kam manch hochnäsige Bemerkung darüber, was denn der Bund tue und wo denn bitte schön die Kompetenzverteilung liege. Herr Schmid, Sie haben hier gesagt: Das Recht der Wirtschaft und der Banken ist Sache des Bundes. Also soll sich der Bund auch darum kümmern.

(Georg Schmid (CSU): Reden Sie doch keinen Schmarrn!)

Einige Tage später sind Sie die Ersten, die unter den Schirm des Bundes fliehen müssen. Welche Schmach haben Sie damit Bayern zugefügt, Kolleginnen und Kollegen von der CSU.

(Beifall bei der SPD)

Ich verstehe, dass Sie die "Frankfurter Rundschau" selten lesen. Aber denjenigen, die sie lesen, oder den Pressespiegel bekommen, sage ich: Ich kann mir vorstellen, wie die Schlagzeile "Musterland ist abgebrannt" auf Sie wirken muss. So titelt die "Frankfurter Rundschau" wegen der Vorgänge im Finanzministerium und bei der Landesbank. Ich erinnere mich daran, was Ihr bzw. unser Kollege Sauter dem Ministerpräsidenten Stoiber zugerufen hat, als er aus Berlin geflohen ist: Er habe den Stolz Bayerns verletzt und den Nimbus der CSU gebrochen. Das hat sich vor wenigen Wochen als richtig herausgestellt. Mit dem, was Sie uns heute hier präsentieren müssen, haben Sie den Stolz Bayerns ein zweites Mal gedemütigt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nichts, worüber wir uns freuen. Nein, darüber freuen wir uns nicht. Die Landesbank, einstmals der Stolz des Südens, ist ein Sanierungsfall, vielleicht nicht einmal mehr das. Tatsächlich steht Bayern vor der größten Krise seit der Nachkriegszeit - machen wir uns nichts vor. Das gilt sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht, im Hinblick auf den Staatshaushalt, wie auch - und darüber werde ich auch reden - in politisch-demokratischer Hinsicht oder in geistig-moralischer Hinsicht, wie das Bischof Mixa für Sie besser verständlich letzten Montag gesagt hat.

Worum geht es wirklich? - Eine existenzbedrohende Krise für die Bank. Der tiefere Grund - und hier stimmen wir nicht mit Ihnen überein, Herr Huber - liegt darin, dass Sie sich mit der Bank in Risiken begeben haben, die so eben nicht von ihrem gesetzlichen Auftrag gedeckt waren. Das ist unsere Überzeugung, und das ist unser Vorwurf an Sie.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in einem Umfang von weit über 20 Milliarden Euro - das waren einmal weit mehr als 40 Milliarden DM, wenn Ihnen das noch geläufiger sein sollte - in ABS-Papiere und Ähnliches investiert. Sie haben sich bei Lehman abzocken lassen, und Sie haben sich in Island mit Finanzgeschäften blamiert. Bis heute wollen Sie das nicht eingestehen.

Ich darf noch einmal rekapitulieren: Wenn man das, was Sie an Belastungen aus dem US-Immobilienmarkt-Engagement geschultert haben, zusammenzählt, dann waren wir bereits im September bei 5,2 Milliarden Euro. Das waren 2,3 Milliarden Euro ausweislich des Geschäftsberichts 2007 - Belastungen resultierend aus Verlusten, Abschreibungen und Marktwertminderungen -, bis Ende März 2008 weitere Belastungen in Höhe von 2 Milliarden Euro, Ende Juli weitere Belastungen in Höhe von 600 Millionen Euro, im September 2008 weitere 300 Millionen Euro aus der Pleite von Lehman - insgesamt also 5,2 Milliarden Euro. Sie haben eben noch vorgetragen, im September wäre es irgendein Wert gewesen, der mehr als 2 Milliarden Euro unter den jetzigen 6,4 Milliarden Euro gelegen hätte. Herr Minister, was Sie uns heute hier vorgetragen haben, war widersprüchlich und kann deshalb schon nicht die gesamte Wahrheit gewesen sein.

(Beifall bei der SPD)

Zu den Belastungen haben sich jetzt viele hundert Millionen in Island hinzuaddiert. Wenn Sie einen normalen Menschen draußen im Lande fragen, was er davon hält, dann sagt er: Das ist doch einfach Wahnsinn, was die da gemacht haben. - Ja, das war Wahnsinn bei der Landesbank, und wie der Dichter so sagt: Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode. Ich darf Ihnen nur einige Stichworte nennen, weil Sie heute so getan haben, als sei das alles untadelig gewesen und als seien Sie aus heiterem Himmel von irgendwelchen Ungerechtigkeiten der Finanzwelt getroffen worden.

Sagt Ihnen das Stichwort "Mega-Petrol-Affäre" noch etwas? Sagt Ihnen das Stichwort "Spekulationen und Verluste in Südostasien" noch etwas? Sagt Ihnen das Thema "Kirch" noch etwas, Herr Huber, gerade Ihnen? Sagt Ihnen das Thema "Hypo Alpe-Adria" noch etwas? - Eine große Zeitung dieses Landes höhnte in dieser Woche von der "Balkan-

Landesbank". Das halten Sie für den gesetzlichen Auftrag der Landesbank. Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Hypo Alpe-Adria sind nach von Ihnen jedenfalls nicht widersprochenen Berichten Sanierungsmaßnahmen im Bereich des Kreditengagements erforderlich. Man liest von 500 Millionen Euro, die es zu überarbeiten gelte. Das ist eine halbe Milliarde Euro. Ich frage mich: War diese Hypo Alpe-Adria wirklich so ein Schnäppchen, wie der damalige Landeshauptmann des Bundeslandes Kärnten der Öffentlichkeit und Ihnen weismachen wollte? War das wirklich so? Ich frage Sie: Haben Sie schon vergessen, Herr Minister, dass Sie bei einer Tochtergesellschaft dieser Hypo Alpe-Adria als hundertprozentiger Tochter der Landesbank im letzten Jahr nach Fällen wie Zumwinkel Hals über Kopf Geschäfte in Lichtenstein stoppen mussten, nachdem die SPD und die "Süddeutsche Zeitung" darauf aufmerksam gemacht hatten? Haben Sie das alles schon vergessen, wenn Sie heute hier "Mr. Unschuld" geben?

(Beifall bei der SPD)

Schließlich zum Märchen von der Gewährträgerhaftung; das haben wir letzte Woche schon einmal gehabt. Selbst Herr Kollege Welnhöfer hat es das letzte Mal kapiert. Sie haben offensichtlich nicht zugehört. Das ist doch eine Sündenbock-Konstruktion, die Sie hier aufziehen. Selbst wenn es richtig gewesen wäre, dass sich über die Gewährträgerhaftung und das, was die Ratingagenturen daraus gemacht haben - ich möchte das noch einmal betonen -, Landesbanken billiger refinanzieren konnten als andere Banken, selbst wenn das wahr gewesen wäre, wieso folgt dann offensichtlich für Sie logisch daraus, dass sich solche Banken ohne Not und ohne Verstand so mit Geld vollpumpen, dass sie es irgendwo in der Welt in spekulativen Anlagen unterbringen müssen? Wieso folgt das offensichtlich für Sie daraus? - Für mich folgt daraus eines: Schon damals hat die Kontrolle der Bank im Verwaltungsrat versagt, meine Damen und Herren. Das folgt daraus und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Noch einmal: Die Kontrolle im Verwaltungsrat verbindet sich mit Namen wie aktuell Huber, Müller, Herrmann und Heike. Die früheren Kollegen aus dem Kabinett können Sie sich vom Herrn Ministerpräsidenten sicher zusammenstellen lassen.

Reden wir über die Konsequenzen, zunächst einmal für die Bank selbst. Sie haben vorgetragen, die Bank braucht sofort eine Milliarde Kapitalerhöhung durch die Eigner - 700 Millionen Euro vom Freistaat Bayern, 300 Millionen Euro von den Kommunen -, und sie wird sich offensichtlich rekapitalisieren müssen aus dem Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe von 5,4 Milliarden Euro - zusammen also 6,4 Milliarden Euro. Wir halten ein Weiteres fest: Sie haben mehrfach davon gesprochen, dass es den anderen Rettungsschirm dann nicht mehr bräuchte. Den wollten Sie einmal in Höhe von 6 Millionen Euro --

(Franz Josef Pschierer (CSU): Milliarden!)

- Milliarden, Entschuldigung. Danke, Herr Pschierer. Sie wollten einen Rettungsschirm in Höhe von 6 Milliarden Euro aufspannen. Davon hat die Bank 1,2 Milliarden Euro, wie Sie uns immer versichert haben, bereits geschultert. Es wären also noch 4,8 Milliarden Euro übrig geblieben. Heute braucht die Bank aber 6,4 Milliarden Euro zusätzlich. Das heißt, die Lage ist offensichtlich deutlich anders, als sie bisher dargestellt wurde, Herr Minister. Das dürfen wir wohl auch festhalten.

(Beifall bei der SPD - Staatsminister Erwin Huber schüttelt den Kopf)

- Was kann daran Kopfschütteln auslösen? - Ich glaube, Sie haben ein Problem mit dem Zuhören, wenn Sie jetzt hier den Kopf schütteln. Selbstverständlich ist das korrekt, was ich vorgetragen habe. Ich war selbst bei einer Informationsveranstaltung - die Fraktionen waren eingeladen - des Sparkassenverbandes, und da hat man uns gesagt, diese 6 Milliarden Euro werden locker reichen, das wollen nur die Ratingagenturen von uns. - Na ja, das war ja wohl ersichtlich nicht der Fall.

Herr Minister, Sie haben aber nicht darüber gesprochen, was das denn für Konsequenzen hat. Der Bund wird Mitunternehmer bei der Landesbank. Der Bund wird voraussichtlich im Verwaltungsrat sitzen, jedenfalls wird er mitreden dabei, wie es denn mit der Landesbank weitergeht. Der Bund wird die Entscheidungen maßgeblich mitbestimmen bei der Landesbank, auch über das Geschäftsmodell, auch darüber, ob es zu einer Fusion kommt, auch darüber, ob es zu einem Verkauf kommt. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, die SPD ist auch aus den Erfahrungen der letzten Monate heraus kein Freund der Privatisierung, weil am Ende immer wieder ohnehin der Staat gebraucht wird. Auch das ist deutlich geworden.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen zweierlei. Das Erste ist: Wir wollen über diese Fragen verdammt nochmal als Miteigentümer diskutieren können in diesem Hause. Wir wollen darüber reden können, wie das Geschäftsmodell aussieht. Wir wollen darüber reden können, wen wir vielleicht mit hineinnehmen, und wir wollen unsere Skepsis gegenüber einer Privatisierung ausdrücken können, und wir wollen uns das nicht von Dritten sagen lassen müssen, weil Sie die Bank vorher an die Wand gefahren haben, Herr Minister und liebe schweigende Kollegen von der CSU.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es denn - auch darüber haben Sie nicht geredet - so kommt, wie die Fachleute uns sagen, dass es kommt, dann wird der Bund als Gegenleistung für seine Hilfe Anteile an der Landesbank übernehmen. Wenn das fungible, also handelbare Anteile sein müssen, werden Sie das organisieren müssen, und hinterher wird der Bund diese Anteile verkaufen. Ohne dass der Miteigentümer Freistaat Bayern und die Kommunen als Eigentümer der Sparkassen und damit weitere Miteigentümer gefragt werden, leiten Sie mit Ihrer Hilfsmaßnahme die Privatisierung der Bank bereits ein. Auch das haben Sie dem Landtag heute nicht gesagt, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD)

Reden wir über die Konsequenzen für den Haushalt. Es entstehen sofort Belastungen in Höhe von 700 Millionen Euro. Ich lasse mich jetzt nicht auf Ihr Glasperlenspiel ein, wonach irgendetwas davon aus Privatisierungserlösen zwischenfinanziert würde. Das Geld fehlt am Ende dem Freistaat Bayern, wenn er den Haushalt aufstellt. Das ist deshalb ohne Belang. Es wäre nur Augenwischerei. Genauso ohne Belang sind die Versuche des vielleicht zukünftigen, aber noch nicht gewählten Ministerpräsidenten Seehofer in den letzten Tagen, uns das so zu verkaufen. Daneben haben wir auch heute noch nicht abwägbare Risiken bei der Abrechnung des Fonds im Dezember 2009. Die Belastungen können bis zu einem maximalen Wert in Höhe der Hilfen gehen, die wir jetzt in Anspruch nehmen müssen. Die zusätzliche maximale Belastung des Haushaltes des Freistaates Bayern kann also bis zu einer Höhe von 5,4 Milliarden Euro gehen. Dabei fällt es fast schon nicht mehr ins Gewicht, dass für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 Gewinnanteile der Landesbank in Höhe von 120 Millionen Euro nicht mehr realisiert werden können. Das ist in diesem Zusammenhang fast schon nachrangig.

Lassen Sie uns über die Konsequenzen für Bayerns Bürger reden, die zu ziehen sind, wenn dem Haushalt diese Menge Geldes fehlen wird. Wichtige Zukunftsinvestitionen für dieses Land werden dann zurückstehen müssen. Das sind die bitter nötigen Investitionen für eine bessere Bildung. Dass eine solche die Menschen in Bayern für nötig halten, haben sie am 28. September überdeutlich erklärt, meine Damen und Herren Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Wegfallen werden auch Hilfen für Familien und bedarfsgerechte Betreuungsangebote. Gefährdet sind die Ausgaben für die Sicherstellung einer würdevollen Pflege alter Menschen. Fehlen wird eine zeitgemäße Infrastruktur im ländlichen Raum. Sie können die tollsten Ministerien zuschneiden, aber das Geld wird Ihnen fehlen, Herr Schmid und Herr Zeil. Geld wird auch fehlen für die Bekämpfung des Klimawandels.

(Staatsministerin Christa Stewens: Für die Qualität ist die AWO verantwortlich!)

- Danke für diese Bemerkung! Es wird meine Freundinnen und Freunde bei der AWO, von denen auch viele der CSU angehören, freuen, wenn Sie das so sehen. Ich will nur hoffen, dass Ihre Bemerkung ironisch war, wenn Sie sagen, das sparen wir bei der AWO wieder ein. Ich hielte das sonst für einen Skandal.

(Beifall bei der SPD - Zuruf der Staatsministerin Christa Stewens)

Ich nehme das ausdrücklich positiv zur Kenntnis. Ich habe Sie so verstanden, dass Sie es kritisieren, dass für solche wichtigen sozialen Aufgaben das Geld fehlen wird. Ich danke Ihnen für diese offene, ehrliche Aussage, Frau Ministerin. Ich meine das völlig ernst.

(Beifall bei der SPD - Staatsministerin Christa Stewens: Hinsichtlich der Qualität klopfen Sie bei der Arbeiterwohlfahrt an!)

- Wieso soll die Arbeiterwohlfahrt für die Landesbank bezahlen?

(Staatsministerin Christa Stewens: Ich habe nur gesagt, Sie dürfen die Verantwortungsebene nicht verwechseln! - Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Keine Zwischenrufe von der Regierungsbank!)

Es ist ganz gut, dass in der Geschäftsordnung keine Zwischenrufe von der Regierungsbank vorgesehen sind, weil sich deren Sinn keinem in diesem Raum erschlossen hat. Jedem hier im Raum muss aber eines klar sein. Herr Zeil, ich weiß gar nicht, wer für die CSU noch verhandelt - Herr Beckstein oder Herr Huber?

(Zuruf von der CSU: Alle!)

Alle verhandeln. Super! Toll! Das wird jetzt Herrn Zeil freuen, dass alle mit ihm verhandeln.

(Georg Schmid (CSU): Machen Sie sich andere Sorgen! - Martin Zeil (FDP): Nur eines ist sicher: Mit der SPD wird nicht verhandelt!)

- Herr Zeil, darauf sind Sie auch noch stolz. Alles das, was Sie in den Koalitionsvertrag hineinschreiben und was Sie sich am Wochenende blanko absegnen lassen wollen, ist aufgrund der Entwicklungen bei der Landesbank Makulatur. Das ist entscheidend, und das sollten Sie den Menschen in Bayern sagen.

Lassen Sie mich für die Mitarbeiter der Bank sprechen und etwas zu den Konsequenzen sagen, die diesen drohen. Darüber geht der Herr Minister natürlich hinweg. Aufgrund des Drucks der Kommunen, die gesagt haben, es müsse jetzt etwas passieren, haben Sie am Dienstag ein weiteres Sparprogramm in Höhe von 400 Millionen Euro vereinbart, in welches die bisherige Restrukturierungsoffensive in Höhe von 150 Millionen Euro einfließen soll. Damit werden zusätzliche Einsparungen in Höhe von 250 Millionen Euro vorgenommen. Die Leidtragenden dieser Maßnahmen werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesbank sein, die in großer Zahl ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Das kann man festhalten, wenn Sie eine solche Maßnahme planen. Dazu gibt es auch die lapidare Aussage aus Kreisen der CSU, ein Stellenabbau sei eben nicht zu vermeiden. Gemessen daran, was den Mitarbeitern zum Teil droht, ist es fast schon peinlich, wenn Sie betonen, dass die Bonifikationen für die Vorstandsmitglieder der Bayerischen Landesbank ausgesetzt würden. Ich frage mich, welche Bonifikationen die überhaupt verdient haben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Allein die Tatsache, dass Sie diese Bonifikationen überhaupt in Erwägung ziehen, ist schon interessant. Von einem Streichen oder von einem Verzicht ist gar keine Rede. Die Vorstandsmitglieder könnten auch freiwillig ein Zeichen setzen. Davon ist überhaupt keine Rede. Denen muss man das Aussetzen von Bonifikationen offensichtlich noch abhandeln. Das ist gemessen an dem, was auf viele Mitarbeiter der Bank zukommt, ein peinliches Placebo für die political correctness in diesem Land. Auch das muss man deutlich ansprechen.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß auch nicht, warum ich von Ihnen heute nichts über die Konsequenzen höre, mit denen die Vorstandsmitglieder zu rechnen haben, die ihrer Aufgabe ebensowenig nachgekommen sind wie die Mitglieder des Verwaltungsrates. Dazu gehört auch die Rückzahlung irgendwelcher umsonst erhaltener Vergütungen. Auch darüber wird noch viel zu diskutieren sein.

Der Landesbezirksleiter von Verdi, Josef Falbisoner, hat völlig recht, wenn er sagt, es dürfe nicht nur um ein Rettungspaket für die Banken und für die Banker gehen, sondern dass wir uns auch darüber unterhalten müssen, wie wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schützen, die für dieses Desaster nichts können, Herr Minister. Das ist auch eine Aufgabe der Bayerischen Staatsregierung. Dazu höre ich nichts.

(Beifall bei der SPD)

Schwerwiegender als die Fragen, über die wir bisher diskutiert haben, ist der zerstörerische Angriff auf die demokratische Kultur, der sich mit diesem Vorgang verbindet. Hier lohnt es sich schon, das zu lesen, was Herr Naser laut von der "Süddeutschen Zeitung" wörtlich wiedergegebener Zitate gesagt haben soll. Er sagte, er habe seit Wochen gewußt, wie schlimm die Lage sei. Jetzt tritt Herr Naser aus der CSU aus. Das ist blanker Opportunismus.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Sagenhaft!)

Der Mann möchte einfach seinen Hintern retten, wenn man es in diesem Haus so deutlich sagen darf.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man zwischen den Zeilen liest, merkt man, dass er offensichtlich auch deswegen geht, weil er beleidigt ist. Er ist beleidigt, weil Sie von der CSU ihn dafür kritisiert haben, dass er jetzt offensichtlich redet und damit die so tollen Koalitionsgespräche mit der FDP gefährdet. Das zeigt, worum es in diesem Land geht. Es geht nicht um Wahrheit, es geht

nicht um die Zahlen und es geht nicht um die Folgen für die Menschen und für die Märkte, sondern Sie wollen ungestört Koalitionsverhandlungen führen. Das ist Ihre Hauptsorge.

(Beifall bei der SPD)

Dann legt Herr Naser nach. Wenn man so enttäuscht wird, legt man eben nach. Er sagt, jeder Verwaltungsrat - also auch die Verwaltungsratsmitglieder aus der Regierung Beckstein - habe die Zahlen gekannt. Ich sage es noch einmal: Verwaltungsratsmitglieder aus der Regierung Beckstein sind Herr Huber, Herr Herrmann als stellvertretender Vorsitzender - er telefoniert gerade mit der Bank -, Frau Müller und Herr Heike. Herr Kollege Herrmann, bei aller Wertschätzung und fränkischer Verbundenheit, dass Sie als zweiter stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender und damit als ein Hauptverantwortlicher nun als neuer Finanzminister in der Öffentlichkeit gehandelt werden, ist schon mehr als pikant.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da macht man gleich den Bock zum Gärtner!)

Das hieße wirklich, den Bock zum Gärtner zu machen. Das wollen wir doch beide nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ich verstehe, dass Sie jetzt mit Herrn Naser Probleme haben. Herr Naser ist Kronzeuge der Anklage und der Opposition geworden. Er läßt das Spiel, wonach keiner auch nur den Hauch einer Ahnung von belastbaren Zahlen gehabt habe, in sich zusammenfallen. Unfaßbar ist, dass Herr Naser, der damals noch in der CSU war, sagt, er habe vor dem 28. September deshalb nichts gegenüber den Sparkassenvertretern sagen können, weil er sonst von der CSU für eine Wahlniederlage verantwortlich gemacht worden wäre.

(Franz Josef Pschierer (CSU): So hat er es nicht formuliert!)

Offensichtlich hatte Herr Naser ein besseres Empfinden für die Stimmung im Volk als Sie, die noch wenige Tage zuvor von 50 + X schwadroniert haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie kennen meine Haltung zum Wahlergebnis, Sie müssen nicht dazwischenrufen. Auch ich halte das Wahlergebnis der SPD nicht für ruhmreich.

(Beifall bei der CSU)

Darüber können wir offen reden, damit Sie auch einmal klatschen können.

(Georg Schmid (CSU): Dass Ihr das zugebt!)

Bleiben wir aber bitte bei der Wahrheit. Das hängt auch damit zusammen, was die Menschen für einen Eindruck von der Politik haben beziehungsweise was sie für einen Eindruck gewinnen müssen, wenn Herr Naser sagt: Ich konnte meine eigenen Leute nicht informieren, sonst hätte mich die CSU gescholten. Wo sind wir denn hingekommen, wenn so etwas in diesem Land die Menschen bestimmt, die Verantwortung tragen?

(Anhaltender Beifall bei der SPD und bei den Freien Wählern)

Wo sind wir hingekommen?

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Freien Wählern)

Das ist, und ich sage noch einmal, bisher habe ich kein Dementi, eine Ungeheuerlichkeit, was hier formuliert wurde. Da hat jemand seine eigenen Interessen über die Interessen derer gestellt, die er vertreten muss. Er hat die Interessen der Sparkassen hinter seine Interessen gestellt, in der CSU ein gutes "Standing" zu behalten. Meine Damen und Herren, so etwas hat es in diesem Land, soweit mir bekannt ist, noch nicht gegeben. Vielleicht hat aber auch noch niemand bisher die naive Ehrlichkeit eines Herrn Naser entwickelt, so etwas zu sagen. Vielleicht war das auch so.

(Franz Maget (SPD): Das glaube ich eher! - Beifall bei der SPD)

Nun sagt Herr Seehofer, er möchte einen Neuanfang.

(Zuruf: Mit wem denn?)

- Warten Sie einen Moment, Herr Kollege, denn diese Frage stelle ich mir auch. Herr Huber hat vorhin davon gesprochen, was "wir" tun können, und er hat auch gesagt "was uns betrifft". Er hat also immer von der Regierung als "wir" gesprochen. Ich hatte ihn so verstanden, dass er gesagt hat, er wolle der neuen Regierung nicht mehr angehören, obwohl er bisher dazu noch gar nicht berufen war. Eines sage ich Ihnen aber: Wenn das der Neuanfang ist, dass Sie schon jetzt erklären, was die neue CSU-Regierung nach Ihnen tun wird, dann wird deutlich, was Herr Seehofer in Ihrer Partei zu sagen hat. Dann wird deutlich, was von diesem Versuch der Reinwaschung zu halten ist, nämlich überhaupt nichts.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

In diesem Lande soll alles wie bisher weitergehen, und das soll die FDP ermöglichen. Das ist das Ziel der CSU, merkt euch das.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Freien Wählern)

Herr Seehofer ist in der Tat ein charmanter Gesprächspartner.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Manfred Weiß (CSU))

Er versucht jetzt mit seinem Lächeln und mit manchem semantischen Trick, die Lage zu befrieden. Da spricht er beispielsweise von der "amtierenden Regierung", er spricht von der "bisherigen Regierung", also von Kräften, mit denen er nichts zu tun hat. Diese Kräfte gehören allerdings der CSU an, einer Partei, deren Vorsitzender er sein will. Doch Herr Seehofer hat damit nichts zu tun. Er spricht von Neuanfang und seit gestern spricht er, weil er merkt, wie schwierig das geworden ist, von etwas, was noch viel neuer ist - jedem Neuanfang wohnt bekanntlich ein Zauber inne -, Herr Seehofer spricht nun von einem "absoluten Neuanfang". Meine Damen und Herren, das ist absolute Volksverdummung!

(Anhaltender Beifall bei der SPD und bei den Freien Wählern)

Auf meinem Manuskriptzettel habe ich stehen "bis gestern". Herr Huber, das nehme ich jetzt zurück und lasse stehen, was auf diesem Manuskript stand, als Sie Ihren Rückzug noch nicht angekündigt hatten. Da stand nämlich "bis heute", weil das nämlich stimmt. Bis heute haben Sie von der CSU bei der Landesbank vertuscht. Sie haben versucht zu tricksen, Sie haben versucht zu verschweigen. Bis heute haben Sie von der CSU versucht, die Menschen in Bayern über das wahre Ausmaß der Katastrophe zu täuschen. Heute ist die Fahnenstange aber am Ende, meine Damen und Herren. Dafür wird die Opposition in diesem Hause sorgen. Wir werden dafür sorgen, dass Ihnen das in Zukunft nicht mehr möglich sein wird!

(Dr. Manfred Weiß (CSU): Versuchen vielleicht!)

Ob und wer sich strafrechtlich der Untreue schuldig gemacht hat, das mögen andere beurteilen. Ich sage Ihnen, hier an diesem Ort, wo wir gegenüber den Menschen in Bayern Rechenschaft abzulegen haben, steht ein Urteilsspruch fest: Die CSU hat sich in diesem Land der politischen Untreue schuldig gemacht!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Freien Wählern)

Mit dem Geständnis des Kronzeugen Naser ist jetzt bewiesen: Selbst die Bewährungsstrafe, die die Wähler der CSU am 28. September ausgestellt haben, hat sich die CSU durch einen Prozessbetrug erschlichen. Selbst das steht jetzt fest.

(Beifall bei der SPD)

Vor diesem Hintergrund, Herr Ministerpräsident Beckstein - und wir hätten uns gewünscht, dass Sie dazu noch die Kraft finden - wäre die Entlassung des hauptverantwortlichen Finanzministers unumgänglich gewesen. Diese Entlassung haben wir beantragt, und unser Antrag liegt auf dem Tisch des Hauses. Ich sage Ihnen, nachdem Sie, Herr Huber, in Zusammenhang mit unserem Antrag und zeitlich zusammenfallend, Ihren Rückzug angekündigt haben, hat meine Fraktion beschlossen, den Antrag für erledigt zu erklären.

(Zurufe von Abgeordneten der CSU)

Wir sagen Ihnen aber auch, dass es gute Gründe für diesen Antrag gegeben hat. Und Ihre Rede wäre ein guter Grund gewesen, den Fraktionsbeschluss noch einmal umzustoßen und unsere Linie weiter zu verfolgen, denn was ist ein Rücktritt bzw. ein Rückzug ohne jedes Schuldeingeständnis wert?

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ohne Einsehen!)

Was ist es wert, wenn man sagt: Ich gehe, obwohl ich gar nicht gehen müsste, weil alle anderen schuld waren, von der bösen Weltfinanzwirtschaft bis hin zu den ganz Linken. - Oder wie haben Sie das formuliert, Herr Huber? Alle waren gegen Sie, und Sie sagen, deshalb müssten Sie gehen. Nein, nein! - Sie gehen, weil Sie wissen, dass Sie in Ihrer Partei - anders als das Gedröhne vorhin suggeriert hat - keinen Rückhalt mehr haben. Sie gehen, weil Sie genau wissen, dass Herr Seehofer, wenn er auch nur einen Funken von einem Neuanfang in die Wege leiten will, Sie nicht mehr berufen hätte.

Wenn der Herr Ministerpräsident nicht mehr die Kraft hat, Sie darum zu bitten, dann hätten wir uns gewünscht, dass Sie die sofortige Verantwortung durch einen Rücktritt übernehmen, denn wir wissen überhaupt nicht, wie es in diesem Land weitergeht. Wir wissen es nicht, denn die FDP hat gesagt, sie weiß noch nicht, ob sie Herrn Seehofer nächsten Montag wählen kann. Wir werden dann überlegen müssen, wie es nach der Verfassung weitergehen kann. Jedenfalls wird es in dieser Krise dann mit der jetzigen Regierung und mit diesem Finanzminister noch einige Wochen weitergehen müssen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Der Ministerpräsident hört nicht zu!)

- Das beruhigt uns nicht. Der Herr Ministerpräsident hat sich von diesen Fragen vielleicht schon verabschiedet. Ich weiß es nicht, ich hoffe es aber nicht.

Ich sage Ihnen, mit Verlaub, Herr Huber, ich hatte gestern Respekt für Ihren Schritt, ich habe ihn auch heute noch. Ich weiß, dass Sie diesen Schritt hier als politischer Profi anders verkaufen müssen. Ich sage Ihnen aber: Wirklichen Respekt von den Menschen

in diesem Land hätten Sie sich dadurch erworben, wenn Sie zur richtigen Zeit zurückgetreten wären, nämlich als der Untersuchungsausschuss deutlich gemacht hat, dass es so nicht geht.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Selbst wenn das wahr wäre, was Sie sagten, Herr Huber, was ich aber nicht unbedingt glaube, kann sich der Verwaltungsratsvorsitzende und Finanzminister von einem Bankvorstand so nicht auf dem Kopf herumtrampeln lassen und sich mit einer sogenannten Kommunikationsstrategie derart täuschen lassen, dass er hinterher nicht die Konsequenzen zieht. Das geht einfach nicht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Freien Wählern)

Ihre Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt ist deshalb leider nicht mehr souverän gewesen. Sie ist auch nicht vollständig, denn aus der aktuellen Regierung Beckstein, das haben Sie mittlerweile gelernt, gehören dem Verwaltungsrat auch Frau Staatsministerin Müller, Herr Staatsminister Herrmann, als zweiter stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates, und auch Herr Staatssekretär Heike an. Von allen erwarten wir noch Erklärungen zu ihrem Maß der Verantwortung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Freien Wählern)

Ich habe vom Schaden für die politisch-demokratische Kultur in diesem Land gesprochen. In dieser Frage muss man auch nach vorn schauen und, Herr Zeil, die FDP ansprechen. Im Wahlkampf war der Text auf Ihren Plakaten gar nicht schlecht. Ihre Wahlkampfagentur war nicht schlecht, und Ihre Kreisvorsitzenden waren über die Plakate richtig glücklich. Sie haben sich als den "deutlichsten Kontrast zu schwarz" verkauft.

(Lachen bei der SPD und bei den Freien Wählern - Tobias Thalhammer (FDP): Weil die SPD so farblos war! - Heiterkeit bei der FDP und bei der CSU)

Ich frage Sie, wollen Sie für eine solche CSU, für die Partei der politischen Untreue in Bayern, den Bewährungshelfer und den Steigbügelhalter spielen?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Manfred Weiß (CSU))

Wollen Sie das wirklich? Wie wollen Sie das Ihren Wählern erklären?

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Martin Zeil (FDP))

- Herr Zeil, Sie bringen hier ständig die Frage ins Spiel, ob Sie mit der SPD koalieren sollen. Das beantwortet aber meine Frage nicht.

(Martin Zeil (FDP): Ich habe gesagt, was der Wähler gesagt hat!)

Sie haben den Menschen zu erklären, wenn Sie mit dieser CSU eine Koalition eingehen wollen. Ihre Parteivorsitzende, Frau Leutheusser-Schnarrenberger, hat gesagt, die Zahlen sind erschütternd, und Sie hat davon nichts gewusst. Das glaube ich ihr, und Sie konnte das auch nicht wissen, wie auch wir davon nichts wussten, weil man uns nichts gesagt hat. Auf die Frage "Wollen Sie auf dieser Zeitbombe einen Koalitionsvertrag schließen?" hat Frau Leutheusser-Schnarrenberger gesagt, ich zitiere aus dem "Handelsblatt": "Wir unterzeichnen keinen Koalitionsvertrag, wenn nicht klar ist, was finanziell noch auf uns zukommt" - Das hat Frau Leutheusser-Schnarrenberger heute, am 23.10., dem "Handelsblatt" gesagt. Nach alledem, was Sie heute hören bzw. was Sie auch heute wieder einmal nicht gehört haben, was hier nicht ausgesprochen wird: Was gilt? Gilt das Wort von Frau Leutheusser-Schnarrenberger oder werden wir einen Wortbruch der FDP in diesem Land erleben? - Das wird eine spannende Frage in den nächsten Tagen werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zurufe von der FDP und von der CSU)

Ich sage Ihnen meine Überzeugung hierzu deutlich: Der politische Anstand - -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Manfred Weiß)

- Herr Dr. Weiß, der politische Anstand würde es verlangen, in diesem Hohen Hause mit den unbelasten Kräften zusammenzuarbeiten.

(Lachen bei der CSU)

Das würde der politische Anstand verlangen. Nur so wäre ein Neuanfang für Bayern, für die Menschen und die Demokratie möglich.

(Renate Dodell (CSU): Das ist scheinheilig!)

- Frau Dodell, das ist nicht scheinheilig. Wer im Glashaus sitzt, sollte die Steine nicht als Bogenlampe werfen.

(Beifall bei der SPD - Renate Dodell (CSU): Das ist sehr wohl scheinheilig!)

Die FDP steht also vor der Wahl. Sie kann zu ihrem Wort stehen. Sie kann sagen, jawohl, mit dieser CSU, mit diesen nicht geklärten Haushaltsverhältnissen, mit diesen nicht geklärten Belastungen und einem Koalitionsvertrag, der Makulatur geworden ist, bevor die Tinte trocken ist, können wir nicht zusammengehen.

(Martin Zeil (FDP): Wir stehen immer zu unserem Wort!)

Ich zitiere Ihnen noch einmal den bekannten und geschätzten Kollegen Erwin Schneider von der CSU, jetzt Landrat in Altötting. Er sagte: "Wir stehen möglicherweise nicht am Abgrund, sondern wir schauen möglicherweise in die Hölle."

(Zurufe von der CSU und der FDP)

Wollen Sie, Herr Zeil, mit denen koalieren, die dieses Land in die größte Krise der Nachkriegszeit geführt haben? Wollen Sie mit denen koalieren, die dieses Land nach Aussage der eigenen Leute zum Blick in die Hölle geführt haben? Wollen Sie das wirklich?

(Zurufe von der CSU)

Beantworten Sie diese Fragen nicht nur uns. Beantworten Sie diese den Menschen in Bayern.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als nächster Redner hat der Fraktionsvorsitzende der CSU, Georg Schmid, das Wort.

**Georg Schmid (CSU):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen mitten in einer weltweiten Finanzkrise. Kein Land dieser Welt ist davon ausgenommen. Nicht nur in Deutschland, nicht nur in Europa, sondern auf allen Kontinenten müssen wir feststellen, dass Maßstäbe nicht mehr eingehalten sondern überschritten wurden, und dass wir nun die Konsequenzen all dieses Handelns zu tragen haben. Auch wir in Bayern sind davon nicht verschont geblieben und bekommen mit unserer Landesbank diese Finanzmärkte jetzt zu spüren. Wir sind in dieser Situation, weil die Finanzmärkte heutzutage eng miteinander verbunden und miteinander verknüpft sind.

Wer heute an dieser Stelle eine Debatte mit dem Hintergrund führen will, wir hätten ein singuläres, in Bayern entstandenes und von Bayern ausgehendes Problem - am liebsten auf die Bayerische Staatsregierung und noch besser auf Finanzminister Huber fokussiert - kennt die Zusammenhänge nicht. Man muss wissen, und das muss man heute noch einmal sagen, dass es um eine weltweite Finanzkrise geht, wir bei unserer Landesbank die Auswirkungen dieser weltweiten Finanzkrise spüren und die Ursachen nicht hier zu suchen sind, weder in München, in Bayern oder in Deutschland, sondern weltweit. Das musste an dieser Stelle einmal betont werden.

(Beifall bei der CSU - Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Bayern vorn!)

Sehr geehrter Herr Dr. Beyer, Sie haben heute einen hohen Wertmaßstab angelegt: geistig moralische Kultur. Das ist ein hoher Maßstab bei dieser Debatte. Ich werde darauf noch zurückkommen und auch darüber reden, wo diese Kultur und diese geistig moralischen Grundfesten überschritten worden sind. Ja, auch darüber müssen wir an

dieser Stelle reden. Sie sind nicht von denen überschritten worden, die Sie gemeint haben. Ich wäre dankbar gewesen, wenn Sie intensiver darüber gesprochen hätten, lieber Herr Dr. Beyer, wo diese Maßstäbe nicht eingehalten sondern überschritten worden sind. Sie haben mit dieser Formulierung den Eindruck erweckt, dass die Verantwortung für diese Entwicklung bei der Politik liegt und nicht bei denen, die das operative Geschäft in Bayern, in Deutschland und weltweit betrieben haben.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb haben Sie heute den Akzent ganz bewusst so gesetzt und gesagt: Die Verantwortung liegt bei der Politik und nicht bei denen, die diese Geschäfte gemacht haben. Das war allerdings der falsche Grundansatz in Ihrer heutigen Rede.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Sie haben nicht darüber gesprochen, warum wir vor dieser Situation stehen, warum wir weltweit diese Krise haben, warum wir in Europa die schwierige Situation haben, warum Bankhäuser wie UBS oder Lehman Brothers, von denen wir ausgegangen sind, dass sie stabil sind, dass sie durch nichts zu erschüttern sind, heute in einer so überaus schwierigen Situation sind. Sie verschieben die Maßstäbe und die Verantwortungen. Ich werde über den Begriff der Verantwortung noch in ganz besonderer Weise sprechen,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist wichtig, sehr gescheit!)

weil die Verantwortung nicht primär bei der Politik liegt, sondern bei denen, die die Maßstäbe verloren haben, die also gemeint haben, keine Wertmaßstäbe mehr zu brauchen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Da war Minister Huber dabei! - Lachen bei den GRÜNEN)

- Auch zur neuen Wahlperiode nichts gelernt. Das ist immer das Gleiche: keine Argumente, aber laut schreien und laut reden. Es hat sich nichts geändert.

(Beifall bei der CSU - Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

- Sie sollten sich angewöhnen, gute Argumente zu haben und nicht nur dazwischen zu rufen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Sie haben keine Antwort!)

Wir müssen über die jeweilige Verantwortung sprechen. Herr Dr. Beyer, Sie haben die Frage gestellt, was wir ändern müssen, welche Wege wir nicht nur bei der Neustrukturierung dieser Bank gehen müssen, sondern wie wir zukünftig uns im Finanzmarkt aufstellen wollen, welche neuen Instrumentarien wir etwa in unserem Landesbankgesetz brauchen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Etliche!)

Ich bin "erst" 18 Jahre im Parlament, aber so arg viele Vorschläge zur Veränderung des Landesbankgesetzes habe ich noch nicht gesehen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Warten Sie es ab!)

Da Sie heute die Verantwortung im Hause verteilt haben, wäre es im Übrigen ganz gut, wenn Sie sich selbst fragen, wo Sie in all den Jahren aktiv waren. Sie tun gerade so, als hätten Sie alles richtig gemacht und alle anderen alles falsch.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD - Lachen bei der SPD)

Sie werden die Gelegenheit haben, weil wir das Landesbankgesetz verändern werden müssen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wer hatte denn die Mehrheit?)

- Sie haben nicht mal einen Antrag gestellt. Trotzdem reden Sie schlaue Sachen und tun so, als hätten Sie alles besser gewusst.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Das sind mir die allerliebsten. Sonst leise und still daneben gestanden, einen Untersuchungsausschuss nach dem anderen beantragt und eine Sondersitzung nach der anderen, aber an der Stelle, wo man Sie gebraucht hätte, waren Sie nicht da. Da haben wir Sie vermisst.

(Zurufe der SPD und der GRÜNEN)

Sie werden die Gelegenheit bekommen, nämlich an der Stelle, wo es darum geht, den Anträgen zuzustimmen, die von uns und unserem wahrscheinlichen Koalitionspartner eingebracht werden. Es wird darum gehen, mit einem veränderten Landesbankgesetz neue Strukturen für unsere Landesbank zu schaffen. Da können Sie mitreden. Da erwarte ich Ihre Zustimmung und Ihre gute Mitberatung. Da können Sie zeigen, ob Sie die geistig moralische Kultur in die Realität umsetzen und nicht nur plakativ hier im Plenarsaal verbreiten.

(Beifall bei der CSU und bei der FDP)

Dann geht es um Ihre konkrete Mitverantwortung. Sie können dann zum ersten Mal zeigen, dass Sie sich dieser Verantwortung gerecht fühlen.

Deswegen, lieber Herr Dr. Beyer: Geistig moralische Kultur - ja. Wenn wir über die Zukunft unserer Landesbank reden, wenn wir über die Zukunft des Bankenwesens in Deutschland und Europa reden, müssen wir geistig moralische Anforderungen stellen. Ja, das müssen wir den Menschen heute draußen auch sagen. Sie haben gerade darauf Bezug genommen, wie die Menschen, wie die Bürgerinnen und Bürger draußen denken. Sie haben pauschal die ganze Verantwortung für all diese Problematik in einen großen Karton gelegt und ihn der Politik hingestellt. Und Sie haben parallel dazu nicht gesagt, dass die Hauptverantwortung ganz woanders liegt, nämlich bei denen, die für das operative Geschäft verantwortlich sind.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wer kontrolliert denn?)

Wir kommen zur Landesbank - keine Sorge - und zu den Verantwortlichen in der Landesbank. Dazu komme ich noch. Ich wollte es nur sagen, weil Sie davon gesprochen haben, wie es weitergehen soll.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Richtig!)

Da müssen wir auch über diese geistig-moralischen Aspekte und Kulturen reden, Herr Dr. Beyer.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das werden wir tun!)

Und jetzt kommen wir zu den Verantwortlichen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Bis jetzt gab es keine moralischen Aspekte!)

Wir reden jetzt zunächst über die Verantwortung von Erwin Huber und dann über die Verantwortung derer, die für diese Geschäfte verantwortlich waren. Erwin Huber hat zu Recht heute darauf hingewiesen und in besonderer Weise dokumentiert, wie die Faktenlage war und wie die Faktenlage ist. Er hat dargelegt, wie sich die Zahlen in den letzten Wochen entwickelt haben, welche Zahlen ihm zur Verfügung gestellt wurden. Er ist nicht der Vorstand dieser Landesbank. Wenn heute der Eindruck erweckt wird, Erwin Huber sei Vorstand dieser Landesbank, dann ist das ein großer Irrtum. Er ist Mitglied und Vorsitzender des Verwaltungsrats und nicht zuständig für das operative Geschäft dieser bayerischen Bank, meine sehr verehrten Damen und Herren, um das klarzustellen.

(Beifall bei der CSU - Ulrike Gote (GRÜNE): Wem gehört die Landesbank?)

Deswegen reden wir über diese Verantwortung und über die Entwicklung der letzten Wochen, und wir reden ganz konkret auch über die Sicherungsinstrumentarien, die sozusagen die Arbeit und die Verantwortung eines Aufsichtsgremiums begleiten sollen. Wie schauen diese Instrumentarien aus? Die Bundesbank, die BaFin, die Ratingagenturen, die Wirtschaftsprüfer, sie alle sind als Sicherungsinstrumentarium eingebaut,

intern und extern. All diese Instrumentarien haben als Botschaft auch an die Aufsichtsgremien gesagt: Es ist keine Gefahr, es ist keine Sorge, es ist nichts Besonderes veranlasst. Genau so war es, Herr Kollege Kränzle. Ich kenne die Berichte im Verwaltungsrat. All diese Aussagen zeigen: Keine Sorge, keine Gefahr. Auf Nachfrage: Keine Sorge, keine Gefahr.

(Zuruf des Abgeordneten Eike Hallitzky (GRÜNE))

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats und auch die Mitglieder des Verwaltungsrats, die zitiert worden sind, haben sich darauf verlassen und verlassen dürfen. Es ist ja gerade Aufgabe dieser Sicherungsinstrumentarien, dafür Sorge zu tragen, dass sie greifen, wenn eine schwierige Situation eintritt. Ich sage Ihnen an dieser Stelle: Wir müssen, wenn es schon um die Zukunft unseres Bankensystems geht, auch darüber reden, dass diese Sicherungsmechanismen nicht funktionieren und diese Sicherungsmechanismen in den vergangenen Jahren versagt haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und bei der FDP)

Was haben die Ratingagenturen alles gesagt, die externen und die internen; bei den internen sind 300 bis 400 Leute angestellt, die nichts anderes tun, als das Risiko zu bewerten. Es muss jemand Verantwortung dafür haben, wenn er dafür ein Zeugnis abgibt und sagt: Triple-A, erste Qualität, beste Bonität. Dann erwarte ich, dass derjenige, der dieses Zertifikat ausstellt und unterzeichnet, dafür die Verantwortung übernimmt. Ich habe in keiner Debatte in den letzten vier, fünf Tagen etwas von denen gehört, die all diese Dinge gut geratet haben und gesagt haben, das sei alles bestens und alles optimal. Ich frage auch, wer dafür die Verantwortung übernimmt. Ich frage, wo da die Untreue ist, lieber Herr Dr. Beyer.

(Martin Zeil (FDP): Sehr richtig!)

Das sind auch Untreuetatbestände. Ich bin der Meinung, dass das auch unter strafrechtlichen Aspekten beleuchtet werden soll.

(Beifall bei der CSU und bei der FDP)

Ich frage auch, ob die BaFin, die bei diesen Sitzungen permanent dabei ist, als Instrument noch verlässlich ist, nachdem sie nicht ein einziges Mal einen Hinweis gegeben hat, dass diese Art von Finanzmarktgeschäften Krisensituationen hervorrufen könnte und in der einen oder anderen Ecke schwierige Probleme lauern. Nein, kein einziges Wort. Jetzt frage ich, was werfen Sie Erwin Huber an dieser Stelle vor? Das Einzige, das Sie ihm vorwerfen können, ist, dass er Vorsitzender dieses Verwaltungsrates war und dass er damit die politische Verantwortung zu tragen hat. Erwin Huber verdient unseren Respekt. Er hat diese politische Verantwortung übernommen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Er hat sie übernommen.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Martin Zeil (FDP))

Es ist schon scheinheilig - Entschuldigung -, dass Sie gestern, nachdem Erwin Huber angekündigt hat, dass er für weitere Aufgaben in der Staatsregierung nicht zur Verfügung steht, und Sie das um 13.00 Uhr gewusst haben,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das haben wir nicht gewusst!)

anschließend den Antrag gestellt haben, Erwin Huber heute zu entlassen. Das ist scheinheilig, das ist nicht korrekt gewesen.

(Beifall bei der CSU und bei der FDP)

Und, Herr Dr. Beyer, da reden Sie von geistig-moralischer Kultur in diesem Hohen Hause und - das muss gesagt werden - lassen diesen Antrag eineinhalb Tage, seit gestern, sozusagen stehen, um in der Öffentlichkeit noch einmal Druck zu machen und in der Öffentlichkeit zusätzliche Verantwortungen verschieben zu wollen.

(Zurufe des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD) und der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Das ist nicht der Umgang, den wir uns in diesem Hohen Hause vorstellen. Jedenfalls werden diese geistig-moralischen Grundsätze nicht eingehalten, die Sie selbst aufgestellt haben.

(Beifall bei der CSU)

Es ist schäbig gewesen. Wenn jemand in einer solchen Situation, wo er von sich sagen kann, mich trifft keine persönliche Schuld in den Entscheidungssituationen, aber ich bin politisch verantwortlich in meiner Aufgabe als Vorsitzender des Verwaltungsrates, die Verantwortung übernimmt, verdient er auch unsere Solidarität. Deshalb hat es so viel Beifall vorhin für Erwin Huber gegeben, weil er diese Solidarität an dieser Stelle verdient, weil er die Verantwortung übernommen hat.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen reden wir jetzt ganz konkret über die Verantwortung derer, die sie dann auch tatsächlich zu tragen haben.

(Alexander König (CSU): Sehr gut! - Dr. Thomas Beyer (SPD): Wie im Verwaltungsrat!)

Am vergangenen Samstag waren wir in einem Koalitionsgespräch mit der FDP. - Es tut uns leid, ihr seid nicht dabei, aber das ist auch nicht so dramatisch. Das müssen Sie einfach hinnehmen. Weil Sie gerade die FDP attackiert haben, lieber Herr Beyer, das ist einfach der Neid der Besitzlosen. Sie sind nicht dabei und werden auch nicht dazukommen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Der Kollege Maget hat zwar eine große Koalition angekündigt, wochenlang, aber mit der wird es nichts. Glauben Sie mir, damit wird es definitiv nichts.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Um uns in dem Koalitionsgespräch klar zu werden über die weitere Finanzsituation, wie es weitergehen soll, wo wir weitere Schwerpunkte setzen können, wie wir weiterhin unsere Aufgaben erfüllen können und das, was wir uns in unseren Wahlprogrammen vorgenommen haben, haben wir gesagt, es müssen die Vertreter der Landesbank hier sein. Und es war auch gut so, dass beide da gewesen sind. Nicht nur der stellvertretende Verwaltungsratsvorsitzende Herr Naser, sondern auch der Vorstandsvorsitzende Herr Kemmer. Es war gut, dass beide da waren. Ich spreche heute auch beide in ihrer Verantwortung an, weil sie beide gleichermaßen auf unsere Fragen geantwortet haben. Es wurde gefragt, wie die Situation aussieht. Herr Zeil, wenn Sie gestatten, will ich aus dieser Sitzung berichten, wie es gesagt wurde - jedenfalls soweit es öffentlich vertretbar ist -, damit wir uns ein Bild machen können. Es ist gefragt worden: Wie hoch sind die Risiken? Es ist uns von beiden gesagt worden: drei bis fünf Milliarden Euro. Und es ist gefragt worden: Wie sieht es mit Risiken in anderen Teilen der Welt aus? Wir haben Auskünfte bekommen, die aus meiner Sicht nicht nur dürftig, sondern sogar unvollständig waren; Auskünfte, die anderen Mitgliedern dieser Gremien bekannt waren und trotzdem von den Verantwortlichen nicht erwähnt worden sind: dass zum Beispiel in Ungarn Risiken völlig falsch eingeschätzt und Dinge positiv dargestellt wurden, die sich heute in den Medien schon als negativ ergeben. An dieser Stelle frage ich: Wer hat die Verantwortung für die Landesbank? Ich sage Ihnen: Die Verantwortung für das operative Geschäft der Landesbank haben der Vorstand dieser Bank und der Vorstandsvorsitzende - sonst niemand.

(Beifall bei der CSU)

Da erwarte ich klare und präzise Auskünfte. Sie warfen heute Erwin Huber vor: Herr Finanzminister, Sie haben die Zahlen nicht gekannt, wie kommen wir zwei Tage später zu 6,4 Milliarden? Dazu ist festzustellen: Weil es am Samstag Mittag um 12.00 Uhr von den Verantwortlichen der Landesbank keine vernünftigen Auskünfte gegeben hat, denn wir wurden mit Daten und Zahlen ausgestattet, die nicht der Realität entsprachen und nach spätestens 24 Stunden überholt waren. Genau da liegt die Verantwortung, und -

das muss in diesem Parlament auch dokumentiert werden - nicht bei Finanzminister Erwin Huber.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt geht es ums Vertrauen und um die Verantwortung. Da heißt es in Ihrem Antrag, den Sie heute für erledigt erklärt haben, dass für die bislang größte finanzielle Schadenssituation Erwin Huber die Verantwortung trage. Auch wenn Sie den Antrag für erledigt erklärt haben, sage ich Ihnen eines: Diesen Antrag haben Sie wider besseres Wissen gestellt. Erwin Huber hat dafür nicht die Verantwortung, sondern er hatte lediglich Aufsichtspflichten wahrzunehmen. Nur: Er ist ebenso wie die anderen Verwaltungsratsmitglieder nicht immer mit den Zahlen und Daten bedient worden, die auf der operativen Ebene bekannt waren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Dr. Thomas Beyer (SPD): Jetzt klatschten nur noch einige!)

Deswegen ist es gut und richtig gewesen, dass Sie diesen Antrag für erledigt erklärt haben.

Ich frage an dieser Stelle auch nach den Konsequenzen; ich will das bewusst von dieser Stelle aus tun. Wo liegen die Konsequenzen? Erwin Huber hat die politische Verantwortung übernommen und dadurch unseren Respekt in hohem Maße verdient. Aber jetzt erwarten wir auch von denen, die am Samstag mit am Tisch gesessen sind und uns diese Auskünfte gegeben haben, dass sie ihrer Verantwortung gerecht werden, weil wir in diese Landesbank so lange kein Vertrauen mehr haben können, solange diejenigen die Verantwortung haben, die uns jetzt mit Zahlen und Daten bedient haben, die weder der Wahrheit noch der Realität entsprochen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Deswegen war es richtig, dass wir trotz dieser Situation die richtigen Weichenstellungen vorgenommen haben. Die richtigen Weichenstellungen sind am gestrigen Abend bei der Landesbank durch Verwaltungsratsbeschluss erfolgt.

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, die Weichenstellung ist heute auch im Kabinett vorgenommen worden. Ich bin Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr dankbar, denn es ist gerade auch Ihnen zu verdanken, dass die Bedingungen und Konditionen des Schirmes vonseiten der Bundesregierung durch den Freistaat Bayern dank Ihres Engagements und Einsatzes so gestaltet werden konnten, dass auch wir jetzt unter diesen Schirm gehen können. Ein herzliches Wort des Dankes an unseren Ministerpräsidenten Günther Beckstein! Lieber Günther, herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt gilt es, den Blick auch nach vorne zu richten. Wir werden heute im Parlament einen Antrag beschließen, der von § 40 der Geschäftsordnung Gebrauch macht, wonach eine Kommission einrichtet wird, und zwar über die Parteigrenzen hinweg. Ich halte das für gut und richtig. Wir wollen die Anzahl der Mitglieder in dieser Kommission extra auf 12 erhöhen, damit drei Kolleginnen und Kollegen der SPD mitarbeiten können. Herr Kollege Dr. Beyer, da können Sie sich dann einbringen und wichtige Akzente setzen.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wir müssen auch über das Landesbankgesetz und über die Besetzung in diesen Gremien reden. Wir werden weiterhin die Beschlüsse mittragen, durch die heute im Kabinett eine erste wichtige Weichenstellung vorgenommen wurde, nämlich eine Erhöhung des Eigenkapitals um 700 Millionen, um die Situation zu verbessern. Es gilt, die Bedingungen möglichst schnell zu erarbeiten, um unter den Schirm des Bundes zu kommen; denn eines wird nicht helfen: den Blick permanent zurückzuwerfen. Jetzt ist auch die Situation da, in der wir den Blick nach vorne zu richten haben, um die Bayerische Landesbank wieder auf ein festes Fundament zu stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Das ist Aufgabe des gesamten Hohen Hauses. An dieser Stelle bitte ich alle um eine gute Wegbegleitung und Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Pauli, bitte schön.

**Dr. Gabriele Pauli (FW):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Heute hier zum ersten Mal mit dabei zu sein, heißt natürlich auch, Vergleiche zu Debatten zu ziehen, wie man sie gewöhnlich kennt. Ich darf sogleich meinen ersten Eindruck schildern: Ich habe selten eine so undisziplinierte Versammlung erlebt wie heute.

(Zurufe von der CSU)

Ich weiß, dass Zwischenrufe erlaubt sind; das ist alles geregelt. Aber es dient der besseren Information, einfach nur sachlich zuzuhören.

(Zurufe von der CSU und von der SPD)

Es wurden heute sehr viele gute Argumente vorgetragen, aber auch sehr Vieles, bei dem ich das Gefühl hatte, es geschah mehr aus populistischen Gründen. Ich meine jetzt auch den Antrag der Damen und Herren der SPD-Fraktion; denn das war ein Schaufensterantrag, den Sie zu Recht zurückgenommen haben.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Es ist festzustellen, dass den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern und unserem Land durch das Verhalten der Mehrheitspartei in diesem Lande, die bis vor Kurzem die Verantwortung getragen hat, großer Schaden zugefügt wurde.

(Zuruf von der CSU: Dem Landkreis Fürth zum Beispiel!)

Das haben Sie aus einem Gefühl der mangelnden Bürgernähe heraus, aus Selbstherrlichkeit, vielleicht auch aus Gefallen an dem Spiel mit der Macht getan. Ich weiß, dass es in Ihren Reihen Abgeordnete gibt, die es gut meinen und die sich vielleicht nicht über alle Details informiert haben, weil es üblich ist, dass sich in Fraktionen nur einige wenige in das Thema vertiefen und Experten sind, während die anderen vertrauensvoll mitziehen und mitstimmen. Aber letztlich haben Sie als *eine* Fraktion die Verantwortung für alles gemeinsam zu tragen - jeder von Ihnen.

Mir leuchtet es, ehrlich gesagt, nicht ganz ein, warum Kabinettsmitglieder diese Verantwortung, von der heute viel geredet worden ist, für die Zukunft verlängern und sich wieder für bestimmte Positionen bereit erklären wollen, obwohl wir eigentlich der Wahrheit immer näher kommen, dass sie in Bayern ein großes Finanzdesaster ausgelöst haben.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Eigentlich dürfte von ihnen keiner mehr in diese Spitze unseres Freistaates hinein.

(Zurufe von der CSU)

Mich hat auch ein bisschen beunruhigt, mit welcher herauszuhörenden Gleichgültigkeit die Rede von Erwin Huber vorgetragen worden ist. Es ist nicht damit getan zu sagen: Okay, ich geh jetzt.

(Christa Naaß (SPD): Er geht ja nicht!)

Das ist so, als würde ich eine Lawine loslösen und dann sagen: Ich kümmere mich aber nicht mehr darum, was da unten passiert.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich verstehe auch, dass er berechtigterweise sagt: Man soll die Schuld nicht auf einen allein abwälzen. Es ist nicht nur er gewesen. Ich glaube, er hatte für die CSU ein bisschen die Funktion des Mohren: einer für alle.

Aber so leicht kann es sich keiner machen. Sie müssen nicht ein personelles Opfer bringen und dann ist die Welt wieder in Ordnung, sondern wichtig ist - und das habe ich auch bei der SPD-Fraktion vermisst -, dass wir noch einmal in die Vergangenheit einsteigen. Wir sollten schon noch einmal hinterfragen, wer, wann, wo, warum wie beteiligt war, wer bestimmten Kreditaufnahmen zugestimmt hat. Man kann es nicht so wie gerade der CSU-Fraktionsvorsitzende Schmid locker abtun damit, dass man sagt: Nein, das war der Vorstand. Welche Rolle hat dann überhaupt noch ein Aufsichtsgremium? Welche Rolle hat dann noch ein Verwaltungsrat?

(Beifall bei den Freien Wählern und bei Abgeordneten der SPD - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau!)

Dann könnte man die Verwaltungsräte gleich abschaffen,

(Karl Freller (CSU): Verwaltungsratsvorsitzende Sparkasse Fürth!)

Wir können uns nicht darauf zurückziehen, dass ein Vorstand allein die Verantwortung zu tragen hat. Wir haben Kontrolle bzw. der Freistaat, und die wird ausgeübt in Form unserer Minister, die dort über viele Jahre an vielen Sitzungen teilgenommen haben - die Namen wurden schon genannt: der damalige Innenminister Beckstein, Finanzminister Faltlhauser -, als die wichtigen Entscheidungen gefasst worden sind. Da liegt die Verantwortung. Das war alles in der Zeit von Edmund Stoiber, als diese Aktionen passiert sind, als es darum ging, Bayern gut dastehen zu lassen im Bund und wo man vielleicht in einen gewissen Übermut hineinkam und Kreditgeschäfte beschloss, die eigentlich jeder Sinnhaftigkeit entbehrten.

(Beifall bei den Freien Wählern - Karl Freller (CSU): Verwaltungsratsvorsitzende Sparkasse Fürth!)

Die Welt ist böse, die Welt ist schlimm, und jetzt hat es auch uns erwischt.

Wir haben immer noch unseren klaren Kopf und unseren gesunden Menschenverstand zu bewahren. Denn wir haben den Auftrag unserer Wähler, darauf zu achten, dass das Geld der Steuerzahler effizient und gut verwaltet wird. Es kann wohl schwer erklärt werden, warum im Jahr 2005 mit Duldung, mit Zustimmung des Verwaltungsrats ein Kredit in Höhe von 58 Milliarden Euro aufgenommen wurde, der jetzt nach und nach zusammenbricht, und zwar ein Kredit, der jeder Sicherheit entbehrte, ein Kredit, der ohne Beleihungsprüfung aufgenommen wurde, und ein Kredit, der aus keiner Notwendigkeit aufgenommen wurde. Denn es steht dafür nicht 1 Euro Investitionen in unserem Haushalt, der über diesen Kredit hätte finanziert werden müssen. Es steht dafür - oder mehr dagegen, würde ich fast sagen -, dass man auf dem Immobilienmarkt in Amerika groß eingestiegen ist aus völliger - fast muss ich sagen -

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Gier!)

Spekulationslust. Es gab kein rational nachvollziehbares Motiv für diese Aktion.

Das Einzige, das man feststellen kann: Es war die Erwartung, ordentlich Gewinn zu machen. Da hätte bei Ihnen als Kontrolleure der Landesbank bei diesem Beschluss im Verwaltungsrat das rote Licht aufleuchten müssen. Warum haben Sie als Kontrolleure der Landesbank nicht die Frage gestellt, warum man nicht in sichere Investitionen mit diesem Geld gehen wollte, sondern in Subprime-Finanzpapiere, äußerst risikobehaftete Investitionen? Das ist etwas, was man gar nicht groß mit Rating etc. begründen muss, denn wir wissen inzwischen, wie schwierig auch eine Bewertung, die von Ratingagenturen kommt, zu sehen ist. Man kann es mit dem gesunden Menschenverstand nachvollziehen, und man hätte in diesem Verwaltungsrat die Frage stellen können: Warum geben wir das Geld nicht in Prime-Papiere hinein, in die sicheren Investitionen, sondern nur in die zweitklassigen, risikobehafteten Papiere?

(Beifall bei den Freien Wählern)

Das ist der erste Punkt, der aufgeklärt werden muss.

Das Zweite: Dieser Beschluss, im Jahr 2005 zu investieren, fand, sehr merkwürdigerweise, kurz vor dem Inkrafttreten einer EU-Richtlinie statt. Sie haben das damit begründet, dass damit natürlich die Konditionen günstiger waren. Mit anderen Worten, Sie haben sozusagen noch im letzten Moment hohe Risiken eingehen können, weil Sie wussten, dass dahinter die Steuerzahler, die Kommunen und Sparkassen des Freistaats stehen, die dies auffangen würden.

Vielleicht wären Sie gar nicht so mutig gewesen, in diese Risikogeschäfte einzusteigen, wenn es schon nach Inkrafttreten dieser EU-Richtlinie gekommen wäre.

(Erwin Huber (CSU): Sie waren auch nicht dagegen!)

Aber Sie sind bewusst dieses Risiko eingegangen, indem Sie die bayerischen Kommunen mit hineingezogen haben. Das sage ich bewusst als ehemalige Landrätin, weil ich mich meinen kommunalpolitischen Kollegen sehr verbunden fühle.

(Zuruf von der CSU: Wir alle!)

Hätten Sie sich dieser Verantwortung gegenüber den Kommunen genauso stellen wollen, hätten Sie dies nicht machen dürfen.

(Beifall bei den Freien Wählern und bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt werden diese in Riesendimensionen verlustig gegangenen Summen über die Sparkassen die Kommunen treffen, denn sie müssen die Haftung übernehmen. Das wissen Sie genau. Deshalb haben Sie diese Aktion auch vor dem 18. Juli 2005 noch kurzfristig eingeleitet.

Die Frage ist: Ist das noch seriöses Verhalten, ein Verhalten, das die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes als solide empfinden? Sie haben bewusst die Haftung auf viele Bürger und Steuerzahler unseres Landes abgewälzt. Das kann man nur mit einer Lust

an der Macht und mit Freude am Spielen mit Geld erklären. Es war ein Roulettespiel, das Sie verloren haben.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Der dritte Punkt: Dies war alles schon lange bekannt. Es wurde den Bürgern aber vor der letzten Landtagswahl nicht vermittelt.

(Erwin Huber (CSU): Falsch!)

Wir hatten im Frühjahr die Diskussion, dass die ersten 6 Milliarden Euro aus diesem 58-Milliarden-Euro-Kredit an die Wand gefahren worden waren. Das heißt, es hätte eine Sofortzahlung erfolgen können oder eine Bürgschaft.

(Bernd Kränzle (CSU): Das stimmt!)

Sie haben den Weg der Bürgschaft gewählt, weil das vor einer Landtagswahl besser zu vermitteln ist. Denn jeder hätte gefragt: Wie wollen Sie denn dieses Geld in den Haushalt einstellen? Es war sehr schön mit vielen Wortspielen verklausuliert, und die bayerischen Wählerinnen und Wähler haben nicht verstehen können, worum es wirklich geht.

Spätestens im nächsten Haushalt 2009 müssen 2,4 Milliarden Euro seitens des Freistaats untergebracht werden.

(Erwin Huber (CSU): Schmarnn!)

Da geht es darum, dass dieses Geld - und das ist eine riesige Größenordnung - tatsächlich realisiert werden muss.

(Erwin Huber (CSU): Wo denn?)

Sie hatten durch eine Bürgschaft nur Zeitgewinn.

Überhaupt ist alles, was wir hören, nur ein Verschieben der Verantwortung in die Zukunft, bis es dann letztendlich doch dazu kommen wird, dass wir das Geld aufbringen müssen.

Denn es fehlt uns tatsächlich. Es ist nicht durch Bürgschaften, durch weitere Kreditaufnahmen, durch Unterstützungsleistungen des Bundes wiederzugewinnen. Es muss bezahlt werden.

(Beifall bei den Freien Wählern - Erwin Huber (CSU): Gar nichts muss gezahlt werden!)

Es ist traurig, Herr Finanzminister, dass Sie diese Rechnung bis heute und bis jetzt, wie ich Ihrer Äußerung eben entnommen habe, nicht wahrheitsgemäß wiedergeben wollen. Vor der Wahl wurde dies dem Bürger nicht mitgeteilt, obwohl es bekannt war. Möglicherweise wurden entsprechende Wertberichtigungen seitens der Landesbank nicht vorgenommen. Genau darauf zielen unsere Fragen ab; denn wir möchten wissen, wann die ersten Verluste bereits soweit bekannt waren, dass eine Information hätte erfolgen müssen und Wertberichtigungen hätten eingestellt werden müssen. Es könnte sein, dass die Landtagswahl das eine oder andere Abwarten hervorgerufen hat.

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Huber? Sie können Ja oder Nein sagen.

**Dr. Gabriele Pauli (FW):** Ja, bitte.

**Erwin Huber (CSU):** Haben Sie nicht zur Kenntnis genommen, dass der Freistaat Bayern nur die Bereitschaft zu einer Bürgschaft erklärt hat, dass eine solche Bürgschaft aber nicht eingegangen wurde und dass ich heute erklärt habe, dass sie für erledigt erklärt ist und daraus keine Zahlung entsteht? Haben Sie sich nicht informiert oder haben Sie das nicht verstanden?

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

**Dr. Gabriele Pauli (FW):** Sie haben falsch informiert. Darauf komme ich in meiner Rede gleich.

Die ersten 6 Milliarden Euro wurden zu Jahresanfang von der BaFin angemahnt. Daraufhin haben Sie durch entsprechende Maßnahmen und Bürgschaftserklärungen die Einstellung in den Haushalt hinausschieben können. Die zweiten 6,4 Milliarden Euro bekommen wir jetzt aufs Tapet. Jetzt hilft zu Ihrer Freude der Bund. Er hilft aber - wie Sie schon sagten - bis zum Jahr 2011. Das Geld des Bundes ist kein Geschenk, sondern eine Überbrückungshilfe. Das heißt mit anderen Worten: Spätestens bis zum Jahr 2011 müssen die entsprechenden Mittel auf den Tisch gelegt und in den Haushalt eingestellt werden.

Deshalb kann das Spiel nicht aufgehen, das Sie, Herr Minister, uns immer wieder mit beschönigenden Worten dargestellt haben, nämlich dass Mordsverluste, die jetzt bei 12,4 Milliarden Euro liegen, über die Landesbank den Steuerzahler nicht in irgendeiner Weise berühren würden. Das kann auch durch eine kleine Vitalisierung von Privatisierungserlösen nicht verhindert werden. Diese Verluste werden unseren Haushalt in Zukunft massiv belasten. Es wäre schön, wenn wir einmal hören würden, wie der Finanzminister in Zukunft gedenkt, diese Mittel in die Haushalte einzustellen, ohne dass dadurch die großen Ziele, die sich alle Fraktionen, auch die CSU-Fraktion, im Wahlkampf vorgenommen haben, gefährdet werden.

Wir haben ein ganzes Bündel wichtiger Maßnahmen im sozialen Bereich und der Bildung, die wir realisieren wollen. Hierzu werden uns die Mittel fehlen. Es wird einen riesigen finanziellen Engpass geben. Wir schlittern mitten in eine Krise hinein. Herr Minister, ich verstehe bis heute nicht, warum Sie das nicht zugeben wollen, obwohl Sie die Verantwortung übernommen haben. Ich frage mich, wofür Sie überhaupt Verantwortung übernommen haben.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Von diesen 58 Milliarden Euro sind 24 Milliarden Euro über Subprimes abgewickelt worden. Das sind diese unsicheren Immobiliengeschäfte, die uns nach und nach betreffen. Scheibchenweise erhöht sich der Betrag auf 6 Milliarden Euro und 6,4 Milliarden Euro.

Das kann so weitergehen. Von diesen 58 Milliarden Euro sind 11 Milliarden Euro in andere Finanzanlagen investiert worden. 23 Milliarden sind bisher vonseiten der Landesbank nicht erklärt worden. Wir sollten einmal gezielt nachfragen, wie die Verwendung dieser auf Vorrat aufgenommenen Kredite insgesamt ausgesehen hat. In welcher Weise wurde das Geld angelegt, mit welchen Risiken und welchen Kursentwicklungen? Diese Informationen wurden uns bis heute nicht gegeben.

Sehen wir uns einmal diese 24 Milliarden Euro an. Inzwischen wissen wir aus Erfahrungswerten, dass der durchschnittliche Verlust bei diesen Subprime-Geschäften auf dem amerikanischen Immobilien- und Finanzmarkt bei durchschnittlich zwei Drittel liegt. Wir können also damit rechnen, dass von 24 Milliarden Euro insgesamt 16 Milliarden Euro an uns hängen bleiben werden. Wir Freien Wähler stellen deshalb sehr detaillierte Fragen, um diese Risiken abzuschätzen; denn wir können uns nicht von dem, was wir wissen, loslösen. Diese Finanzgeschäfte brechen zusammen. Wieso sollen wir mit unseren 58 Milliarden Euro davon verschont bleiben? Das wird weitergehen. Wir haben von Finanzminister Huber gehört, dass das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht ist. Wir hätten gern gewusst, ob Sie sich der ganzen Dimension dessen bewusst sind, was hier auf uns zukommt.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das sicher nicht!)

Inwieweit können Sie abschätzen, welche Risiken in Zukunft uns und unseren Haushalt belasten werden?

Heute wurde viel von Verantwortung geredet. In dem Wort "Verantwortung" steckt das Wort "Antwort". Ich kann nichts verantworten, was ich nicht weiß. Wir möchten Antworten haben. Wir möchten Antworten auf die Frage, ob die Sorgfaltspflicht in diesem Verwaltungsrat verletzt worden ist, ob es richtig war, EU-Bestimmungen zu umgehen, indem Beschlüsse noch schnell, zwei Wochen vor dem Inkrafttreten, gefasst wurden. Wir möchten wissen, ob es verantwortlich war, die Kommunen und die Steuerzahler so massiv zu belasten, ob es verantwortlich ist, wenn diese 58 Milliarden Euro Kredit tat-

sächlich von uns beglichen werden müssen, dass wir eine zusätzliche Pro-Kopf-Verschuldung in Bayern von 5800 Euro pro Wähler erhalten. Im Moment liegt die Verschuldung pro Wähler bei 3500 Euro. Sie wird sich massiv erhöhen, wenn diese Kredite allesamt platzen.

Man kann nur sagen: Einige Politiker haben sich im Spiel massiv verzockt. Das ist gegenüber dem Steuerzahler absolut blamabel und absolut traurig. Wir Freie Wähler haben deshalb einen Antrag gestellt, mit dem die Einrichtung einer Kommission gefordert wird. Es freut uns, dass so viele andere - eigentlich alle Fraktionen - ebenfalls der Ansicht sind, dass wir eine solche Kommission brauchen.

Diese Kommission sollte jedoch nicht so etwas werden wie dieser Untersuchungsausschuss, der in diesem Hause einmal eingerichtet worden ist. Dieser Untersuchungsausschuss hat sich mit sehr vielen oberflächlichen Fragen beschäftigt. Er hat sich nicht mit dem Kern des Problems befasst, sondern mit der außerordentlich wichtigen Frage - die absolut in Ordnung ist -, inwieweit wer wen informiert hat. Diese Frage deckt nur einen Teil des Problems ab. Wir haben festgestellt, dass das Haus in den Informationsfluss einbezogen war. Eigentlich geht es aber darum, wer die Beschlüsse verantwortet. Deshalb möchten wir unsere Fragen in diese Richtung stellen.

Wir möchten Informationen zu dieser Vorratskreditaufnahme, bei der Kredite ohne besonderen Anlass - sozusagen blanko - aufgenommen wurden. Wir möchten Informationen zur Umgehung der EU-Richtlinie. Wir möchten Näheres zu den Subprime-Finanzpapieren wissen, nämlich wer sie zum Ankauf empfohlen hat, welche Rendite-Berechnungen vorgenommen worden sind, welche Risikobeurteilungen dahinterstehen, wie die Rating-Agenturen geprüft worden sind, ob Provisionen geflossen sind, welche Vorlagen der Landesbank und dem Verwaltungsrat vorlagen und welche Beratungen im Vorstand über den Ankauf dieser Papiere erfolgt sind. Das wird wohl dokumentiert sein.

Wir wollen wissen, wie der Verwaltungsrat jeweils unterrichtet wurde und wie genau es zu den genannten 24 Milliarden Euro beim Ankauf kam. Warum wurden 24 Milliarden

Euro für Subprime-Papiere aufgewendet? Außerdem wollen wir wissen, welche Stellungnahme der Verwaltungsrat dazu abgegeben hat. Wann wurden die Ankäufe abgewickelt und über wen? Eine weitere sehr wichtige Frage: Um welche Finanzpapiere handelt es sich hier genau? Mit welchen Einkaufspreisen wurden sie in die Bilanz der Landesbank eingestellt? Welche konkreten Abschreibungen wurden daraus vorgenommen und aufgrund welcher Kursentwicklung? Das ist eine sehr spannende Frage.

Wurden Rückkaufsverpflichtungen eingegangen? Hat der Vorstand der Landesbank Anhaltspunkte dafür, dass ein betrügerisches Verhalten von den in den Ankauf eingebundenen Personen vorliegen könnte? Wie ist der Bericht über die Anschaffung der Subprime-Finanzpapiere ausgefallen? Wird eventuell ein Bericht des Obersten Rechnungshofs zurückgehalten? Wenn ein solcher vorliegt, hätten auch wir ihn gerne zur Kenntnis.

(Unruhe)

Wir als Freie Wähler - das ist jetzt an alle Fraktionen gerichtet - haben das Gefühl, dass Sie bewusst den Untersuchungsausschuss, der zu diesem Thema schon einmal getagt hat, mit Fragen beschäftigt haben, die eigentlich gar nicht ans Eingemachte gehen sollten. Es drängt sich fast der Verdacht auf, dass es mit Wissen aller der hier vertretenen Fraktionen - die FDP ausgenommen - zu diesen Geschäften kam.

(Lachen bei der SPD)

Ich will da niemanden ausnehmen; denn Sie alle haben dafür Verantwortung, indem Sie in diesem Landtag dabei waren.

(Lachen und Widerspruch bei der CSU, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Unruhe)

- Das ist so. Aber an die FDP möchte ich auch ein Wort richten.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Haben Sie sich das wirklich gut überlegt? Sie gehen hier ein Bündnis ein, das auf sehr wackeligen Beinen steht;

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

denn aus dem Zylinder können noch kleine Überraschungskaninchen kommen, die Sie werden mitverantworten müssen. Es wird für Sie nicht leicht werden, zu einer Regierung zu stehen, die mehr und mehr ihre Versäumnisse preisgeben muss. Daher muss ich Ihnen leider auch unterstellen, dass Ihnen das Schielen nach bestimmten Positionen wichtiger ist als das Aufdecken der Wahrheit.

Wenn es anders ist, dann bitte ich Sie, dem Antrag der Freien Wähler zuzustimmen. Was wir hier wollen, ist Klarheit, um uns ein Bild von Verantwortlichkeit machen zu können. Es geht nicht, dass einer sein Amt abgibt und damit ist die Zukunft wieder rosig. Das kann nur funktionieren, wenn wir erkennen, was wir den Bürgern schuldig sind;

(Unruhe)

wenn wir erkennen, dass wir eine Erklärung dafür finden müssen, warum so viele Steuergelder unnütz verausgabt worden sind und warum in Zukunft für vieles kein Geld mehr da sein wird. Mit einer Milliarde Euro könnten die fehlenden 15.000 Lehrer ein Jahr beschäftigt werden. Mit einer Milliarde Euro könnte man acht Jahre lang eine gute Betreuung für unsere Kinder zwischen einem Jahr und drei Jahren bezahlen. Wir könnten mit dem Geld, das wir in Zukunft nicht mehr haben, endlich unsere Universitäten sanieren und modernisieren.

Wir können doch vielen Menschen in unserem Land kaum erklären, warum wir sie immer mehr einschränken und zur Kasse bitten, angefangen bei den Beamten, inklusive der Polizei, wo man merkt, dass Vieles an Finanzen fehlt. Wir können auch vielen Mittelständlern nicht erklären, warum sie, wenn sie in Geldnot sind, nicht einmal schnell einen Kredit bekommen, der ihnen hilft, ihre Notsituation zu überbrücken.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Für Vieles wird das Geld nicht mehr da sein, einfach deswegen, weil Sie zu hoch gepokert haben.

Wir möchten ehrliche Politiker.

(Lachen bei der CSU - Zuruf von der CSU: Wir auch! - Unruhe)

Ich habe das Gefühl, dass auch in der CSU-Fraktion immer mehr erkennen, worum es dem Bürger geht. Sie haben ein deutliches Signal bekommen. Sie haben das Signal doch hoffentlich verstanden.

(Zurufe von der CSU)

Es geht um schonungslose Aufklärung. Wir wollen jetzt wissen - die Motive sind klar -, wer im Einzelnen, auch wenn inzwischen die Personen die Verantwortung abgegeben haben - für dieses Desaster und diese Misere wirklich Verantwortung trägt. Das hat auch etwas mit Gerechtigkeit zu tun. Das Bild von Politikern ist in der Öffentlichkeit ohnehin schon angeschlagen. Es lässt sich nicht mit dem Empfinden für Recht und Gerechtigkeit vereinbaren, wenn Menschen, die so viel finanziell-materiellen Schaden für viele, viele in Bayern anrichten, einfach nur sagen: Okay, dann höre ich halt auf. Das kann's nicht sein. Ich glaube, Sie spüren auch, dass es das nicht sein kann.

(Zurufe von der CSU - Unruhe)

Ich würde sagen: Nehmen Sie doch insgesamt die Verantwortung auf sich.

(Zurufe von der CSU: Das tun wir alle!)

- Alle! - Meine Damen und Herren, das Thema wird uns noch des Öfteren beschäftigen. Wir werden in einer Kommission zusammenarbeiten. Ich bitte Sie, dem Antrag der Freien Wähler auch deshalb zuzustimmen, damit Sie zeigen können, dass Sie nicht nur nach dem Motto handeln wollen, Schwamm drüber, schauen wir mal, wie es weitergeht.

Alle Fragen in diesem interfraktionellen Antrag sind zwar in Ordnung, aber stimmen Sie unserem Antrag zu, um aufzuzeigen, dass Sie auch zurückblicken wollen. Nur dann, wenn ich Ursachen für dieses Fehlverhalten gefunden habe, vielleicht auch strukturelle Ursachen - das ist nicht nur personell bedingt -, kann ich an guten Maßnahmen arbeiten, damit wir in Zukunft nicht sagen müssen: Es war doch die böse Welt, die uns in Bayern so reingeritten hat. Wir können dann selbst die Verantwortung übernehmen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Frau Kollegin, vielen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe nur eine Bitte aus gegebenem Anlass. Wir haben uns auch darauf geeinigt, dass wir in diesem Raum - das gilt jetzt vor allem für die neuen Kolleginnen und Kollegen - nicht mit dem Handy telefonieren.

Das Zweite, auch aus gegebenem Anlass: Wir haben uns auch darauf geeinigt, dass wir in diesem Raum keine Zeitung lesen. Hintergrund ist der, dass wir immer Zuschauergruppen auf der Empore haben. Wir werden übertragen über das Fernsehen und live im Internet. Offene Zeitungen machen keinen guten Eindruck.

(Beifall auf der Tribüne)

- Da oben dürfen Sie jetzt nicht klatschen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, die Würde des Hohen Hauses zu wahren. Es soll hier ja nicht aussehen wie im Bundestag.

(Allgemeine Heiterkeit)

Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hallitzky.

(Zurufe von der SPD: Da kommt Frau Eike Hallitzky! - Allgemeine Heiterkeit)

**Eike Hallitzky (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Eher legt ein Hund einen Wurstvorrat an, als dass ein Christsozialer mit Geld umgehen kann." So etwa hat der Übevater und Altvater Strauß mal sinngemäß gesagt.

(Martin Zeil (FDP): Er hat die SPD gemeint! - Lachen bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen: "Eher legt ein Hund einen Wurstvorrat an, als dass ein Christsozialer mit Geld umgehen kann." Das ist die bittere Erkenntnis aus dem langjährigen multiplen Strategie-, Kontroll- und Informationsdesaster, das die CSU-Staatsregierung unter ihren beiden Finanzministern Prof. Dr. Kurt Faltlhauser, der sich rechtzeitig aus dem Staub gemacht hat, und Erwin Huber zu verantworten hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Heute stehen wir vor dem Scherbenhaufen dieser Politik. Bayern, das am lautstärksten gegen das Rettungspaket des Bundes agitiert hatte, muss als erstes unter allen Bundesländern - Bayern immer vorn - die Finger heben und sagen: Steinbrück hilf! Bayern macht das nicht etwa, wie Landesbankvorstand Kemmer am Dienstag treuherzig verkündete, um auch eine Bresche für andere Banken zu schlagen. Bayern macht das, weil es anders nicht mehr geht angesichts einer Gesamtbelastung zwischen Sommer 2007 und Sommer 2008 von rund fünf Milliarden Euro und bei einem alleine für dieses Jahr zu erwartenden Verlust von drei Milliarden Euro. Das nennt man wohl einen finanzpolitischen Offenbarungseid, liebe Kolleginnen und Kollegen. 6,4 Milliarden Euro zusätzlichen Kapitalbedarf hat die Bayerische Landesbank. 6,4 Milliarden Euro - das sind statistisch 500 Euro für jeden Bayern und jede Bayerin vom Säugling bis zum Greis. Diese 6,4 Milliarden Euro werden auch gravierende Bremsspuren im bayerischen Staatshaushalt hinterlassen.

Erstens. Ab sofort müssen aus Privatisierungserlösen 700 Millionen Euro gestemmt werden. Die Aussage Hubers, das seien keine Hauhaltsmittel, ist - vorsichtig formuliert - grob irreführend. Denn die Beteiligungen des Staates sind nichts anderes als der Sparstrumpf der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Hier wurde in der Vergangenheit Geld angelegt, damit wir damit Zukunftsinvestitionen tätigen können - in Schulen, in Hochschulen, für eine zukunftsweisende Energiepolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Statt für Zukunftsinvestitionen zur Verfügung zu stehen, ist das Geld jetzt weg. Das Tafelsilber geht drauf für die Rettung der Landesbank, wenn es denn dafür reicht.

Zweitens. Klar ist auch: Die Landesbank wird über Jahre hinweg keine Dividende mehr zahlen. Das trifft vor allem viele wichtige Fonds, wie den Arbeitsmarkt- und den Sozialfonds, den Umweltfonds, den Kulturfonds, die ja wertvolle Arbeit in der Fläche leisten. Gegen den ausdrücklichen Willen der GRÜNEN wurden im letzten Jahr zur Verbreiterung der Eigenkapitalbasis der Landesbank bei der Übernahme der Hypo Alpe Adria Group staatliche Fonds in Eigenkapital der BayernLB umgewandelt. Zuvor waren die Fonds gegen Zinsen angelegt. Auf unsere Kritik an dieser Umwandlung erklärte Minister Huber noch im Januar dieses Jahres im Plenum - ich zitiere -:

Es ist gesagt worden, wir hätten die Fonds als Eigenkapital angelegt und damit einen Schaden herbeigeführt. Tatsache ist, dass das Eigenkapital der Bayerischen Landesbank zu einer höheren Dividende führt als die Anlage in Zinsen.

(Staatsminister Erwin Huber: Das habe ich doch gesagt!)

- Es ist schön, dass Sie sich an Ihre eigenen Worte erinnern.

(Staatsminister Erwin Huber: Sie reden ja am Thema vorbei!)

Das heißt, wir haben durch diese Operation die mögliche Dividende erhöht. Es ist behauptet worden, der bayerische Steuerzahler sei damit geschädigt worden. Dafür sind Sie auch jeden Beweis schuldig geblieben.

Ich war der Adressat dieser Aussage. Herr Minister Huber, spätestens Sie selber haben diesen Beweis mit der heutigen Entscheidung im Kabinett geliefert. Sie haben gesagt: Die Fonds sind derzeit nichts mehr wert, sie schütten jedenfalls keine Dividende mehr aus. Wir müssen das mit umfangreichen Zuschüssen aus dem Haushalt auffangen. Was mit dem Stiftungskapital sein wird, steht ebenfalls in den Sternen; wir wissen nicht, wie es damit weitergeht.

Drittens. Bis zu 3 Milliarden Euro kommen zudem bei der Rückabwicklung des Rettungspakets im Jahr 2013 auf uns zu. Wie viel es tatsächlich sein wird, wissen wir nicht; das ist klar. Aber als verantwortungsvolle Haushaltspolitiker müssen wir, gerade weil wir es nicht wissen, in unseren Haushaltsansätzen dafür umfassend Vorsorge treffen.

Ich will nicht, dass wir im Jahr 2013 hier stehen, das Geld fällig wird und Bayern nicht vorgesorgt hat. Das mag Ihre Politik gewesen sein; die unsere ist das nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hüten Sie sich davor, zu versuchen, mit der Einrichtung eines "Stabilisierungsfonds BayernLB" in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, Bayern könnte die tatsächlichen Kosten für den Freistaat einfach so wegbuchen. Am Ende des Tages wird niemand anderer als die bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Lasten zu tragen haben.

Viertens. Zudem ist aus heutiger Sicht völlig ungeklärt - das ist das eigentliche Drama -, ob dieser Rettungsschirm von 6,4 Milliarden Euro überhaupt ausreichen wird. Soeben wurde der Landrat Schneider aus Altötting zitiert, der sagte: Wir schauen nicht in einen Abgrund, wir schauen vielleicht in die Hölle. Schon morgen können weitere Risiken dazukommen, beispielsweise könnten sich weitere Milliarden aus den ABS-Paketen als uneinbringlich erweisen, oder was auch immer. Das ist das eigentliche Drama: dass das noch nicht das Ende der Fahnenstange ist.

Zudem gibt es auch mittelbare Konsequenzen; diese wurden heute noch nicht erwähnt und ich will ganz kurz darauf eingehen. Sie werfen neue Arbeitsplatz- und Haushaltsrisiken auf. Ein Beispiel: Bei mir in der Nähe ist Knaus-Tabbert, ein Wohnwagen- und Wohnmobilhersteller mit Sitz im Landkreis Freyung-Grafenau. In dieser sehr strukturschwachen Region ist dieses Unternehmen der mit Abstand größte Arbeitgeber. Das Bankenkonsortium zur Rettung des illiquiden Unternehmens ist am Njet des Konsortialmitglieds Bayerische Landesbank gescheitert. Hier ging es um 12 Millionen, nicht um

Milliarden. Jetzt befindet sich Knaus-Tabbert in Insolvenz - eine Katastrophe für die Region.

Da stellen sich zwei Fragen, Herr Huber. Zum einen: Was um alles in der Welt treibt die BayernLB auf die Finanzplätze auf diesem Globus, solange sie ihre Hausaufgaben hier bei uns nicht macht?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Zum anderen müssen wir erkennen, dass die Krise der BayernLB neben den notwendigen Stützungsmaßnahmen, die ich am Anfang skizziert habe, auch dramatische mittelbare Folgen für die Arbeitsplätze und die Steuereinnahmen bei uns hier in Bayern haben wird.

Es ist also ein Märchen, wenn die Assoziation erzeugt wird, als sei das Desaster nicht haushaltsrelevant. Das sollte auch Städtetagschef Schaidinger wissen und nicht wider besseres Wissen behaupten, dass die Krise die Bürger unterm Strich nichts kosten wird. Die Wahrheit ist: Wir werden schon bei den nächsten Haushaltsberatungen massiv unter den Folgen des Landesbankdesasters zu leiden haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir beim zweiten Märchen, das uns Minister Huber und der ehemalige, der immer noch bestehende, aber künftig ehemalige Vorstandsvorsitzende der Landesbank,

(Heiterkeit - Martin Zeil (FDP): Ist ja auch nicht ganz einfach!)

Herr Kemmer, gerne vorlesen: Sie behaupten nämlich, der BayernLB gehe es nicht anders als anderen Banken, und man habe ja nichts wissen können.

In dieser Debatte werden oft - und ich denke, auch nicht ganz ohne Vorsatz - zwei Dinge vermischt: In der Finanzmarktkrise geht es um den Vertrauensverlust bei den Financial Institutions, also zwischen den Banken. Dieser Vertrauensverlust führt dazu, dass zwischen den Banken keine oder nur noch gegen überhöhte Zinsen Kredite vergeben

wurden. Von diesem Problem sind tatsächlich alle Banken betroffen, außer die, die besonders einlagenstark sind wie die Sparkassen oder die Raiffeisenbanken. Bei der BayernLB hingegen geht es darüber hinaus um gravierende hausgemachte Fehler. Damit sind nicht nur sündteure Fehler angesprochen wie die unglaubliche Tatsache, dass offensichtlich noch im September Kredite an isländische Banken vergeben wurden, zu einem Zeitpunkt also, als bereits dunkelschwarze Wolken über dem Land der Nordmänner hingen. Natürlich wird sich der Vorstand der BayernLB hier bohrende Fragen stellen lassen müssen nach dem Zustand des Risikomanagements, das, wie uns seit dem Frühjahr erzählt wird, so viel besser geworden sein soll. Und je nach Antwort werden wir uns auch möglicherweise der Frage widmen müssen, ob dieses Engagement irgendwann einmal den Tatbestand der Veruntreuung erfüllt hat, weil öffentliches Geld geopfert wurde, obwohl man wusste oder zumindest hätte wissen müssen, dass dieses Geld verloren ist.

Bei der Frage der hausgemachten Verantwortung geht es aber weit über den Fall Island hinaus. Es geht generell um die Frage der Geschäftspolitik der Bayerischen Landesbank in den letzten Jahren. Lassen Sie mich versuchen, das kurz zu rekapitulieren: Mit dem Wegfall der Gewährträgerhaftung verlor die Landesbank ihr Top-Rating, weil der Staat nicht mehr unbegrenzt haften durfte. Das hatte zwei Folgen: Zum einen war es vorbei mit den konkurrenzlos billigen Refinanzierungsmöglichkeiten, die eine Art Lizenz zum Gelddrucken waren. Ab jetzt musste die Bank ihr Rating selbst verdienen; es ist seither deutlich niedriger. Zum anderen pumpte sich die Bayerische Landesbank kurz vor dem Stichtag, kurz vor dem Wegfall der Gewährträgerhaftung, noch einmal mit Liquidität zu billigen Konditionen voll. Sie hatte also viel billiges Geld und machte sich auf die Suche nach neuen Geschäftsfeldern. Seitdem hat sich die Landesbank zu einer ganz normalen Geschäftsbank mit einem klitzekleinen Anhängsel, dem staatlichen Auftrag, entwickelt. Dieser staatliche Auftrag besteht vor allem darin, Kommunalbank und Zentralinstitut der Sparkassen zu sein und kleinere und mittelständische Unternehmen zu unterstützen.

Um ihren Miteignern, den Sparkassen, nicht ins Gehege zu kommen, hat die BayernLB - wie andere Landesbanken auch - ihre Geschäfte im Ausland verstärkt. Lassen Sie mich hier auf einige Fälle eingehen. Besonders herausragend waren dabei im internationalen Bankgeschäft die Übernahme der Hypo Alpe Adria-Group aus Kärnten und im Finanzmarktgeschäft die Ausweitung des Geschäfts mit sogenannten strukturierten Wertpapieren.

Laut Eigenaussage der BayernLB sieht die Bank einen wesentlichen Wachstumsmarkt in Ost- und Südosteuropa. Dies ist auch die Begründung für den Kauf der Hypo-Group Alpe-Adria mit Sitz in Kärnten. Es geht also um eine stärkere Präsenz dort. Das klingt im Prinzip zunächst nachvollziehbar, solange man nicht näher hinschaut, welche Bank da eigentlich gekauft wurde. Ein Beispiel nur - das könnte man für die ganzen Nachfolgestaaten Jugoslawiens durchdeklinieren -: Den bayerischen Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen gehören jetzt rund achtzig Geschäftsstellen in Bosnien-Herzegowina. Mir jedenfalls drängt sich hier nicht unmittelbar auf, inwieweit dies im öffentlichen Interesse Bayerns ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Martin Zeil (FDP))

Mit der Hypo Group Alpe-Adria wurde eine Bank erworben, der die Österreichische Nationalbank schwerwiegende Gesetzesverstöße vorwirft, unter anderem Geldwäsche im großen Stil im Rahmen des Jugoslawienkrieges. Aus diesen und anderen Gründen waren in Österreich auch im Zusammenhang mit den Kaufabsichten zwei Untersuchungsausschüsse im Kärntner Landtag und im Wiener Nationalrat mit der nicht besonders feinen Rolle der Hypo Group Alpe-Adria im Jugoslawienkrieg und mit den Umständen der Übernahme durch die BayernLB befasst.

Zudem wurde mit dieser Bank eine Tochter in Liechtenstein übernommen, bei der eben schon - ich glaube, Herr Kollege Dr. Beyer war es - darauf hingewiesen wurde, wofür sie stand: für alle Vorteile des Standortes Liechtenstein. Anfang des Jahres wurde beschlossen, diese Bank wird verkauft. Aber diese Bank ist - jedenfalls vor zwei Wochen

war sie es noch, neuere Informationen habe ich nicht - immer noch zu knapp der Hälfte im Besitz der Hypo Group Alpe-Adria. Wir werkeln also weiter in Liechtenstein herum.

Zudem hat die Liechtensteiner Tochter auch noch anders spektakulär von sich reden gemacht. Als erste Bank überhaupt wurde sie von der kanadischen Finanzaufsicht vom Wertpapier- und Devisengeschäft ausgeschlossen - "für alle Zeiten", wie es im Bescheid heißt. Warum? - Unsere Enkelin, die Enkelin des Freistaates Bayern, die Enkelin der Bayerischen Landesbank, die Hypo Group Alpe-Adria-Liechtenstein, hat noch bis in den Herbst 2007 hinein insgesamt 463 Millionen Spam-Aktien abgewickelt und damit rund 160 Millionen Dollar verdient. Dabei werden Aktienkurse über Spam-Mitteilungen gepuscht. Wenn sie oben sind, wird Kasse gemacht, und dann purzeln sie wieder herunter. Das ist unsere Enkelin! Sie müssen wissen, auf welchem glattem Parkett sich die BayernLB mit ihrem Engagement bei der Hypo Group Alpe-Adria und deren Töchtern seit Jahr und Tag bewegt. Und das ist keine Klitsche, sondern das ist die mit Abstand größte Tochter der BayernLB.

Darauf die künftige Stärke der BayernLB zu gründen, ist nicht nur bankstrategisch ein relativ gewagtes Spiel. Vor allem aber glaube ich nicht, dass die bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dies als die Aufgabe der Ihnen letztlich gehörenden Bank ansehen. Das derzeit gültige Landesbankgesetz, Herr Kollege Dr. Beyer, lässt das allerdings zu. Aber Sie dürfen mir glauben, obwohl das das Landesbankgesetz zulässt, ist es nicht der öffentliche Auftrag, für den die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Steuergeldern bereit sind gerade zu stehen und zu haften, damit wir da unten in Südosteuropa oder weiß ich wo in der Welt herumzocken.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Martin Zeil (FDP))

Deshalb werden wir auch - und da bin ich bei Ihnen, Herr Dr. Beyer - sicherlich im Rahmen der zu gründenden Kommission überlegen, wie wir in diesem Punkt das Landesbankgesetz ändern werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war die eine Baustelle - beispielhaft. Die zweite Baustelle - ebenfalls beispielhaft - ist, dass nach dem Wegfall der Gewährträgerhaftung die internationalen Finanzmärkte als zentraler Tummelplatz für die BayernLB entdeckt wurden. Dabei wurde zum einen die Binsenweisheit aller Finanzmärkte beiseite geschoben, dass große Renditeerwartungen gleichzeitig immer ein hohes Risiko bedeuten. Zum anderen wurde seitens der Staatsregierung stets auf eine hohe Rendite gedrängt. Und so stürzte sich die BayernLB bar jeder Detailkenntnis und - Kollege Schmid hat es eben angesprochen - dem Nicken der Ratingagenturen blind vertrauend auf den amerikanischen Hypothekenmarkt. Dass Sie dem Nicken der Ratingagenturen blind vertraut haben, ist in erster Linie unser Problem und nicht das Problem der Ratingagenturen. Sie hatten die Aufgabe, zu kontrollieren und selbst Risikobeurteilungen vorzunehmen und nicht zu sagen: AAA, die höchste Rendite, und dann passt es schon.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man erwarb also Asset backed securities in zweistelliger Milliardenhöhe, darunter allein Subprime-Papiere im Umfang von rund 6 Milliarden Euro. Die Landesbank hat in diesem Geschäft sogar noch mitgemischt, als die anderen Banken schon längst ausstiegen. Sie hat beispielsweise der Deutschen Bank noch Papiere abgekauft, als die Deutsche Bank - mit einem eigenen Risikomanagement, das funktionierte - schon dabei war, sich von diesen Papieren zu trennen. Das zeigt, dass die BayernLB auf diesem hochspekulativen Markt weit unbekümmerter und unwissender agierte als ihre Mitbewerber.

Mit der Behauptung von Herrn Huber, auf dem amerikanischen Hypothekenmarkt hätten das alle so gemacht und man hätte es nicht besser wissen können, haben Sie uns ein weiteres Märchen aufgetischt, denn: Beides ist falsch.

(Staatsminister Erwin Huber: Das habe ich überhaupt nicht gesagt!)

- Dann haben Sie es besser gewusst. Beides ist falsch. Man konnte es wissen, und es haben auch nicht alle so gemacht. Es gab zwar vereinzelt Banken - die Sachsen LB ist ein beliebtes Beispiel dafür -, die wie die BayernLB nicht überrissen haben, was auf den

Märkten passierte, die sich von hohen Renditeerwartungen blenden ließen und in vergleichbar massive Schwierigkeiten kamen. Andere Banken, staatliche wie private, ließen aber die Finger davon. Das belegt im Übrigen auch die Aussage der fünf Wirtschaftsweisen, die ernüchternde Zahlen für die These "Man hat nichts wissen können" geliefert haben. Danach entfiel nahezu die Hälfte aller deutschen Wertberichtigungen durch Fehlspekulationen auf dem US- Immobilienmarkt allein auf die drei Landesbanken WestLB, Sachsen LB und BayernLB. Die Wirtschaftsweisen nennen dies politisch gemachten Dilettantismus. - Da haben Sie recht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tatsache ist: Die BayernLB hatte sich in ein Geschäft, in einen Markt hineinbegeben, wo sie keinerlei Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Banken hatte und von dem sie überhaupt nichts verstand. Das ist genauso, als hätte sich die BayernLB an irgendeinen in der Welt vorhandenen Roulettetisch gesetzt und mit den Millionen und Milliarden der Steuerzahler gewettet. Wer Roulette privat spielen will, kann das meinetwegen tun, er soll dafür aber bitte sein privates Geld oder zumindest überhaupt privates Geld nehmen - also das Geld von Privatbanken; das ist dann nicht mein Bier -, aber nicht das Geld, das ihnen die Bürgerinnen und Bürger, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Bayerns anvertraut haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns diese weitestgehend selbstverschuldete und desaströse Entwicklung der BayernLB in den letzten Jahren vor Augen halten, dann stellt sich natürlich die Frage nach der politischen Verantwortung für dieses "Tun" - denn ich glaube, den Begriff der strategischen Ausrichtung kann man hier wohl nicht in den Mund nehmen.

Damit komme ich zu Ihnen, Herr Huber, zu Ihrer als Rücktritt kaschierten Entlassung als bayerischer Finanzminister. Sie haben in Ihrer Rückzugserklärung und auch heute wieder im Plenum versucht, an einer Legendenbildung in eigener Sache zu stricken. Auch

Kollege Schmid hat verzweifelt versucht, ein bisschen daran herumzuhäkeln. Sie, Herr Huber, sprechen zwar in Ihrer Rücktrittserklärung davon, dass Sie die politische Verantwortung für die dramatische Krise bei der BayernLB übernehmen, doch Sie sagen schon im nächsten Satz: "Diesen Schritt" - dass Sie der neuen Landesregierung nicht mehr angehören werden - "mache ich ungeachtet der Tatsache, dass die Entscheidungen, die zur Belastung der BayernLB geführt haben, schon lange getroffen waren, bevor ich im Herbst 2007 stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates wurde." - Auf gut Deutsch: Sie wollen den Leuten weismachen, in Wirklichkeit wären Sie inhaltlich doch nicht so richtig verantwortlich, sondern nur politisch.

Damit kommen Sie bei uns nicht durch, Herr Minister. So nicht. Seit 1999 waren Sie - abgesehen von zwei Jahren, nämlich 2003 und 2004 - ununterbrochen Mitglied --

(Zuruf des Staatsministers Erwin Huber)

- Außer 2003 und 2004. Sie sind 2002 ausgeschieden und 2005 wieder hineingekommen.

(Zuruf des Staatsministers Erwin Huber)

Sie waren außer den Jahren 2003 und 2004 Mitglied des Verwaltungsrates der BayernLB und damit seit fast zehn Jahren mitverantwortlich, und zwar mitverantwortlich für deren fatale Ausrichtung, mitverantwortlich für die überhöhten Renditeansprüche und mitverantwortlich für das Fehlen jeglicher Kontrolle der Landesbank durch die Politiker im Verwaltungsrat.

Im Jahre 2001 waren Sie es, der die Bayerische Landesbank entgegen dem dringenden Rat der Innenrevision der Bank und bar jeglicher wirtschaftlicher Vernunft nötigte, dem CSU-geneigten Medienmogul Leo Kirch 2,16 Milliarden Mark zu leihen. Damals brachten Sie mit Ihrer selbstherrlichen Politik die Bayerische Landesbank an den Rand ihrer Existenz. Sie setzten damit das Eigentum der Bürgerinnen und Bürger Bayerns in unverantwortlicher Weise aufs Spiel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich erinnere mich noch gut an die erste große Debatte über die Landesbank im Januar dieses Jahres, als ich Ihnen hier im Plenum vorhielt, dass Sie Ihre Kontroll- und Informationspflichten sträflich vernachlässigt haben und dass Ihre Stand-alone-Strategie in die Irre führen würde. Ich habe nachgelesen, was Sie mir damals geantwortet haben. Ich darf zitieren:

Aber ich muss sagen, dass das, was sich der Herr Kollege Hallitzky geleistet hat, die schlimmste Entgleisung war, seit es den Bayerischen Landtag gibt. Da sieht man einmal, dass die größte Dummheit herauskommt, wenn Ahnungslosigkeit, Aggressivität und Feindbilddenken zusammenkommen. Wenn Sie

- also ich -

glauben, dass in diesem Zusammenhang an der Staatsregierung oder an mir etwas hängen bleibt, ist Ihre Hoffnung vergebens.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Starke Worte waren das damals von Ihnen, Herr Huber - Worte, die Ihnen nun ziemlich auf die Füße gefallen sind. Ihr Kontrollversagen ist mittlerweile unbestritten. Ihre Pläne der Stand-alone-Strategie zur zukünftigen Ausrichtung der Landesbank, die Sie noch vor einem Jahr gegen unseren Willen und gegen den Rat vieler Finanz- und Bankexperten durchgesetzt hatten, liegen heute ebenfalls auf dem Scheiterhaufen Ihrer Amtszeit. Wer noch an Ihren Willen zur Transparenz geglaubt hat, braucht sich nur die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zu Gemüte zu führen, oder er muss die Aussagen des Sparkassenverbandspräsidenten Naser zum Zusammenhang von Wahlterminen und Öffentlichkeitsarbeit in der gestrigen "Süddeutschen Zeitung" lesen. Natürlich muss sich auch Herr Naser persönlich fragen lassen, ob er es für vertretbar hält, dass ihm in dieser dramatischen Situation der Landesbank der Wahlerfolg der CSU wichtiger war als die Information der bayerischen Sparkassen und der bayerischen Öff-

fentlichkeit. Natürlich zeigt das, dass auch Herr Naser Teil des CSU-Filzes ist, weshalb für uns eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit ihm nicht mehr möglich sein wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich hoffe aber, dass die bayerischen Sparkassen demnächst auch dieses Problem lösen werden.

Sehr geehrter Herr Huber, für uns bleibt entscheidend, dass Sie entgegen Ihrer Pressemitteilung von gestern und entgegen Ihren Bewertungen von heute nicht nur politisch für die Krise verantwortlich sind, in der sich heute die Bayerische Landesbank befindet, sondern dass Sie auch sehr konkret und persönlich die Verantwortung für die Milliardenverluste der Landesbank tragen, weil Sie nicht kontrolliert haben, weil Sie strategische Fehler zentral mitzuverantworten haben und weil Sie im Zentrum einer gigantischen Desinformation von Parlament und Öffentlichkeit gestanden sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb sind Sie nicht erst seit heute, sondern schon seit geraumer Zeit als Finanzminister dieses Landes untragbar geworden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb ist es auch gut für Bayern, dass Sie gehen. Herr Huber, Sie wünschten eben eine objektive Bewertung, wie Sie selbst sagten. Das, was ich gerade gesagt habe, erfüllt diesen Wunsch. Es ist gut für Bayern, dass Sie gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Demission Hubers ist eine notwendige Voraussetzung für eine offene Debatte über die aktuelle Lage der Landesbank und über ihre zukünftige Ausrichtung. Sie ist eine notwendige Voraussetzung - nicht weniger, aber auch nicht mehr. Die eigentliche Debatte steht uns in den nächsten Monaten bevor. Dies gilt umso mehr, als wir immer noch nicht wissen, wie hoch das tatsächliche Risikopo-

tential der Landesbank heute ist, und wir keinerlei Informationen darüber haben, in welchen Geschäftsbereichen besondere Risiken und Verluste drohen. Mit unserem Antrag auf einen umfassenden Bericht zur Lage der Landesbank erheben wir den Anspruch, dass wir als Opposition im Landtag detailliert über die vielfältigen riskanten Engagements der Bank informiert werden. Dies gilt für die amerikanische Kreditkartenblase, von der wir überhaupt noch nichts wissen, genauso wie für die Hypo Alpe-Adria, für das Engagement bei Arcandor oder in Island sowie für riskante Unternehmenskredite, um nur einige der vielen Baustellen zu nennen. Wir wollen und wir müssen wissen, wo weitere Risikopotentiale lauern. Wenn wir das wissen, müssen wir uns ernsthaft mit der Frage auseinandersetzen, ob das Risiko einer Insolvenz geringer sein könnte als das Risiko des immerwährenden Nachschießens von Eigenkapital. Auch über diese Frage werden wir zu diskutieren haben.

Heute hat uns der Finanzminister leider in keiner Weise darüber informiert, was in unseren Fragen enthalten ist und was auch im Fragenkatalog der Freien Wähler steht. Heute haben wir nur das erfahren, was wir heute morgen schon in der Zeitung gelesen haben. Danke dafür!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erheben den Anspruch, darüber informiert zu werden, nicht nur deswegen, weil es hier um bisher einmalige Finanzrisiken für den Staatshaushalt geht. Es geht auch um das wichtigste Recht des Parlamentes, um das Budgetrecht. Wenn die Staatsregierung mit ihrem Versagen im Verwaltungsrat das Recht der Abgeordneten und des Parlaments, über den Haushalt zu bestimmen, praktisch aushebelt - und das hat sie in diesem Fall faktisch ausgehebelt -, dann hat sie jedes Recht verloren, irgendeine Information vor den Parlamentariern dieses Hohen Hauses zur Landesbank zurückzuhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darauf müssen wir alle gemeinsam bestehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deshalb sind wir auch sehr glücklich darüber, dass CSU, SPD und FDP unserem Ansinnen ge-

folgt sind, zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung der BayernLB fraktionsübergreifend eine Kommission mit einem umfassenden Kontrollauftrag zu bilden, der nicht nur die Informationspflicht des Verwaltungsrates, sondern auch die Informationspflicht des Vorstandes der Landesbank gegenüber diesem Kontrollgremium umfasst. Ich sage dies deshalb, weil diese Informationspflicht dem Antrag der Freien Wähler fehlt. Das ist für uns aber sehr entscheidend. Deshalb können wir Ihren Antrag nicht unterstützen. Wir werden uns dabei enthalten, obwohl wir viele Ihrer Fragen in der Kommission auch stellen werden. Ich würde es als glücklich empfinden, wenn Sie dem fraktionsübergreifenden Antrag beitreten könnten und Ihre Fragen zusätzlich stellen. Wenn dem nicht so ist, könnten wir Ihrem Antrag nicht zustimmen. Wir würden uns dann enthalten.

Bei diesem Kontrollauftrag geht es nicht nur um die dringliche Aufarbeitung der vielfältigen Risiken und die geplanten Konsolidierungsanstrengungen. Wir erwarten uns vielmehr, dass wir damit im Interesse der Sparkassen, aber auch im Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die notwendige strukturelle Neuausrichtung der BayernLB endlich anschieben können - immer vorausgesetzt, dass wir uns keiner Insolvenz nähern müssen.

Auf kurze Sicht muss der Verwaltungsrat neu besetzt werden. Wir alle wissen, dass der Verwaltungsrat als Kontrollgremium nicht funktioniert, sondern versagt hat. Andererseits ist aber auch klar, dass die Politiker als Vertreter des Anteilseigners Freistaat Bayern im Verwaltungsrat einen Sitz haben müssen. Damit die Kontrolle überhaupt funktionieren kann, fordern wir, dass die Opposition auch in den Verwaltungsrat berufen wird.

Zum zweiten fordern wir, dass der Verwaltungsrat in dem Sinn ergänzt wird, dass den kontrollierenden Politikern Fachleute unterstützend zur Seite gestellt werden, die dem Verwaltungsrat gegenüber verantwortlich sind, damit auch mal in dieser Landesbank quergebürstet und tatsächlich kontrolliert werden kann. Bisher fiel es nur oben hinein, unten hatte man gesagt. "Ich habe aber nichts gemerkt." Kollege Schmid hat es eben so

dargestellt: Es wurde immer nur gesagt, es passt schon, und dann haben wir genickt. Das darf nicht die Regel sein, sondern es muss wirklich kontrolliert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die GRÜNEN stellt sich weit darüber hinaus aber mittelfristig auch die grundsätzliche Frage nach der Legitimierung der BayernLB als staatlicher Bank, wenn der öffentliche Auftrag nur mehr eine deutlich untergeordnete Rolle spielt. Beteiligungen des Freistaats setzen nach Art. 65 Abs. 1 der Bayerischen Haushaltsordnung voraus, dass ein unmittelbares und vorrangiges Interesse des Staates vorliegt und dass es zudem unmöglich ist, den vom Staat verfolgten Zweck auch anderweitig zu erreichen. Tatsache ist aber, dass die speziellen Aufgaben, die die BayernLB für Sparkassen und öffentliche Gebietskörperschaften ausübt, sowie die im Landesbanken-Gesetz definierte Strukturförderung im Tagesgeschäft der Landesbank nur mehr eine völlig untergeordnete Rolle spielen. Das war im übrigen auch der Grund dafür, dass die Gewährträgerhaftung abgeschafft wurde. Im Gegensatz zur LfA-Förderbank, für die die Gewährträgerhaftung nach wie vor besteht, ist der öffentliche Auftrag der Landesbank ziemlich irrelevant. Zum weit überwiegenden Teil agiert die BayernLB als ganz normale Universalbank mit über 100 Tochter- und Enkelgesellschaften im In- und Ausland. Im Zusammenhang mit der Hypo Alpe-Adria habe ich eben ja einige genannt.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und viele andere Finanzexperten bezeichnen die Landesbanken - ich zitiere aus dem Gutachten - "als den zentralen Schwachpunkt des deutschen Finanzsystems." Sie weisen als Begründung vor allem auf die zu wenig tragfähigen Geschäftsmodelle hin. Es ist also keinesfalls ein Zufall, dass sich die Landesbanken bei Finanzmarktkrisen so besonders anfällig zeigen. Es ist kein Zufall, dass sie an den amerikanischen Hypothekenmarkt so naiv herangegangen sind. Weil das so ist, weil das Geschäftsmodell fehlt, werden wir in den nächsten Monaten intensiv darüber zu diskutieren haben, ob sich Bayern zukünftig noch eine eigene Landesbank leisten will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oder wäre es vielleicht sehr viel klüger, wenn wir uns auf den Weg machten zu einer Konzentration der Landesbanken in Deutschland auf ein, maximal zwei Institute, die dann tatsächlich einen öffentlichen Auftrag haben, nämlich jenen eines Zentralinstituts für Sparkassen und zur Unterstützung von Auslandsaktivitäten deutscher Unternehmen?

Herr Kollege Dr. Beyer, Sie haben gerade dagegen gewettert, doch in diesem Sinne ist es gut, dass der Bund einsteigt. Es ist gut, wenn wir aus dem kleinstaatlichen Kirchturmdenken der bayerischen Sicht herauskommen und für unsere Sparkassen und für die hiesige Wirtschaft einiges erreichen können, weil jetzt auch der Bund eingestiegen ist.

Zu dieser Diskussion müsste natürlich auch, und da dürfen wir nicht blauäugig sein, die Frage der konkreten Ausgestaltung zählen, wie die Verteilung der einzelnen Aufgaben eines solchen Zentralinstituts auf die einzelnen Bundesländer und auf die einzelnen Standorte zu erfolgen hat, und ebenso die Frage, wie wir die Beschäftigungsinteressen noch einigermaßen wahren können. Es ist völlig klar, das wird sowieso passieren, dass die Beschäftigten der Landesbank, egal welche Strategie wir wählen, erheblich werden bluten müssen. Wir müssen uns Strategien überlegen, um das möglichst sozialverträglich zu gestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die GRÜNEN spricht jedenfalls sehr viel dafür, dass der Staat mittelfristig seine Verantwortung für die öffentlich-rechtliche Landesbank auf den öffentlichen Auftrag konzentriert. Das geht nicht - ich sage das in Richtung auf die SPD und deren Pressemitteilung -, indem man eine BayernLB mit einem öffentlichen Auftrag nur für Bayern versieht, denn diese Bank wäre nicht lebensfähig. Es bedeutet auch nicht - und das sage ich jetzt in Richtung FDP -, dass man alles privatisiert. Es heißt

vielmehr, dass der öffentliche Teil bundesweit organisiert wird, während der private Teil verkauft wird.

(Martin Zeil (FDP): Das ist vernünftig!)

Für die GRÜNEN spricht viel dafür, dass man das machen sollte. Die Zeit, in der die Bayerische Landesbank auf Kosten der Steuerzahler auf allen Finanzkrisen dieser Welt herumirrlichert, muss endgültig vorbei sein, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bertolt Brecht lässt Mackie Messer in seiner "Dreigroschenoper" fragen: "Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?". - Es wird Zeit, dass wir uns fragen, ob wir uns auf Dauer eine eigene halbstaatliche Bank in Bayerns Besitz leisten wollen, und ob Bayern sie braucht.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Der nächste Redner ist der Vorsitzende der FPD-Fraktion, Herr Martin Zeil. Bitte schön.

**Martin Zeil (FDP):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Beyer hat heute ein hohes Gebäude an Moralität und politischem Anstand aufgebaut.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Ich habe einen Mix vorgetragen!)

Er sprach auch gleich vorsorglich davon, dass hier irgendjemand Wortbruch begeht. Herr Kollege Dr. Beyer, wenn ich gerade an Ihre Partei denke und daran, was Sie in Hessen veranstalten, dann stelle ich fest, dass das nicht nur Wortbruch, sondern Wahlbetrug ist!

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CSU)

Ich würde deshalb zusehen, dass Sie die hohen moralischen Maßstäbe, die Sie hier aufstellen, auch selbst einhalten, Herr Kollege.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CSU)

Wenn Sie die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, wenn Sie die Bürgerinnen und Bürger des Freistaats fragen, ob sie denn beispielsweise damit gerechnet haben, dass durch Mitwirkung der SPD die Mehrwertsteuer um 3 Prozent erhöht würde, dann könnten die Ihnen auch etwas zum Thema "Wortbruch" und "politischer Anstand" sagen.

(Beifall bei der FDP und bei der CSU - Dr. Thomas Beyer (SPD): Die CSU war da doch auch dabei! Die CSU ist doch auch in der Regierungsverantwortung in Berlin!)

Ich rate allen, die heute über die Frage der Aufsicht von Politikern über öffentliche Banken gesprochen haben, Folgendes zu überlegen: Sie haben davon gesprochen, ob wir zusammen mit anderen in der Hölle sitzen wollen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Ich habe Herrn Schneider zitiert!)

- Herr Kollege, Dr. Beyer, ich kann Ihnen nur sagen: Wer schon in der Hölle sitzt: beispielsweise Herr Steinbrück als Leiter des Verwaltungsrats der Kreditanstalt für Wiederaufbau -

(Zurufe der Abgeordneten Franz Maget (SPD) und Dr. Thomas Beyer (SPD))

oder das SPD-Mitglied Frau Matthäus-Maier,

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Warum ruft denn Herr Huber um Hilfe?)

denn sie haben zu verantworten, Herr Kollege Dr. Beyer, dass der Steuerzahler bereits 9 Milliarden Euro berappen musste!

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CSU)

Wer hat denn beispielsweise dieses Desaster mit zu verantworten? Wer hat denn die IKB gekauft?

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Wir sind im Landtag!)

- Sie haben doch auch Ausflüge in andere Themen gemacht, Herr Kollege!

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Ich bin in Bayern geblieben!)

Unter Rot-Grün ist das erste Mal durch eine Förderbank des Mittelstands eine private Bank gekauft worden. Das Ergebnis ist: Die Bank wurde für 100 Millionen Euro verschenkt. 9 Milliarden Euro gingen zulasten des Steuerzahlers.

(Beifall bei der FDP und bei der CSU)

Ich will nur sagen, wer schon alles in der Hölle sitzt, meine Damen und Herren, wenn es denn die Hölle ist.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Und da wollen Sie noch dazu? Das kann ich nicht verstehen!)

Meine Damen und Herren, im Moment treffen wir uns in diesem Hohen Hause in einer Situation höchster finanzieller Risiken für den Freistaat Bayern.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Immerhin!)

Wir haben vor der Wahl Probleme bei der Landesbank gesehen. Wir haben das auch gesagt, aber die Dimension und diese Entwicklung waren auch für uns nicht vorhersehbar. Nun ist es unsere gemeinsame Verantwortung, sicherzustellen, dass es nicht dazu kommt, dass diese Situation die Haushaltsplanung einer neuen Staatsregierung zur Makulatur werden lässt. Vor allen Dingen aber, und das ist das Allerwichtigste, und hier ist unsere gemeinsame Verantwortung, darf es nicht sein, dass die Zukunft der Bürgerinnen und Bürger des Freistaats Bayern in dieser Weise eingeschränkt wird.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Es geht jedoch um mehr als die selbstverständliche Aufbereitung dessen, was in der Vergangenheit falsch gelaufen ist. Es geht insgesamt gesehen darum - und deshalb hat der Bund den Schutzschirm eingerichtet, und viele Länder tun es ihm gleich -, dass das

Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Institutionen, in die Finanzmärkte wiederhergestellt wird. Wir müssen daran arbeiten, dass die Mittelstandsfinanzierung weiterhin sichergestellt wird. Wir alle wissen, dass die Staatshaftung bis zum Jahr 2015 reicht. Wir müssen sicherstellen, dass uns nicht das gesamte Finanzsystem in einer Art negativem Kaskadeneffekt um die Ohren fliegt, mit unabsehbaren Folgen, auch für den bayerischen Staatshaushalt.

Meine Damen und Herren, es geht auch darum, das Drei-Säulen-Modell nicht zu gefährden, das in diesem Land bisher dafür sorgt, dass das deutsche Finanzsystem, auch im Vergleich zu anderen Ländern, die Krise bislang besser überstanden hat als das in anderen Ländern der Fall ist.

(Zuruf: Wer wollte denn privatisieren?)

- Sie haben das nicht verstanden!

(Beifall bei der FDP - Lachen bei der SPD)

Es mag sein, dass Sie das für Ihre Geschichtsklitterung brauchen. Zur Privatisierung sage ich gleich noch etwas. Da waren Sie auch nicht unbedingt diejenigen, die zur richtigen Zeit auf dem richtigen Dampfer waren.

(Ludwig Wörner (SPD): Gott sei Dank waren Sie das!)

Wir haben auch dafür zu sorgen, dass die Finanzplätze Bayern und München nicht völlig unter die Räder kommen. Wir denken gerade deshalb auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Institutionen. Jeder ist gefordert, was seine Äußerungen in der Öffentlichkeit angeht, die Krise, die da ist, nicht auch noch zu verschärfen.

(Beifall bei der FDP)

Es geht in der Tat auch um das Vertrauen in die Finanzmärkte insgesamt. Deswegen war es gut, dass der Schirm aufgebaut worden ist. Aber man muss darüber reden, dass es in Deutschland vor allem die öffentlichen Banken waren, die in besonderer Weise mit

dem Geld, das ihnen als Treuhänder anvertraut worden ist, Spekulationsgeschäfte gemacht haben, die vielleicht Private machen können, die aber aus unserer Sicht mit dem Gesetzeszweck nicht im Einklang standen.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Da wir völlig undifferenziert in die "Privatisierungsecke" gestellt werden, möchte ich auf Folgendes hinweisen: Die FDP-Fraktion hat 1993 in diesem Hause einen Antrag gestellt - hören Sie zu -, die Landesbank zu privatisieren. In Ziffer 2 des Antrags heisst es: "Es ist nicht Aufgabe des Bayerischen Steuerzahlers, die Risiken einer international tätigen Geschäftsbank zu tragen." Die Forderung wurde damals von einer Mehrheit von CSU, SPD und Grünen abgelehnt. Auch das gehört zur Wahrheit, meine Damen und Herren, dass schon vor Auslaufen der Staatshaftung zumindest meine Fraktion die künftigen Probleme und Risiken, die sich aus dem Geschäftsmodell öffentliche Staatsbanken ergeben könnten, hat kommen sehen. Damals haben Sie keine weitsichtige Entscheidung getroffen.

Wir haben darauf gedrängt, dass die Zahlen jetzt endgültig und glasklar auf den Tisch kommen. Wir haben gesagt: Bevor eine neue Staatsregierung gebildet wird, bedarf es einer klaren Schlußbilanz und der klaren Abschichtung.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen wird es im Haushalt den Sonderfonds "Bayern LB und Finanzmarktkrise" geben. Es bedarf der klaren Abgrenzung dessen, was es an Risiken aus diesem Vorgang gibt. Unsere Aufgabe ist nicht nur, die Kontrolle sicherzustellen - darauf komme ich noch -, sondern die Zukunftsaufgaben Bildung, Infrastruktur und viele andere Themen trotz dieser Probleme auch finanziell zu sichern.

(Beifall bei der FDP)

Das ist der Neuanfang, für den wir sorgen werden und sorgen wollen. Deswegen ist es richtig, dass die amtierende Staatsregierung diese Schritte in die Wege geleitet hat. Es

ist auch richtig, dass der Verwaltungsrat beschlossen hat, den Antrag zu stellen, unter den Bundesschirm zu gehen, um weitere unmittelbare Belastungen vom bayerischen Staatshaushalt abzuwenden. Uns allen ist klar, dass damit die Risiken noch nicht endgültig begrenzt sind. Aber das ist ein Versuch, die Bank kurzfristig zu stabilisieren. Wir halten das für richtig, sind aber auch der Meinung, dass die volle Summe von 5,4 Milliarden Euro unter dem Bundesschirm beantragt werden muss. Es gibt da keine Zwischenlösungen. Meine Damen und Herren, Herr Kollege Huber hat gestern seinen Teil der politischen Verantwortung übernommen. Ich möchte für meine Fraktion sagen, dass wir hohen Respekt vor diesem Schritt haben und ihn auch für richtig gehalten haben. Aber, meine Damen und Herren, uns liegt auch daran, nicht den Eindruck zu erwecken, als sei damit der Frage nach Verantwortlichkeiten bereits Genüge getan. Der Verwaltungsrat und auch der Vorstand haben sich der Gesamtverantwortung zu stellen, und in diesem Verwaltungsrat sind nicht nur Vertreter des Freistaates Bayern gesessen.

(Beifall bei der FDP und bei der CSU - Franz Maget (SPD): Aber auch!)

Wer acht Jahre an der Spitze des Verwaltungsrates Mitverantwortung getragen hat, muss sich jetzt auch der Verantwortung stellen.

(Beifall bei der FDP und bei der CSU)

Bei dem Blick in den Rückspiegel, der in der Kommission, die wir mit initiiert haben, zu leisten sein wird, wird auch zu bedenken sein, ob denn diese Geschäfte wirklich im Einklang mit dem Landesbankgesetz gestanden haben. Wir haben bereits vor der Wahl große Zweifel angemeldet, denn hier geht es - -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

- Leider, Herr Dr. Beyer, ist das neben den ganzen Nebensächlichkeiten die entscheidende Frage, die im Untersuchungsausschuss gar nicht vertieft worden ist, obwohl wir sie damals von außerhalb des Parlaments gestellt haben.

Es geht auch darum, in das Gesetz zu schauen. Darin ist von einer Staatsbank die Rede und von Geschäften unter Beachtung eines öffentlichen Auftrags. Das gilt im Übrigen für alle öffentlichen Banken. Das gilt auch für die unter der Aufsicht von SPD-Politikern getätigten Geschäften bei KfW und IKB. Auch dort wurden Milliarden Euro in solche Geschäfte gesteckt, was auch mit dem fehlenden Geschäftsmodell zu tun hat.

Ich meine, es gehört nicht zum öffentlichen Auftrag, Darlehen an mexikanische Wanderarbeiter in Südkalifornien zu finanzieren.

(Beifall bei der FDP)

Das gehört nicht zum öffentlichen Auftrag. Wir müssen für die Zukunft Regelungen treffen, weil der Treuhandauftrag der Bürgerinnen und Bürger ein hohes Gut ist. Wir müssen künftig diesen Treuhandauftrag endlich umfassend und mit der gebotenen Sachlichkeit erfüllen.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen haben wir neben der Abgrenzung der Vergangenheit und dem Stabilisierungsfonds vorgeschlagen - und ich hoffe, dass es so kommen wird -, dass zwei wesentliche Änderungen im Landesbankgesetz vorgenommen werden.

Erstens soll sich die Geschäftstätigkeit der Bank unter Beachtung des Treuhandauftrags auf ihre gesetzliche Aufgabe, nämlich die Sicherung der Mittelstandsfinanzierung mit Schwerpunkt im Inland, beschränken und künftig sollen derartige spekulative Auslandsgeschäfte ausgeschlossen werden. Das muss jetzt sichergestellt werden.

Der zweite Punkt betrifft die Zusammensetzung des Verwaltungsrats. Hier müssen zu den Vertretern der Anteilseigner endlich auch unabhängige Fachleute hinzukommen. Aber auch das ist nicht immer eine Gewährleistung, wie man auch bei den privaten Banken gesehen hat. Zumindest ist es wichtig, den Versuch zu unternehmen.

Das Dritte ist, meine Damen und Herren, dass wir insgesamt über die zukünftigen Strukturen reden. Uns wird zwar immer unterstellt, wir hätten nichts anderes im Sinn, als alles sofort zu verscherbeln. Das ist nicht das Thema.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das sagt doch keiner!)

- Frau Kollegin Bause hat meinen weiteren Satz schon vorhergesehen und mich mit einem Zwischenruf beehrt. Ich wollte nämlich noch anschließen und sagen, dass natürlich im Moment jedem klar ist, dass eine Teilprivatisierung sicherlich nicht zu dem gewünschten Ergebnis führt - das haben wir ja bei der IKB gesehen -, dass wir die Risiken entsprechend unterfüttern könnten, sondern dass wir hier einen Stufenplan brauchen. Wir müssen diese Bank kurzfristig in die Lage versetzen, ihre Aufgaben erfüllen zu können, die notwendigen Strukturierungsmaßnahmen durchsetzen, und dann, wenn die Krise überwunden ist, müssen wir sehr wohl über das Geschäftsmodell, über Maßnahmen der Teilprivatisierung nachdenken. Wir werden das, soweit es uns angeht, im Koalitionsvertrag festschreiben. Wir werden auch zu prüfen haben, wie eine Konzeption über 2015 hinaus aussieht. Das wird unsere Aufgabe sein. Darum geht es in der Zukunft. Es geht auch darum, dass wir als Freistaat Bayern uns dafür stark machen, dass die Lehren aus dieser Finanzmarktkrise gezogen werden. Soziale Marktwirtschaft wird im Übrigen oft völlig zu Unrecht in einen Gegensatz zum Neoliberalismus gebracht, wenn ich das hier mal sagen darf. Der Neoliberalismus ist, wie man bei näherer Beschäftigung mit der Geschichte weiß, die Wiege der sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall bei der FDP)

Ich weiß, dass das patentierten Sozialisten schwer fällt, aber es ist so, Herr Kollege Beyer.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Soziale Marktwirtschaft heißt eben gerade nicht Zügellosigkeit und Laisser-faire. Soziale Marktwirtschaft heißt: Klare Spielregeln.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Genau! Und die halten wir zusammen ein!)

- Ja, ja. Aber Sie wollen nur Spielregeln und keine Freiheit mehr. Deswegen sagen wir, wir müssen uns über Bayern hinaus gemeinsam stark machen, dass wir klare Transparenzregeln bekommen im internationalen Bankenverkehr. Wir brauchen Transparenz für Ratingagenturen bis hin zu Haftungen. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass endlich wieder Vertrauen in die Finanzinstitutionen kommt. Wir haben eine gemeinsame Verantwortung, und wir stellen uns dieser Verantwortung. Weil Sie gefragt haben, Herr Kollege Beyer, was wir jetzt tun.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Jawohl! Was tun Sie?)

Wir laufen nicht weg vor der Verantwortung, in die uns die Wähler gestellt haben.

(Heiterkeit bei der SPD)

Nein. Das haben Sie ja schon gemerkt. Vieles, was wir heute diskutieren, wäre ohne unser Drängen sicher in dieser Form nicht eingetreten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP - Dr. Thomas Beyer (SPD): Natürlich!)

Wir stellen uns dieser Verantwortung. Wir werden weiterhin für Transparenz sorgen, auch in diesem Parlament, und wir werden unsere Verantwortung, in die uns die Wählerinnen und Wähler am 28. September gestellt haben, wahrnehmen, ob Ihnen das passt oder nicht. Wir werden sie wahrnehmen, darauf kann sich dieses Hohe Haus verlassen.

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als nächster Redner hat Herr Staatsminister Erwin Huber das Wort.

**Staatsminister Erwin Huber (Finanzministerium):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur ein paar Zwischenbemerkungen machen, weil

ich den Eindruck habe, dass manche in den letzten Tagen so lange an ihrem Manuskript gefeilt haben, dass sie die Neuheiten überhaupt nicht mehr mitbekommen

(Heiterkeit des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

und einfach ihr Manuskript unverändert vorgelesen haben.

Aber damit sich nicht etwas festsetzt, stelle ich erstens fest: Die Garantie, die der Freistaat Bayern und der Sparkassenverband in Aussicht genommen haben, ist nie wirksam geworden. Das waren Absichtserklärungen von beiden Seiten. Wir haben das unter den Vorbehalt des Haushaltsausschusses gestellt. Da die Sparkassen sagen, es ist keine Erfüllung möglich und wir jetzt den "Bundesschirm" aufspannen wollen, hätte sich diese Frage erledigt. Ich bitte also, bei den weiteren Diskussionsbeiträgen diese 4,8 Milliarden Euro nicht dazuzurechnen, weil dafür keine Grundlage mehr gegeben ist. Es bietet sich zwar an, hohe Zahlen durch den Raum zu werfen, aber ich meine, die Wahrheit wäre wichtiger.

Zweitens, Herr Dr. Beyer, Sie haben den Bund als ganz großen, bösen Feind möglicherweise der Landesbank dargestellt. Das wundert mich, weil es ja letztlich in der Verantwortung des Bundesfinanzministers ist, dem Sie zu Recht misstrauen.

(Heiterkeit - Dr. Thomas Beyer (SPD): Solange Sie in seine großen Arme flüchten, ist alles gut!)

Ich darf doch sagen, dass es sich nach der Rechtsgrundlage - das ist immerhin das Gesetz von Bundestag und Bundesrat - bei diesen Beteiligungen immer nur um temporäre Beteiligungen handelt, also keine Dauerbeteiligung. Es ist erklärtes Ziel des Bundes, zum frühestmöglichen Zeitpunkt wieder auszusteigen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Genau!)

Es gibt ein Recht, diese Beteiligung wieder zu erwerben. Es ist damit aber nie ein Recht verbunden, über die gesamte Bank zu verfügen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Mitzureden, Herr Huber! Zuhören!)

Da sollte man das Ganze doch in den richtigen Dimensionen halten. Dass es auch Auflagen geben wird, das ist klar.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Eben!)

Wir sehen in dieser temporären Beteiligung des Bundes kein nennenswertes Problem.

Herr Kollege Hallitzky hat diesen Kreditfall Knaus-Tabbert in Jandelsbrunn genannt. Als regelmäßiger und freudiger Leser der "Passauer Neuen Presse" kenne ich den natürlich auch. An diesem Bankenkonsortium ist zwar die Landesbank beteiligt - der Anteil der Landesbank beträgt 32 Prozent -, aber die Banken waren sich alle einig, dass es nach der bisherigen Regelung durch den Markteinbruch nicht mehr geht. Die Banken haben allerdings folgendes Angebot am 7. Oktober gemacht: Ein Moratorium zur Einleitung eines Investorenprozesses, einige Bedingungen, was die Bedienung von Lieferanten und Banken angeht, und die Banken haben zugleich in Aussicht gestellt, dass sie einen Investor mit einem neuen Kredit ausstatten würden. Das Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie und das Staatsministerium der Finanzen haben die grundsätzliche Bereitschaft für staatliche Unterstützungsmaßnahmen, zum Beispiel Bürgschaft, erklärt und in Aussicht gestellt. Ich zitiere wörtlich: "Diese Angebote wurden von der Geschäftsführung von Knaus abgelehnt und zwei Tage später die Öffnung des Insolvenzverfahrens beantragt." Ich stelle nur fest, die Banken und der Staat wollten diese Arbeitsplätze retten in einem Betrieb, der eine sehr geringe Eigenkapitaldecke hat. Aber wenn man sich gar nicht bewegt und nicht auf Angebote eingeht, dann darf man nicht einseitig der Landesbank die Verantwortung zuschieben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Es ist gesagt worden, der Staat sei so unbeweglich gewesen bei seiner Vorstellung vom "stand alone". Ich möchte darauf hinweisen - das kann man in der "Süddeutschen Zei-

tung" nachlesen -, ich habe im Februar dieses Jahres der Sparkassenseite angeboten, dass sie unsere Anteile übernehmen können. Das wäre eine glatte Lösung. Man sagt ja, dort sitzt die Kompetenz zuhause. Sparkassenpräsident Dr. Naser hat auch gleich freudig reagiert und gesagt: Wir können am nächsten Tag mit den Verhandlungen beginnen. Ich habe allerdings vergebens gewartet. Denn die großen Sparkassen München, Nürnberg, Augsburg haben da nicht mitgemacht.

(Bernd Kränzle (CSU): So war es!)

Im Nachhinein muss ich sagen, sie haben Recht gehabt. Jedenfalls war unser Angebot da, hier zu einem Commitment zu kommen.

Dann ist hier eine Sache verbreitet worden, nämlich wie lange ich im Verwaltungsrat bin oder war. Hier sind Sie aus naheliegenden Motiven, die die Opposition immer hat, etwas großzügig gewesen. Sie wissen genau, dass eine Rechtsformänderung stattgefunden hat, das früher der Verwaltungsrat sozusagen die Hauptversammlung war - er hat einmal im Jahr getagt - und das der jetzige Verwaltungsrat in der Regel monatlich oder in sogar 14-tägiger Tagung das eigentliche Kontrollorgan ist. Das ist ein Unterschied. Diese Zeiten kann man nicht zusammenzählen. Frau Kollegin Raab, Sie haben auch schon einmal diesen Irrtum begangen und es zurückgenommen. Vielleicht nehmen Sie auch Ihre Forderung zurück, dass man die Erbschaftsteuer verdreifacht und die Vermögensteuer erhöht, dann würden Sie auch einen Beitrag für den Standort Bayern leisten.

(Beifall bei der CSU und bei der FDP)

Eine weitere Legende möchte ich im Interesse von SPD, GRÜNEN und CSU hier ad absurdum führen. Frau Kollegin Pauli hat mehrfach den Untersuchungsausschuss angesprochen und hat Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von SPD und GRÜNEN, verdächtigt, dass Sie gegen uns mehr oder weniger ein Komplott gemacht hätten und dass das Ganze mehr oder weniger nur ein abgesprochenes Schauspiel gewesen wäre - ich weiß nicht, zur Unterhaltung von wem. Ich darf als der Leidgeprüfte sagen, dass es leider nicht so war.

(Zuruf von der SPD)

Wenn man an sich selber sehr hohe Ansprüche an Anstand und Moral stellt, sollte man nicht verwegene Verleumdungs- oder Verdächtigungstheorien in den Raum stellen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Pauli, ich möchte Ihnen zur Jungferrede gratulieren. Eine so rhetorische Brillanz hat das Haus schon seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt.

(Beifall bei der CSU)

Der fachliche Inhalt Ihrer Rede war wirklich von der tiefen Erfahrung der Sparkasse Fürth geprägt.

(Heiterkeit)

Aber ich muss sagen, auch das war interessant zu hören.

(Beifall bei der CSU - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt!)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächster hat Herr Abgeordneter Franz Josef Pschierer das Wort.

**Franz Josef Pschierer (CSU):** Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ein paar wenige Anmerkungen zum Kollegen Dr. Beyer.

Herr Dr. Beyer, wir kennen uns von vielen Debatten im Wirtschaftsausschuss des Landtags. Sehen Sie es mir darum nach, wenn ich Ihnen jetzt ein bisschen deutlicher erwidern muss. Der Begriff "politische Untreue" impliziert, dass jemand bewusst grob fahrlässig einen Tatbestand herbeigeführt hat. Ich sehe, dass in dieser Bundesrepublik Deutschland der erste Politiker, der eine politische Verantwortung für etwas übernimmt, das er nicht alleine zu verantworten hat, der bayerische Finanzminister ist.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

- Herr Dr. Beyer, es wäre von Ihnen ehrlich, redlich und fair gewesen, auf die Verantwortung von Bankern, von Ratingagenturen und anderen zu verweisen, und nicht nur mit dem großen Finger auf Erwin Huber zu zeigen.

(Beifall bei der CSU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

- Herr Dr. Beyer, Sie wissen wie jeder in diesem Hause genauso gut wie ich, dass die Landesbank von vielen geprüft worden ist: von KPMG, von PricewaterhouseCoopers, von der BaFin und von vielen anderen. Ich hätte es gerne gesehen, dass Ihre Fraktion, die in Berlin den Bundesfinanzminister stellt, die BaFin anweist, nicht nur jede Kreissparkasse zu durchleuchten, sondern auch da einmal hinzuschauen.

(Beifall bei der CSU und bei der FDP)

Sie sprechen von Moral und politischer Glaubwürdigkeit. Ich sehe zum Beispiel den Wortbruch in Hessen, Herr Zeil hat es schon angedeutet. Dort hat Frau Ypsilanti ein paar Tage nach der Wahl nicht mehr gewusst, was man vor der Wahl gesagt hat.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

- Herr Kollege Dr. Beyer, ich habe den Eindruck, das Wahlergebnis vom 28.09., das für die CSU sicherlich schmerzlich war, hat bei Ihnen den Blick für die Realität ein bisschen getrübt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Sie haben zwar kurz einmal von einer Vierer-Koalition geträumt, aber dann gemerkt, dass Ihnen keiner ein Angebot macht, weder wir, noch irgendein anderer, weil Sie sich in diesem Land noch nie als regierungsfähig erwiesen haben. Herr Dr. Beyer, wenn Sie so weitermachen - im Moment ist in Deutschland die Mehrwertsteuer höher als ihr Wahlergebnis in Bayern -, dann sind Sie bald beim reduzierten Mehrwertsteuersatz angelangt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Herr Dr. Beyer, vielleicht noch ein paar sachliche Anmerkungen. Sie haben, was das Thema Verantwortung angeht, eines angedeutet: Diese Verantwortung hat Staatsminister Erwin Huber übernommen. Ich will aber für meine Fraktion auch ausdrücklich anerkennen, dass die Tatsache, dass sich der Freistaat Bayern vielleicht etwas leichter tut als andere Bundesländer, mit dieser Krise fertig zu werden, auch daran liegt, dass dieser Finanzminister und dieser Erwin Huber, der 14 Jahre in unterschiedlichen Funktionen Mitglied der Bayerischen Staatsregierung war, dazu beigetragen hat, dass dieser Freistaat Bayern einen soliden Haushalt hat, dass er mit die geringste Verschuldung in Bayern und Spielraum hat, den andere Bundesländer nicht haben. Auch in so einer Stunde gehört es zur politischen Correctness und Fairness, so etwas anzuerkennen. Den Umgang, den Sie heute gewählt haben, hat ein Erwin Huber nicht verdient.

(Beifall bei der CSU)

Frau Pauli, gestatten Sie mir, dass ich auch zu Ihnen ein paar Anmerkungen mache.

Erstens: Sie haben deutlich gemacht, dass Sie dieser Partei einmal angehört haben. Ich habe gerade zu rekapitulieren versucht: Ich war bei vielen Parteitag dabei und habe auch Antragskommissionen und Antragsdiskussionen erlebt. Mir ist eigentlich nie in Erinnerung geblieben, dass ich von Ihnen, was diese Thematik angeht, nenneswerte Beiträge erlebt hätte.

Zweitens: Ich gehe davon aus - diesen Nachweis können Sie gerne führen -, dass Sie als Verwaltungsratsvorsitzende der Sparkasse Fürth natürlich alles getan haben, um hier rückhaltlos aufzuklären und vor allem Herrn Dr. Naser und viele andere zu Recht und recht frühzeitig darauf hinzuweisen, welche Risiken bei diesem großartigen Geschäft mit ABS-Papieren bestehen. Wenn es denn so sein sollte, bitte ich Sie ganz herzlich, mir den Nachweis zu geben; denn das dürfte nicht schwer sein. Sie dürften noch Kontakte zum örtlichen Landratsamt haben. Bringen Sie mir einfach die entsprechenden Protokolle, etwa die Verwaltungsratssitzungsprotokolle, in denen Sie darauf verwiesen haben.

Ich gehe davon aus, dass Sie Herrn Dr. Naser darauf aufmerksam gemacht haben, dass dieses Geschäft sehr riskant ist.

Wenn ich mir den Geschäftsbericht von 2007 anschau - damals waren Sie da oben noch Landrätin -, und durchblättere, dann lese ich den Satz: "Von den bekannten Ausnahmen abgesehen, scheinen die Landesbanken aber in der Lage zu sein, den entstandenen Marktwertverlust finanziell zu verkraften." Tragen Sie Mitverantwortung, Frau Pauli, dann stellen Sie sich bitte nicht hier hin als Jeanne d'Arc der Politik, als Retterin, die vom Himmel runterkommt, und als Unschuldslamm, als hätten Sie davon nichts gewusst.

Liebe Frau Pauli, es gehört auch zur Fairness in diesem Haus, zu Dingen zu stehen, die man in der Vergangenheit in einer bestimmten Funktion in Verantwortung gemacht hat; die kann man jetzt nicht ausblenden. Sie waren Landrätin. Sie waren Verwaltungsratsvorsitzende. Sie hatten den Kontakt zu diesen Institutionen. Deshalb ist es unredlich und unfair, hier zu sagen, ich habe von nichts gewusst, liebe Frau Pauli.

(Beifall bei der CSU und bei der FDP)

Damit wir gleich eine klare Sprachregelung haben: Wir werden es Ihnen auch nicht durchgehen lassen, draußen so und hier drinnen anders zu reden.

(Heiterkeit)

Nochmals eine Grundsatzaussage zur Entstehung dieser Krise. Herr Dr. Beyer und Herr Hallitzky, da gibt es sicherlich viele Ursachen. Aber ich bringe es auf einen Nenner. Es sind mir in der letzten Zeit drei Begriffe eingefallen, die zur Ursache wesentlich beigetragen haben: Es ist die Gier, die Dummheit und die mangelnde Kontrolle.

Ich sage Ihnen etwas zur Gier: Es war nicht Erwin Huber.

(Zurufe von der SPD)

- Ziehen wir uns nicht einen Schuh an, den wir uns nicht anziehen müssen. Die Eier haben nicht wir, sondern Leute wie Ackermann produziert, die gesagt haben, wir brauchen 25 % Eigenkapitalrendite.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Was die Dummheit angeht, erzähle ich Ihnen ein persönliches Erlebnis, das ich vor Kurzem hatte: Ich war Gast beim 180-jährigem Jubiläum einer Allgäuer Privatbank; so etwas gibt es noch. Dabei sagte der Bankchef in seiner Begrüßung den schönen Satz: "Meine Damen und Herren, liebe Kunden, liebe Mitarbeiter! Wir haben diese Probleme nicht, weil wir diese Papiere nicht gekauft haben. Und wir haben Sie nicht gekauft, weil wir sie nicht verstanden haben." Ich gehe davon aus - deshalb ist der Vorwurf an Erwin Huber nicht gerechtfertigt -, dass gut bezahlte Ratingagenturen, dass auch gut bezahlte Mitarbeiter der Landesbank

(Zurufe von der SPD)

und viele andere dazu beigetragen haben, in Dummheit oder in vorauseilendem Gehorsam Papiere mit Triple-A zu versehen, die kein Triple-A verdient haben.

(Beifall bei der FDP)

Was mangelnde Kontrolle betrifft, kann man sagen: Lieber Verwaltungsratsvorsitzender, da trägst du Verantwortung. Er hat politische Verantwortung übernommen. Aber auch eine BaFin und viele andere haben in diesem System eine Verantwortung. Dieses Thema wird uns in den nächsten Jahren noch viel beschäftigen. Unterhalten Sie sich einmal mit Vorständen von Kreissparkassen darüber, was nach § 44 des Kreditwesengesetzes bei Sonderprüfungen passiert, wie man über die kleine Kreissparkasse rigoros hinwegfegt und die Großen laufen lässt. Deshalb nicht nur die Kleinen prügeln und die Großen laufen lassen! Auch da haben wir genügend Aufgaben, um das auf Bundesebene zu klären.

Herr Zeil, Sie haben in Bezug auf das Geschäftsmodell Folgendes angesprochen: Wenn Sie in das Landesbankgesetz hineinschauen, werden Sie feststellen: Alles, was die Landesbank getätigt hat, ist abgedeckt. Es ist nicht so, dass ungesetzlich gehandelt worden wäre. Das heißt, im Landesbankgesetz steht, dass Bankgeschäfte aller Art zu tätigen sind, und das wird ermöglicht. Aber ich gebe Ihnen Recht, wenn Sie sagen: Liebe Landesbank, du hast dich dabei von dem öffentlich-rechtlichen Auftrag, den du mal hattest, ein großes Stück entfernt.

Liebe Freunde, aber nochmals konkret zur Landesbank, weil das in so einer Stunde immer vergessen wird: Mit dieser Landesbank haben wir nicht nur schlechte Erfahrungen gemacht. Frau Pauli, über die Dividende haben Sie sich als Landrätin und Verwaltungsratsvorsitzende und viele andere Landräte und Oberbürgermeister gefreut. Und wir haben uns gefreut, was die Ausschüttungen für den Staatshaushalt des Freistaats Bayern angeht. Wir hatten seit den Neunzigerjahren diese Papiere im Portfolio, und wir haben bis 2006 zum Teil problemlos und ertragreich mit diesen Papieren gewirtschaftet und unsere Dividende kassiert.

Aber, meine Damen und Herren, das führt uns nicht weiter, denn das ist der Blick nach hinten. Deswegen bin ich Ihnen dankbar, Herr Zeil, dass Sie auch den Blick nach vorne gewandt haben, und zwar was das Geschäftsmodell angeht. Wir werden uns diesbezüglich in diesem Haus, in den Ausschüssen und auch im Plenum, konkret über ein paar Dinge unterhalten müssen, welche Aufgaben künftig eine Bayerische Landesbank haben soll und wie ein Landesbankgesetz, das diesen Herausforderungen gerecht wird, aussehen soll. Ich persönlich sage, was jetzt zur Risikoabschirmung passiert, das halte ich für den richtigen Weg. Ich bin froh - und ich darf noch einmal andeuten, was Herr Staatsminister Erwin Huber gesagt hat -: Wir haben den Schirm, den wir hier herinnen beschlossen haben, diese 2,4 Milliarden Euro vom Freistaat und die 2,4 Milliarden Euro von den Sparkassen, nicht in Anspruch genommen. Deshalb war es auch nicht wichtig - nur weil es von den Vorrednern gekommen ist.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Und die Kapitalerhöhung?)

- Auch was die Kapitalerhöhung angeht. Ich halte es für richtig, dass die Sparkassen mit einem geringeren Anteil im Boot sind als der Freistaat Bayern, auch wenn es uns schmerzt. Die Sparkassen im Freistaat Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind der klassische Mittelstandsfinanzierer. Was hätten wir in den letzten Jahren getan, wenn wir die Sparkassen und auch die Genossenschaftsbanken auf der anderen Seite nicht gehabt hätten? Dann hätte es in der Mittelstandsfinanzierung böse ausgesehen. Wir stehen zu dieser kommunalen Sparkasse. Liebe Kolleginnen und Kollegen, keiner in diesem Raum, keiner in diesem Hohen Haus kann ein angelsächsisches Bankensystem wollen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Richtig!)

Sie haben es zu Recht angesprochen, Herr Zeil. Lasst uns für das Drei-Säulen-Modell im deutschen Bankensystem kämpfen: neben den öffentlich-rechtlichen auch die Genossenschafts- und die Privatbanken. Das hat sich bewährt. Aber, meine Damen und Herren, wir müssen das ein Stück neu justieren.

Herr Dr. Beyer, da gebe ich Herrn Hallitzky recht, der sagt: Dass wir den Bund jetzt im Finanzmarktstabilisierungsfonds in Anspruch nehmen, dass wir die 5,4 Milliarden Euro Rekapitalisierung in Anspruch nehmen, muss kein Nachteil sein.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Darum geht's jetzt gar nicht!)

Bei der Frage, wie viele Landesbanken dieses Land braucht, kann ich mir gut vorstellen, dass der Bund dazu beiträgt, dass dieses Kirchturmdenken vielleicht ein Stück aufhört. Wir können uns zusammensetzen und darüber beraten, ob das Fusionen sind oder welche Modelle auch immer. Aber es muss kein Nachteil sein, wenn der Bund mit hineingeht.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Dann habe ich also recht mit dem, was ich gesagt habe!)

Letzter Punkt: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns einen Neuanfang bei dieser Landesbank wagen. Dazu gehören für mich drei Punkte: als Erstes die Struktur dieser Landesbank, als Zweites ihre Geschäftspolitik und als Drittes der Verwaltungsrat

der Landesbank unabhängig von der Zahl der Landesbanken, die müssen wir andernorts klären.

Die jetzige Krise zeigt mir und vielen von uns, dass das jetzige Geschäftsmodell der Landesbank nicht mehr trägt, so man es als Geschäftsmodell überhaupt bezeichnen kann. Ich sage Ihnen eines: Aus wirtschaftspolitischer Sicht haben für mich Lösungen Priorität, die die Finanzplatzkompetenz Bayerns erhalten und vor allem zwei Dinge tun - und es wäre vielleicht eine lohnenswerte Aufgabe, darüber nachzudenken, dass das zwei Aufgaben sein könnten, die eine Landesbank moderner Art machen könnte - nämlich als Infrastrukturbank und als Mittelstandsbank zu fungieren. Wenn ich daran denke, was auf uns zukommt, vom Verkauf der Stromnetze bis DSL, Informationsübertragung und vieles andere, wir werden in der Infrastruktur gewaltige Herausforderungen haben, lassen Sie uns die Chance nutzen, diese Bank als Infrastrukturbank anzudenken, aber auch als Mittelstandsbank.

Der nächste Punkt - auch das ist von den Vorrednern angesprochen worden -: Ich habe zu Recht vorhin kritisiert, dass bei mancher Ratingagentur vielleicht auch eine Lusche sitzt. Aber es muss nicht so sein. Es gibt im externen Bereich sicherlich auch gute, auch in der Wissenschaft, Herr Zeil und liebe Kolleginnen und Kollegen, gute externe Berater. Wir sollten diese Chance nutzen und solche mit hereinnehmen. Ich hielte es für gut, ein Expertengremium zu schaffen, das uns auch Vorschläge für die Zukunft dieser Landesbank erarbeitet.

Und das Letzte, durchaus mit Selbstkritik, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir brauchen im Verwaltungsrat mehr Expertenwissen und weniger Politik,

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

auch wenn es uns ein Stück schmerzt. Das ist sicherlich auch ein Fingerzeig auf uns selbst, aber es wäre angesichts der Situation, die wir jetzt haben, unredlich, etwas anderes zu sagen.

Letzter Punkt: Auch da ist etwas verwechselt worden, ich glaube, von Frau Pauli. Wir haben hier nicht den Haushalt belastet, obwohl Sie recht haben, Herr Beyer, dass auch die Finanzierung über Privatisierungserlöse schmerzt.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Da sind wir uns einig!)

Es mindert unser Grundstockvermögen, gar keine Frage. Aber es ist richtig, das Thema in einem Sonderfonds zu lösen. Das lässt uns den Handlungsspielraum im Haushalt. Ansonsten werden wir in diesem Hause nicht mehr froh, wenn wir versuchen, es im regulären Haushalt zu lösen.

Letzter Punkt. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns gemeinsam diese Chance nutzen. In jeder Krise steckt eine Chance. Wir brauchen eine Landesbank, aber sie muss anders aufgestellt sein als in der Vergangenheit.

Was die Abstimmungen angeht, werden wir Ihren Antrag ablehnen, Herr Aiwanger. Ich sehe keine Möglichkeit, dass wir uns diesem nähern. Dem Antrag der GRÜNEN werden wir zustimmen. Ich bitte nur, das Wort "Landtag" zu ersetzen durch "das noch zu gründende" oder "beschließende Kontrollgremium" oder der "Kommission". Das hielte ich für sinnvoll.

Meine Damen und Herren, jetzt möchte ich noch eine persönliche Anmerkung zu Protokoll geben, was den interfraktionellen Antrag angeht: Ich werde diesen Antrag selbstverständlich mittragen und auch mit Ja stimmen. Aber ich darf meine persönlichen Bedenken noch einmal formulieren: Die Einrichtung dieser Kommission wird die zukunftsgerichtete Arbeit für die Fortentwicklung der Landesbank nicht erleichtern. Es ist ein Gremium, das zwar in der Geschäftsordnung des Landtags steht, wir haben damit aber noch keine Erfahrung. Das bedeutet natürlich nicht, dass man es nicht machen kann. Aber, liebe Freunde, wir müssen verschiedene Modelle andenken: Fusion, private Investoren und vieles andere. Geld, Kapital ist ein scheues Reh. Deshalb appelliere ich jetzt schon an die Mitglieder dieser Kommission, den Geheimhaltungspassus, der in der Geschäftsordnung steht, unbedingt zu beachten. Ich weiß, wie es manchmal in der Rea-

lität aussieht. Auf die Mitglieder dieser Kommission wird eine Menge Arbeit zukommen und sie haben eine große Verantwortung für die Landesbank. Ich bitte Sie, arbeiten Sie sehr verantwortungsbewusst in dieser Kommission.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege Pschierer, Sie haben Ihre Redezeit nur unwesentlich überzogen. Deswegen unterstelle ich eine kleine Redezeitverlängerung.

Als nächste Rednerin hat Frau Adelheid Rupp das Wort. Bitte schön.

**Adelheid Rupp (SPD):** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zunächst auf meine Vorredner beziehen. Herr Pschierer, ich fand Ihre Rede ganz erstaunlich, weil Sie bei Herrn Zeil etwas gehört haben, was er gar nicht gesagt hat. Sie haben sich positiv auf die Darlegungen von Herrn Zeil bezüglich des Drei-Säulen-Modells bezogen. Genau das hat er nicht vertreten.

(Martin Zeil (FDP): Doch!)

- Nein, das haben Sie nicht.

(Martin Zeil (FDP): Vielleicht haben Sie nicht zugehört!)

- Ich habe freilich zugehört. Ich bin schon etwas überrascht, über was da alles weggehört wird.

(Tobias Thalhammer (FDP): Übermüdet vielleicht?)

Die Ausführungen bezüglich des Geschäftsmodells, was Infrastruktur anbelangt, was Mittelstandsförderung anbelangt, finde ich durchaus bedenkenswerte Ideen und Gedanken, die auch dem entsprechen, was wir uns vorstellen könnten.

Dagegen war das, was Sie gerade gemacht haben, Herr Zeil, ohne jegliche Hemmung, ein Modell vorzuschlagen, das Tausende von Arbeitsplätzen kosten wird. Das kann es gerade nicht sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist genau das, was ich von der FDP in diesem Landtag erwartet habe, nämlich eine Politik zu vertreten, die definitiv nicht im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist. Das ist mein Eindruck, den Sie gerade bestätigt haben.

(Martin Zeil (FDP): Fragen Sie mal die IKB-Mitarbeiter!)

Sparen Sie sich im Übrigen Ihre Ausführungen zu IKB und Sonstigem. Das hatten wir am Anfang der letzten Legislaturperiode auch immer wieder. Hier geht es aber um Bayern und nicht um die Bundespolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Gehen Sie in den Bundestag, wenn Sie Bundespolitik machen wollen. Hier wird Landespolitik gemacht. Hier wird entschieden, was der Freistaat macht, und wenn Ihnen diese Welt zu klein ist, bitte, der Bundestag wäre ja auch eine Möglichkeit. Wir haben nächstes Jahr Bundestagswahl, da können Sie kandidieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte ganz kurz etwas zu Frau Pauli sagen, vielleicht eine Hilfe. Ich würde Ihnen dringend empfehlen, den Minderheitenbericht des Untersuchungsausschusses zu lesen, von mir aus auch den Mehrheitsbericht. Ich glaube, das wäre hilfreich, um sich in diese Thematik einzuarbeiten. Es wäre sicherlich sinnvoll, wenn man auf dieser Grundlage dann weiterdiskutieren könnte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CSU)

Nun zu den hier völlig Unwissenden und Schuldlosen: Ich zitiere Finanzminister Erwin Huber: "Ich habe keine Schuld." "Ich wusste nichts." "Ich war nicht in der Lage, zu kontrollieren." Schlimmer geht es für einen Finanzminister wohl kaum.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe mir gedacht: Vielleicht könnten wir heute darüber reden, wie künftig Politiker und Politikerinnen verantwortungsbewusst mit solchen Fragen umgehen. Es ärgert mich gewaltig, dass heute Politiker hier so tun, als wenn sie mit den ganzen Vorgängen um die Landesbank nichts zu tun gehabt hätten.

"Es gab keine Information." "Wir wussten nichts." Ich kann nur wiederholen, was wir immer wieder gesagt haben: Die Europäische Zentralbank und die Deutsche Bundesbank haben bereits im Jahr 2006 in ihren Wochenberichten und ihren Monatsberichten auf die schwierige Lage des US-Immobilienmarktes hingewiesen. Wir haben bereits damals darauf hingewiesen, dass hier immense Risiken bestehen. Ich sehe gerade Herrn Huber nicht, aber Herr Fahrenschon kann mich gerne korrigieren: Wenn ich mich nicht täusche, haben Sie im Finanzministerium allein sechs Mitarbeiter für die Landesbank. Erklären Sie mir doch bitte einmal eines: Warum sind diese Damen und Herren nicht in der Lage, derartige Berichte zu lesen, sich zu informieren und sich kundig zu machen und dem Finanzminister dieses Wissen dann auf den Weg zu geben, damit er in der Lage ist, in einem Verwaltungsrat zu kontrollieren und zu wissen, was auf den Finanzmärkten los ist? Ich frage mich, warum Sie das nicht in den Griff bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Zur Kontrolle: "Der Verwaltungsrat hatte nichts zu sagen." Das war auch eine Ihrer Aussagen. Der Verwaltungsrat hat im Jahr 2007, als andere Banken bereits wieder aus diesem Markt ausgestiegen sind, die Erweiterung des Geschäftsfeldes "Internationale Finanzmärkte" von 24 Milliarden Euro auf 58 Milliarden Euro beschlossen. Das war der Verwaltungsrat und nicht der Landesbank-Vorstand. Der Verwaltungsrat hat das beschlossen. Heute stellen Sie sich hin und sagen, Sie hätten damit gar nichts zu tun

gehabt. Sie haben erklärt, Sie hätten das nicht beschlossen und deshalb keine Verantwortung dafür. Sie hätten nichts davon gewusst. Das ist ein Rücktritt in der Art: Ich trete zurück, weil sonst die Koalition nicht zustande kommt und wir möglicherweise nicht die wichtigen Ministerien besetzen könnten, die wir gerne haben möchten. Ich habe jedoch keine Schuld und keine Verantwortung. Kontrollieren konnte ich auch nichts.

Ich möchte der Staatsregierung eine Frage stellen: Wie kann man in einen Verwaltungsrat gehen, wenn man von vornherein weiß, dass man diesem nicht gewachsen ist? Dann muss man es eben bleiben lassen.

(Beifall bei der SPD - Martin Zeil (FDP): Wie der Herr Steinbrück!)

- Herr Zeil, Sie haben angedeutet, dass die Sparkassen auch Konsequenzen ziehen müssten. Ich glaube, hier kann man zwei Namen nennen: Ich denke, Herr Dr. Naser muss dringend gehen. Das können wir und die Staatsregierung aber nicht entscheiden. Ich hoffe sehr, dass es die Sparkassen nicht weiter dulden werden, dass Ihnen Herr Dr. Naser auf der Nase herumtanzt.

(Beifall bei der SPD und bei den Freien Wählern)

Der nun erfolgte überfällige Rücktritt des Finanzministers beendet natürlich keine Finanzmarktkrise. Ich bin trotzdem hoffnungsfroh, dass Lösungen für die Landesbank gefunden werden. Ich glaube, das wird uns leichter fallen, wenn Erwin Huber in diesem Bereich nichts mehr zu sagen hat.

Uns liegt heute der gemeinsame Antrag vor, in dem es um ein Gremium bzw. um eine Kommission geht, die verschiedene Aufgaben erfüllen soll. Mir gefällt dieser Antrag nur begrenzt, und zwar aus den gleichen Gründen wie Herrn Kollegen Pschierer. Wir werden dem Antrag trotzdem zustimmen. Er enthält aber eine falsche Formulierung, wenn es heißt: "Die Kommission unterstützt die Vertreter des Freistaates in den Gremien der Bayerischen Landesbank bei der Wahrnehmung ihrer Kontroll- und Überwachungsbe fugnisse." Das halte ich für falsch. Das wird so auch gar nicht geschehen können.

Meiner Ansicht nach müsste stattdessen formuliert werden, dass dieser Kommission regelmäßig durch die Vertreter der Staatsregierung und diejenigen, die die Verantwortung tragen, berichtet wird, damit Informationen vorhanden sind, um überhaupt Entscheidungen treffen zu können. Diese Kommission wird auch nur deshalb eingerichtet, weil das bisherige System nicht funktioniert hat. Wir müssen uns die Frage stellen, warum es nicht funktioniert hat. Das System hat nicht funktioniert, weil sich ein Finanzminister dem Informationsrecht des Parlaments entzogen hat. Der Finanzminister habe, ich zitiere, die Kommunikationsstrategie der Landesbank für wichtiger als das Informationsrecht des Parlaments gehalten.

(Beifall bei der SPD)

Diese Politik hat nach meiner Ansicht mit demokratischen Grundsätzen gar nichts mehr zu tun. Ein Mitglied der Staatsregierung, das aufgerufen ist, die Landesbank zu kontrollieren, kann sich nicht hinstellen und sagen, die Kommunikationsstrategie einer Landesbank sei wichtiger als das Gremium, das darüber zu entscheiden hat, was bei der Landesbank weiter passieren soll. Dieses Gremium wurde schlicht ausgegrenzt und ausgeschlossen. Daher hätte ich hier gerne eine andere Formulierung gesehen.

Ich denke aber, dass wir diesem Antrag zustimmen können und in der Kommission sicherlich zu einer Zusammenarbeit finden werden, die viele Möglichkeiten bietet. Schlussendlich muss es darum gehen, über das Geschäftsmodell der Landesbank zu diskutieren. Für die neuen Kollegen und Kolleginnen muss gesagt werden, dass bereits im Januar dieses Jahres ein neues Geschäftsmodell angedacht wurde. Im Haushaltsausschuss wurde erklärt, dass über ein Geschäftsmodell diskutiert werden müsste. Über Monate und Monate ist jedoch nichts passiert.

Auch wenn dies der Finanzminister weit von sich weist, bleibt der Eindruck, dass der Umgang mit der Bayerischen Landesbank ein wahltaktischer war. Es ging offenbar nicht um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Landesbank, sondern ausschließlich darum, die Öffent-

lichkeit von Informationen so lange fernzuhalten, bis die Kommunalwahlen und die Landtagswahl überstanden sind. Die CSU hat diese Prozentzahlen zu Recht kassiert. Ich wünsche mir - wenn sie so weiterarbeitet -, dass es weiter abwärts geht; denn so kann man mit den Menschen in Bayern definitiv nicht umgehen.

(Beifall bei der SPD und bei den Freien Wählern - Walter Nadler (CSU): Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!)

- Ich sitze überhaupt nicht im Glashaus. Sie wissen genau, dass ich mit unserem Ergebnis nicht zufrieden bin. Sie wissen aber auch, wieviel Sie verloren haben und wieviel wir verloren haben. Das Ergebnis schmerzt Sie offensichtlich immer noch sehr.

Als Staatsbank muss die Landesbank künftig bereit sein, sich der Kontrolle des Eigentümers zu unterwerfen. Hier sehe ich seitens des Landesbankvorstandes große Defizite. Wer sich einmal die Verwaltungsratsprotokolle im Untersuchungsausschuss angeschaut hat, weiß, dass dort sehr verhalten informiert wurde. Die Information war aber immer so, dass auf Nachfragen bald klar wurde, wo die Probleme liegen. Erstaunlich war jedoch bei den ganzen Verwaltungsräten der Staatsregierung, dass sie nie nachgefragt haben. Wenn man die Protokolle liest, hat man den Eindruck, die Damen und Herren hätten auf das Abendessen oder auf was auch immer gewartet. Mein Eindruck war, dass die Sitzung möglichst schnell vorübergehen sollte. Der Eindruck ist nicht, dass man sich der Risiken und Probleme der Landesbank tatsächlich inhaltlich angenommen und versucht hätte, an Informationen zu gelangen. Ich finde das für eine Staatsregierung sehr bitter, da sich seit Monaten - bereits seit dem Jahr 2006 - Probleme, Defizite und riesengroße finanzielle Risiken abgezeichnet haben.

Was die Vertreter der Landesbank und der Staatsregierung künftig wissen müssen, ist der Umstand, dass die erste Loyalität dem Freistaat und sonst niemandem gehört. Das ist nicht verhandelbar.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Frau Kollegin Rupp. Ich komme schneller zum Einsatz, als ich das heute gedacht habe. Ein herzliches Grüß Gott von mir. Das Wort hat Herr Kollege Pointner.

**Mannfred Pointner (FW):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für mich ist es auch eine Jungfernrede, obwohl ich 24 Jahre lang einem kommunalen Parlament vorgestanden habe. Dort hat es immer, nach dem achten oder neunten Redner, vom nächsten Redner die Bemerkung gegeben, alles sei bereits gesagt, aber noch nicht von jedem.

Meine Damen und Herren, wir haben die Einrichtung einer Kommission beantragt - ebenso wie die anderen Fraktionen -, allerdings mit Zusatzfragen, die in die Vergangenheit gehen. Die Einsetzung der Kommission wird auch deswegen beantragt, weil der Verwaltungsrat der Landesbank bisher einseitig parteipolitisch besetzt ist. Auch auf der kommunalen Seite oder der Seite der Sparkassen hat Ihre Partei ein Übergewicht: Bis gestern waren es noch drei, jetzt sind es zwei, die dort sitzen. Wir wollen natürlich das ganze Parlament in die Lösung des großen Problems einbinden, das auf uns zukommt. Heute hat es zwar geheißen, der Verwaltungsrat habe keine Verantwortung, er hätte davon nichts gewusst. Dann stellt sich die Frage: Brauchen wir ihn überhaupt noch? Dann haben wir aber die Kommission, die vielleicht zumindest die Erfahrungen und Erkenntnisse hat, die dem Verwaltungsrat gefehlt haben.

Herr Pschierer - er ist gar nicht mehr da -, Sie haben soeben die Kollegin Pauli angesprochen, die Vorsitzende des Verwaltungsrats einer Sparkasse war. Ich war zwölf Jahre Vorsitzender einer Sparkasse. Sie haben die Mitverantwortung der Verwaltungsratsvorsitzenden einer Sparkasse angesprochen. Das ist schon ein starkes Stück.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wenn schon angeblich der Verwaltungsrat der Landesbank keine Kenntnisse hatte, wie soll dann der Verwaltungsratsvorsitzende einer Sparkasse Kenntnisse erlangt haben?

(Zuruf von der CSU: Landesbank!)

- Nicht Landesbank, Sparkasse. Frau Pauli war nicht in der Landesbank. - Das Hauptproblem - Frau Pauli hat das schon angesprochen - sind die 58 Milliarden, die vor Inkrafttreten der EU-Richtlinie aufgenommen wurden. Diese 58 Milliarden sind nie mit den Gewährträgern, zumindest nicht mit denen auf der kommunalen Seite, abgesprochen worden. Es ist nie eine Information herausgegangen hinsichtlich einer Zustimmung. Da beginnen die Ursachen; das wissen Sie alle. Mein ehemaliger Landratskollege Schneider, der heute schon mehrfach zitiert wurde, hat gesagt, es sei kein Blick in den Abgrund gewesen, sondern ein Blick in die Hölle, den er am letzten Montag bei der Tagung der Sparkassenleute getan habe. Das kann wohl nicht das gewesen sein, was wir heute erfahren haben; denn diese 300 Millionen - das war vielleicht am Montag noch nicht bekannt - sind zwar eine Belastung für die Sparkassen. Als Verwaltungsratsvorsitzender weiß ich, wie die Sparkassen mit der Konkurrenz der Privatbanken, natürlich auch mit jener der Genossen, zu kämpfen haben und wie schwierig das Umfeld gerade im Ballungsraum München geworden ist. Das ist aber von den Sparkassen - noch - zu schultern, obwohl jede Million, die hier verloren geht, wehtut.

Er kann also nicht diese 300 Millionen gemeint haben. Er meint etwas ganz anderes. Das ist etwas, was mir und Ihnen allen auch Sorge bereiten müsste; das ist schon angesprochen worden. Diese 58 Milliarden sind aufgenommen worden, weil noch die Gewährträgerhaftung gegolten hat und damit gute Konditionen herauszuholen waren. Diese Gewährträgerhaftung gilt für alle Kredite weiter, die vor dem Termin 2005 von der Landesbank aufgenommen worden sind. Dafür haften die Gewährträger weiter, also der Freistaat und die Kommunen. Die Gewährträgerhaftung - das haben wir schon im Frühjahr bei der Diskussion anlässlich der 4,8 Milliarden erlebt - ist auch ein Druckmittel gegenüber den Kommunen und dem Staat. Wir wurden in ein Boot hineingezwungen und sind auf Gedeih und Verderb mit dieser Landesbank verbunden. Sollte die Landesbank die 58 Milliarden an Krediten - oder einen Teil davon - nicht zurückzahlen können,

dann müssen, wenn nicht andere Hilfsfonds eintreten, die Kommunen und der Staat ran. Das ist die Hölle, die auch Landrat Schneider gemeint hat.

Deswegen wollen wir die Vergangenheit aufarbeiten; das steht in unserem Antrag. Wir wollen wissen, wie die ganzen Vorgänge abgelaufen sind, welche Voraussetzungen da waren, welche Überlegungen angestellt worden sind, welche Prüfungen erfolgt sind, welche Erfahrungen man eingeholt hat. Ein Neuanfang mit neuen Leuten ist nicht möglich, wenn die Vergangenheit nicht aufgearbeitet wird. Zu den heute gemachten Vorschlägen für die Zukunft der Landesbank muss man sagen: Man kann keine vorzeitigen Entscheidungen treffen und Beschlüsse fassen, wenn die Fehler und die Verantwortlichkeiten der Vergangenheit nicht auf dem Tisch liegen. Erst dann weiß man mehr.

Ich bitte darum - ich mache es kürzer als die anderen -, dass Sie unserem Anliegen zustimmen, die Vergangenheit zu untersuchen, weil das für die Zukunft unabdingbar ist und weil wir ohne diese Untersuchung nicht vernünftig über eine Zukunft der Landesbank sprechen können.

Heute hat es geheißen: Hinterher ist man immer schlauer. Wir wollen wissen, warum die Verantwortlichen nicht vorher schlauer waren. Dafür haben wir sie eingesetzt, dafür werden sie gut bezahlt - wer auch immer -, und das muss auf den Tisch gelegt werden. Erst dann können wir darüber reden, wie es weitergehen soll.

(Beifall bei den Freien Wählern)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Herr Kollege Pointner. Das Wort hat Kollege Dr. Kirschner.

**Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP):** Grüß Gott, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Prinzip ist eigentlich alles gesagt.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb werde ich mich sehr kurz fassen nach dem Motto: Steh' auf, damit man dich sieht, halte dich kurz, damit man dich mag, und sprich laut, damit man dich versteht.

(Reinhold Bocklet (CSU): Ein guter Anfang!)

Ich bin selbstständiger Unternehmer und in fortgeschrittenem Alter in die Politik eingestiegen. Ich habe mir noch nie so viele Reden anhören müssen, in denen so wenig Inhalt gewesen ist.

(Reinhold Bocklet (CSU): Das ist die gerechte Strafe! - Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

- Ich bringe meinen Kindern zu Hause bei, sie sollen ruhig sein, wenn ein anderer spricht, sie sollen sich melden, wenn sie etwas sagen möchten.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wir sind hier nicht in der Schule!)

- Dort hätten Sie es lernen sollen. Wenn Sie sich das nicht merken können, dann nehmen Sie einen Zettel und einen Kugelschreiber und schreiben es sich auf.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP und bei der CSU - Ulrike Gote (GRÜNE): Der Präsident soll das rügen!)

Die Kernauseinandersetzung geht nicht um die Sache. Wir haben heute wenig über die Lösung der Probleme gehört, sondern das alles ist nur ein Blick in die Vergangenheit gewesen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ich dachte, er ist Steuerberater und nicht Lehrer!)

Die BayernLB befindet sich in einer existenziellen Krise. In meinem Wahlkampf habe ich einmal behauptet, der Schaden betrage 10 Milliarden. Daraufhin habe ich einen Anruf von einem Banker bekommen, der gesagt hat, wenn ich diesen Vorwurf noch einmal in den Raum stelle, dann wird mich die Landesbank verklagen. Heute und hier sage ich: Der Unternehmensschaden beträgt nicht, wie angesprochen, 6 Milliarden, sondern 10

Milliarden, weil der Schaden nicht nur das ist, was gezahlt werden muss, sondern der Unternehmenswert ist verschwunden, meine Damen und Herren. Das ist das Problem.

Menschen treffen die Entscheidungen. Dabei ist es anders als beim Mittelstand: Wenn es gut geht, bekommt man Boni und Stock-Options, wenn es schiefgeht, haftet, wie in diesem Fall, der Steuerzahler.

(Zuruf von der FDP: Genau!)

Das Geschäftsmodell der Landesbank hat völlig versagt. Ich bekomme das bei mir draußen mit. Ich bin seit 25 Jahren Steuerberater und habe 200 Mitarbeiter nebenher angestellt. Ich bekomme täglich mit, was da abgeht. Das Geschäftsmodell dieser Bank ist nicht auf den Mittelstand ausgerichtet, wie es im Landesbankgesetz steht, sondern das Geschäftsmodell dieser Bank ist auf Global Player ausgerichtet. Man will sich dort bewegen, wo die Deutsche Bank ist, und bleibt trotzdem provinziell.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt komme ich auf das Landesbank-Gesetz zu sprechen. Ich bin da immer hin- und hergerissen. Ich bin zwar kein richtiger Jurist, aber ich behaupte ganz einfach: Aus Artikel 2 Absatz 1 des Landesbank-Gesetzes geht der öffentliche Auftrag klar hervor, regionale Förderung des Mittelstandes. Absatz 2 enthält eine Öffnungsklausel: Die Bank kann auch sonst alles machen, was der Bank dient. In Absatz 3 Satz 2 steht drin, dass die Geschäfte nur dann gemacht werden dürfen, wenn sie Absatz 1 - sprich dem öffentlichen Auftrag - folgen.

Ich bin also der Auffassung, dass wir diese Sache im Hinblick darauf prüfen lassen müssen, inwieweit den Gesellschaftern Haftungsansprüche gegen die Vorstände und gegenüber den Verwaltungsräten zustehen. Ich sage hier und heute: Es geht um die Vorstände, die bereits ausgeschieden sind und die sich fürstlich haben abfinden lassen. Es geht um die Verwaltungsräte, die nicht mehr im Raum sind, wie der Herr Falthäuser. Herr Falthäuser war der Strippenzieher bei der Alpe-Adria. Diese Leute sind

heute weg, verdienen ihr Geld in der freien Wirtschaft und in Kanzleien. Im Prinzip sollten wir alle darauf achten, diejenigen zu suchen, wenn wir jemanden suchen, die die Ursachen gesetzt haben. Ich möchte Herrn Huber nicht in Schutz nehmen; er hat mit Sicherheit Kommunikationsprobleme, die ihm das bereitet haben, was er jetzt hat. Ursächlich sind aber die, die Geschäfte geleitet haben, und in zweiter Linie kommen dann die Verwaltungsräte. Ich weiß, wovon ich spreche, weil ich selber seit drei Jahren in einem Aufsichtsrat sitze, der mit Aktienportfolios und Banken handelt. Daher weiß ich, wie schwierig das ist. Man tut sich leicht, wenn man keine Ahnung hat; da kann man sagen: Der hat versagt. Stattdessen soll man sich selber mal reinsetzen und mit dem Auto fahren lernen; dann weiß man, wovon man spricht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Ich spreche ganz bewusst nochmals die Haftung an: Es kann nicht sein, dass sich Manager aus dem Amt stehlen, wobei der Steuerzahler ihre Abfindungen vergütet, während es draußen im Mittelstand für die Handwerker keinen Kredit mehr von der Landesbank gibt, außer jemand hat 80 % Eigenkapital, für den ich nicht persönlich bürgen muss, meine sehr geehrten Damen und Herren. Bei der Existenzgründung muss die Frau oder der Ehemann mitunterschreiben, aber Vorstände einer großen Bank verzocken Milliarden - und da ist dann der Steuerzahler zuständig.

(Beifall bei der FDP)

Das war die Vergangenheit. Die Frage, die sich uns bei einer solchen Sanierung - ich sage bewusst: die Landesbank ist ein Sanierungsfall; darüber sind wir uns wohl einig - stellt, ist, wohin die Reise geht. Wenn ich die Geschäftsmodelle der Landesbank betrachte, die Sie heute vorgestellt haben, darf ich die Sparkassen zitieren: Vorstände von Sparkassen gehen so weit und sagen: Die Landesbank braucht keiner mehr. Sie sagen: Wenn die Landesbank weiter das Internet-Banking betreibt und wenn sie weiterhin internationale Betreuung im südosteuropäischen Raum betreibt, so interessiert uns das

herzlich wenig. Wir brauchen sie für die internationale Begleitung des Mittelstandes; aber da fehlt ihr völlig die Kompetenz.

Größte Bedenken habe ich gegenüber Aussagen der Landesbank, dass ihr zukünftiges Geschäftsmodell darauf ausgerichtet sein wird, Retail-Geschäfte abzuwickeln. Damit gehen sie ihrem eigentlichen Gesellschafter, den Sparkassen, ins Handwerk. Dafür werden wir uns nicht einsetzen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Dagegen werden wir uns wehren müssen.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen die Sparkassen auf dem Land, wenn dort Probleme auftreten. Ich bitte Sie darum auch, die Landesbank nicht in Grund und Boden zu reden, auch wenn die Situation schwierig ist. Die Landesbank bekommt ihre Hauptliquidität von den Sparkassen. Wenn die Menschen auf dem Land draußen das Gefühl bekommen, ihr Geld sei bei den Sparkassen nicht mehr sicher, weil die Sparkassen das Geld der Landesbank geben, dann sage ich: Gute Nacht, meine sehr geehrten Damen und Herren. - Das war's eigentlich schon. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank für diesen Beitrag. Das Wort erhält jetzt der Abgeordnete Graf von und zu Lerchenfeld.

**Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU):** Herr Präsident, Hohes Haus, Herr Kollege Kirschner, ich möchte Ihnen sehr gratulieren zu Ihrer Jungferrede. Sie haben unserem Berufsstand Ehre gemacht.

Ich möchte dem Kollegen Pointner gerne noch kurz vorlesen, was im Geschäftsbericht der Sparkasse Fürth steht. Hier steht - und da hat der Verwaltungsrat und besonders dessen Vorsitzende sehr wohl eine gewisse Aufsichtspflicht -:

Von den bekannten Ausnahmen abgesehen scheinen die Landesbanken aber in der Lage zu sein, die entstandenen Marktwertverluste bilanziell zu verkraften.

Ich als geneigter Leser verstehe das so, als ob die Sparkasse Fürth unter ihrer Verwaltungsratsvorsitzenden gesagt hat: "Das ist ja gar nicht so schlimm, was da passiert ist."  
- Wir dürfen aber nichts beschönigen.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Es ist eine weltweite Krise des Finanzsystems. Sie kommt daher, dass viele hier die Grundlagen des Bankgeschäftes einfach vergessen haben. Man muss sagen, dass die Banker, die Aufsichtsgremien, leider muss ich auch meinen Berufsstand, die Wirtschaftsprüfer, miteinbeziehen, alle professionellen Kontrollorgane, die Rating-Agenturen, die Aufsichtsbehörden und letztlich auch die Politik kollektiv versagt haben. Man kann wirklich nichts beschönigen, aber man fragt sich angesichts des Desasters, das jetzt entstanden ist: Was ist denn Aufsicht überhaupt noch wert? Wenn man sich das Ganze einmal grundlegend überlegt, stellt man fest: Da haben Banker erst mal in Amerika Kredite ausgereicht, Kredite, die hier in dieser Form wahrscheinlich gar nicht vergeben worden wären. Dann hat man diese Kredite zusammengestopselt, hat daraus Wertpapiere gemacht. Das war interessant: Da waren weniger die Banker dabei als vielmehr Finanzmathematiker, Statistiker - alles Leute, die eigentlich vom Bankgeschäft nichts verstanden haben.

(Christine Kamm (GRÜNE): Und die Landesbank hat diese Papiere gekauft!)

Und dann hat man das Ganze von Rating-Agenturen bewerten lassen. Es gab dafür dann Spitzennoten. Als die Papiere bewertet worden waren, haben Banker sie wieder gekauft. Sie haben aber eigentlich gar nicht gewusst, was sie da kaufen. Ich kann im Grunde genommen nur dem Kollegen Pschierer recht geben, der gesagt hat, dass kluge Banker damals gesagt haben: Wir kaufen nicht etwas, von dem wir nichts verstehen. Wenn man sich die ganze Sache anschaut, muss man im Grunde genommen sagen: Die Kredite sind auf der Grundlage von Regeln vergeben worden, die in den USA ge-

golten haben. Ich habe vorhin gesagt, bei uns wären da gar keine Kredite vergeben worden, weil es bei uns inzwischen nämlich Basel II gibt. Basel II ist uns von der Bank für internationale Zusammenarbeit, ist letztlich allen Banken in der Welt aufgedrückt worden. Aber wer hält sich nicht daran? - Amerikanische Banken.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, da liegen die Ursachen. Die Ursachen dieser gigantischen Krise liegen doch darin, dass angeblich gestandene Bankmanager auf Schwindeleien hereingefallen sind. Wo ist da die Aufsicht? Wo ist da die BaFin? - 1600 Mitarbeiter! - Wunderbar. Wo ist die Bundesbank, die sich jetzt übrigens hervorragend darstellt, das muss ich ehrlich sagen, indem sie tatsächlich vernünftige Sachen zustande bringt.

Wie konnten solche Dinge passieren wie bei der IKB, bei der Hypo Real Estate und wo liegt da die Verantwortlichkeit? Wo liegt die Verantwortlichkeit? Natürlich gibt es eine politische Verantwortlichkeit, aber die erstreckt sich nicht allein auf die Tätigkeit im Verwaltungsrat. Das politische Versagen liegt eigentlich ganz woanders. Es liegt da, wo wir alle - da beziehe ich uns alle mit ein - es letztlich versäumt haben, Regeln für die nationalen und internationalen Finanzmärkte aufzustellen, die verhindert hätten, dass man mit solchen Produkten arbeitet, die verhindert hätten, dass das Vertrauen in die Banken erschüttert wird, die verhindert hätten, dass sich die Banken untereinander auch nicht mehr vertrauen.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

In einem Aufsatz im "Focus" wird auf einen Artikel in einer Fachzeitschrift verwiesen. Darin hat Staatssekretär Jörg Asmussen aus dem Bundesfinanzministerium - immerhin die rechte Hand von Finanzminister Steinbrück - über die Rolle des Staates im Markt für riskante ABS-Papiere berichtet. Die Sätze, die er im Oktober 2006 geschrieben hat, rauben einem heute fast den Atem. Ich zitiere: "Focus" schreibt:

Offenbar durften die Zocker-Banker denken, zumindest teilweise im Einklang mit der Bundesregierung zu handeln. Im Oktober 2006 schrieb Jörg Asmussen, damals noch Abteilungsleiter im Finanzministerium, in der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, es sei sinnvoll, dass sich der Markt für Asset backed securities in Deutschland stärker als bislang entwickelt.

Ich merke hier an: Asset backed securities, ABS-Papiere, sind das Unglück der Landesbank. Ich zitiere weiter: Der Finanzminister müsse darauf achten, dass den Instituten keine unnötigen Prüfungs- und Dokumentationspflichten entstehen werden, wenn sie gängige ABS-Produkte mit gutem Rating kaufen. - Das war im Oktober 2006 gängige Meinung.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Ich teile das nicht!)

Lieber Kollege Beyer, das ist nicht allein bei der Landesbank in Bayern so gewesen, sondern überall.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich muss Ihnen sagen, das, was wir im Untersuchungsausschuss erlebt haben - Gott sei Dank hat die Kollegin Rupp dort ein wenig Bankmanagement gelernt; das war gut für viele, die da gesessen sind -, hat uns gelehrt, das Risikomanagement war eine Katastrophe. Auch heute muss ich leider feststellen, dass das Risikomanagement der Bank anscheinend noch immer nicht besser ist. Denn wenn ich nicht kurzfristig Zahlen erhalte und aus den Bankunterlagen kurzfristig nicht erkennen kann, was für Risiken vorhanden sind, dann frage ich mich, was ist dieses Risikomanagement wert. Ich bin der festen Überzeugung, Finanzminister Huber hat durchaus ehrenvoll gehandelt, weil er die Konsequenz gezogen und die politische Verantwortung übernommen hat.

Man hat aber in der letzten Zeit auch - das sollte man nicht vergessen - Schaden abgewendet, auch von den Sparkassen. Ich erinnere hier nur an den Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse München, der gesagt hat, dass er statt mit 208 Millionen Euro nur noch

mit 26 Millionen Euro betroffen ist. Schade genug um die 26 Millionen Euro, aber immerhin ist der Betrag geringer geworden.

Zu den Kollegen von den Freien Wählern möchte ich sagen: Es ist natürlich ein ernstes Anliegen und auch sehr gut, Herr Aiwanger, wenn Sie die Vergangenheit untersuchen, aber wir haben das im Untersuchungsausschuss bereits sehr ausführlich getan. Ich empfehle Ihnen hierzu den Mehrheitsbericht, nicht den Minderheitsbericht, der ziemlich einseitig geschrieben ist.

(Beifall bei der CSU - Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

- Sie sollten vielleicht beide lesen, dann wird die Sache etwas runder.

Wissen Sie, so ein Kontrollorgan sollte sich nicht ausschließlich mit der Vergangenheit beschäftigen. Es geht darum, dass wir die Zukunft für die Landesbank so gestalten, dass wir mit dieser Bank wieder vernünftig Bankgeschäfte betreiben können. Ich gebe auch zu bedenken, was Herr Kollege Pschierer ganz deutlich gesagt hat. Wir haben im Untersuchungsausschuss bittere Erfahrungen gemacht. Es gibt in so einem Kontrollgremium, das die Landesbank beaufsichtigen soll, sicherlich Informationen, die höchst sensibel sind. Ich weiß nicht, ob sich nicht der eine oder andere, der sich dafür interessieren würde, die Landesbank zu kaufen, überlegt, ob er mit einem solchen Gremium im Hintergrund überhaupt noch interessiert ist. Über eines müssen wir uns vollkommen im Klaren sein: Auch wenn dieses Gremium in sensiblen Angelegenheiten geheim tagt, geht es ihm wahrscheinlich so wie dem Untersuchungsausschuss, wo die geheimen Papiere längst schon den Zeitungen überspielt worden waren, bevor wir selber sie im Untersuchungsausschuss gesehen haben.

Zur Kollegin Rupp möchte ich eines sagen: Sie hat vorhin gesagt, die Landesbank gehört dem Freistaat. Hier irrt die Kollegin Rupp; denn sie gehört mindestens zu 50 Prozent den Sparkassen des Freistaates.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, eines möchte ich festhalten: Die Verantwortlichkeit im Verwaltungsrat liegt nicht nur beim Vorsitzenden. Da gibt es auch andere. Ich glaube, hier wäre es dringend notwendig, dass sich die Sparkassen überlegen, wen sie in dieses Gremium entsenden.

Lassen Sie mich hierzu eines sagen: Ich finde es nahezu lachhaft, dass vom 17. bis zum 21. November in Frankfurt eine Tagung mit dem Titel "Euro Finance Week" stattfindet, auf der Herr Dr. Siegfried Naser zu "European Finance between Compliance and Supervision" reden soll. Ich frage mich, ob das dort der richtige Redner ist.

Lassen Sie mich noch auf eine ganz wichtige Sache eingehen. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass sich innerhalb der Banken einiges ändern muss. Es darf nicht mehr Druck auf Mitarbeiter ausgeübt werden, Produkte zu verkaufen einfach deswegen, weil der Vorstand sagt, mit diesen Produkten können wir sehr viel Geld verdienen. Es darf nicht sein, dass schlechte Kredite der Banken an die Verbraucher weitergegeben werden. Hier müssen wir ernsthaft etwas tun.

Nachdem Zertifikate der Lehman Brothers an Leute verkauft worden sind, die nun teilweise ihre Renten nicht mehr absichern können, muss man sich überlegen, ob nicht an eine Beweislastumkehr zu denken ist, sodass der Berater nachweisen muss, was er dem Kunden tatsächlich gesagt hat, und nicht umgekehrt.

(Beifall bei der CSU und bei den Freien Wählern)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, über eine konzertierte Aktion zur Regulierung des europäischen und internationalen Finanzmarktes und zu einer vernünftigen Finanzmarktaufsicht ist schon etwas gesagt worden. Ich appelliere, dass wir das politisch schnell durchsetzen; dann handeln wir politisch verantwortlich.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank. Das Wort hat der Abgeordnete Pohl.

**Bernhard Pohl (FW):** Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Wir Freien Wähler wollen Ursachen und Verantwortlichkeiten klären, und diese Debatte ist ein Beleg dafür, dass wir damit richtig liegen.

Herr Kollege Pschierer, es ist wirklich unglaublich, dass Sie jetzt auch noch die bayerischen Landräte für die Misere bei der Landesbank verantwortlich machen. Ich empfehle Ihnen, meine Damen und Herren, wenn Sie in Ihrem Stimmkreis sind, erzählen Sie Ihrem Landrat, erzählen Sie Ihren Verwaltungsräten in Fürth, in Kaufbeuren und sonstwo, dass sie die Verantwortung für die Misere bei der Bayerischen Landesbank tragen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Herr Staatsminister Huber - er ist wohl nicht mehr da -, ich habe durchaus Respekt vor Ihrer Entscheidung, persönlich Verantwortung auf sich zu nehmen. Allerdings hätten Sie sich in Ihrer Rede ruhig sachlich mit Frau Pauli auseinandersetzen können, anstatt sich süffisant über rhetorische Fähigkeiten auszulassen. Ich sage Ihnen, Frau Pauli war Ihnen nicht nur heute rhetorisch und inhaltlich meilenweit überlegen.

(Lachen bei der CSU - Dr. Manfred Weiß (CSU): Fasching!)

Meine Damen und Herren, Herr Huber hat recht, wenn er sagt, dass nicht er allein die Verantwortung trägt. Es sind schon alle Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung, die sich hier in die Pflicht nehmen lassen müssen; denn Sie werden mir nicht erzählen, dass bei einer Kreditaufnahme von 58 Milliarden Euro dies nicht jedem Mitglied der Staatsregierung im Detail bekannt war, und wenn doch, dann ist das ein Organisationsversagen ersten Ranges, dass man bei derartigen Geschäften einigen wenigen Personen Herrschaftswissen zubilligt.

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie haben den Rücktritt von Herrn Huber gefordert. Nun haben Sie diesen Antrag zurückgezogen.

(Christa Naaß (SPD): Entlassung!)

- Die Entlassung, richtig. Ich muss sagen, einerseits ist dieser Antrag kurz vor Ende einer Regierungszeit in der Tat nicht das Richtige. Auf der anderen Seite kann ich die Aufgeregtheit in der CSU nicht nachvollziehen; denn - er ist jetzt nicht da - der frühere Justizminister Sauter wurde via Handy wegen 300 Millionen verspekuliertem Geld bei der Landesbank von Ministerpräsident Stoiber entlassen. Hier geht es um einiges mehr. Wenn man sagt, das sei schäbig, dann kann ich das nicht nachvollziehen, wiewohl ich sage, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine derartige Forderung zur Unzeit erhoben wird.

Herr Schmid - Sie sind nicht da -, Sie haben davon gesprochen, dass die Maßstäbe verloren gegangen worden sind. Ich muss sagen, die Maßstäbe sind in der Tat verloren gegangen und Herr Schmid ist ein schlechter Strafverteidiger, wenn er Staatsminister Huber hier in Schutz nimmt.

(Thomas Kreuzer (CSU): Haben wir hier ein Strafverfahren?)

Auch wenn sein Mandat schwierig ist, ist er ein schlechter Strafverteidiger, weil er nicht rückhaltlos sagt, wir haben hier Fehler gemacht. Er sagt, die anderen seien schuld. Natürlich gibt es Mitschuldige. Herr Schmid, Sie hätten hier sagen müssen, auch ich bin Staatssekretär a. D., auch ich habe davon gewusst und habe daher Verantwortung auf mich zu nehmen.

Meine Damen und Herren, ist es die Aufgabe einer Landesbank, sich zwei Wochen vor Wegfall der Gewährträgerhaftung mit 58 Milliarden Euro einzudecken, um damit nicht in Bayern, sondern in den Vereinigten Staaten zu investieren? Ist das die Aufgabe der Bayerischen Landesbank? Was würden Sie als Eigentümer eines Unternehmens sagen, wenn Ihr Geschäftsführer mit 1,8 Jahresbudgets an der Börse spekuliert, statt sich um das Kerngeschäft zu kümmern? Das kann es doch nicht sein. Deswegen müssen wir hier über die Ursachen und die Verantwortlichkeiten reden. Wir können nicht sagen: Weiter so, der Sturm wird sich schon legen, und irgendwie werden wir die Löcher mit Privatisierungserlösen oder sonst etwas flicken. Ich hörte hier, die Gewährträgerhaftung sei die Ursache gewesen. Das ist genau das Gleiche wie die Aussage, der Minirock des

Opfers sei die Ursache für die Vergewaltigung gewesen. Das gibt es doch nicht. Es wurde hier gesagt, die Gewährträgerhaftung habe uns dazu verleitet, 58 Milliarden Euro aufzunehmen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wenn die Gewährträgerhaftung die Ursache wäre, hätte es derartige Desaster auch schon in den 70er, den 80er und den 90er Jahren geben müssen. Die Gewährträgerhaftung ist doch keine kurzfristige Erfindung. Für die Gewährträgerhaftung hat Helmut Kohl jahrelang gekämpft. Sie war ein Element unserer bayerischen Sparkassen. Wir alle haben es sehr bedauert, dass die Gewährträgerhaftung verschwunden ist. Jetzt soll die Gewährträgerhaftung für dieses Desaster verantwortlich sein. Nein, die Verantwortung liegt bei konkret handelnden Personen. Ich hätte mir gewünscht, dass diese Personen auch sagen, ihre Mitverantwortung habe dieses Desaster befördert.

Was sind die Auswirkungen? Wir haben massive Auswirkungen bei unseren Sparkassen. Einige Vorredner haben sehr richtig bemerkt, dass an den Sparkassen die heimische und die regionale Wirtschaft hängt. Wir können es uns nicht leisten, dass unsere Sparkassen in eine Schieflage geraten.

(Martin Zeil (FDP): Richtig!)

Dann hörte ich, der Verwaltungsrat habe keine Verantwortung. Warum gibt es den dann? Wofür gibt es einen Verwaltungsrat? Er ist ein Kontrollorgan. Dieses Kontrollorgan hat jetzt plötzlich keine Verantwortung mehr.

Wenn wir in die Zukunft schauen, müssen wir die Vergangenheit genau beleuchten. Wenn wir in die Zukunft schauen, müssen wir ehrlich und offen sagen, dass wir jetzt in einer finanziellen Situation sind, die wir uns nicht haben vorstellen können. Dieses Desaster der Landesbank hat ein Ausmaß, das einem Vielfachen der Investitionen in den Transrapid entspricht. Was haben wir gejubelt, als der Transrapid nicht kam, weil damit so viel Geld für Zukunftsinvestitionen frei wurde? Was ist jetzt? Alles das, was wir im

Wahlkampf den Bürgerinnen und Bürgern versprochen haben, muss plötzlich auf den Prüfstand und in Frage gestellt werden. Das ist die Situation, mit der wir uns auseinandersetzen müssen. Daher beantragen wir, größtmögliche Informationen zu liefern und in die Tiefe zu gehen. Alle müssen das gleiche wissen und hoffentlich auch einmal die Wahrheit erfahren. Nur auf dieser Basis können wir uns über die Zukunft Gedanken machen.

Ich warne vor Schnellschüssen jeder Art. Zwei Wochen vor Ende der Gewährträgerhaftung wurden schnell einmal 58 Milliarden Euro aufgenommen. Das sind Schnellschüsse. Ich warne vor solchen Schnellschüssen. Wir müssen sorgfältig arbeiten, denn die Sparkassen müssen erhalten bleiben. Sie sind die Kreditinstitute für die regionale Wirtschaft. Die Landesbank und die Sparkassen, nicht aber die Geschäftsbanken, sichern diese. Sie müssen die Kreditinstitute für die regionale Wirtschaft in Bayern bleiben, nicht aber für die regionale Wirtschaft in Massachusetts.

(Beifall bei den Freien Wählern)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Die Rednerliste enthält noch zwei Redner. Ich möchte Sie herzlich darum bitten, diesen auch die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken. Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Hanisch.

**Joachim Hanisch (FW):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Trotz all der Gendarstellungen und Rechtfertigungen in der Diskussion hat die Bayerische Landesbank ihr bayerisches Renommee verspielt. Sie hat die Flucht unter die Fittiche und zum Sanierungspaket der Bundesrepublik Deutschland angetreten. Von einigen Rednern wurde hier so getan, als wäre das alles gottgegeben, niemand könne etwas dafür und momentan herrsche eine Finanzkrise und eine Weltwirtschaftskrise. Das mag alles richtig sein. Die Bayerische Landesbank oder Landesbanken schlechthin haben aber andere Aufgaben als Lehman Brothers oder Merrill Lynch, wie diese Kreditinstitute auch immer heißen, die in Schwierigkeiten gekommen sind. Wenn die Landesbank ihren Aufgaben nachgekommen wäre, dem Mittelstand zu helfen, eine Hausbank der Bayerischen

Staatsregierung zu sein und dort für Hilfe zu sorgen, wo man sie braucht, dann wäre alles das nicht passiert. Es war eine Fehlentscheidung der Landesbank, sich Geld als Spielgeld zu organisieren. Alle, die dafür Verantwortung tragen, sollten auch zur Rechenschaft gezogen werden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die Zukunft der Landesbank ist angesprochen worden. Dafür fordern wir die Erarbeitung eines Konzepts. Es war von Fusionen die Rede. Darüber wurde schon diskutiert. Eine Fusion mit Baden-Württemberg ist doch nicht deswegen gescheitert, weil sie die Sparkassen nicht wollten. Sie ist gescheitert, weil sie die Bayerische Staatsregierung nicht wollte.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Als langjähriger Kommunalpolitiker auf allen Ebenen habe ich Probleme, wenn so getan wird, als wären die Privatisierungserlöse kein Geld des Freistaates Bayern. Natürlich kann ich sagen, dass der Haushalt nicht beeinträchtigt wird, weil es sich dabei um keine Haushaltsmittel handelt, weshalb der Haushalt auch keinen Schaden erleidet. Geld aus Privatisierungserlösen, das ich plötzlich nicht mehr oder nur mehr weniger habe, fehlt mir aber im gesamten Spektrum meines Investitionshaushalts und an allen Ecken und Enden. Deshalb kann ich nicht so tun, als wären diese Mittel keine Haushaltsmittel.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wenn es so ist, wie Sie, meine Damen und Herren von der Regierungspartei es zuvor dargestellt haben, sind die EON-Aktien offensichtlich schon verkauft. Sie liegen offensichtlich auf irgendeinem Depot. Wieviele Depots gibt es hier noch? Nennen Sie uns doch einmal die Zahlen und die Wahrheit. Dann können wir auch helfen, den nächsten Haushaltsplan vernünftig aufzustellen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Schauen Sie in den Haushalt und in die entsprechenden Unterlagen! - Martin Zeil (FDP): Das Depot ist bei der Landesbank!)

Das werden wir gründlich tun, meine Damen und Herren.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das raten wir Ihnen!)

Hier haben an allen Ecken Besonnenheit, Überblick und Verantwortung gefehlt. Wir fordern mehr Aufklärung über die Vergangenheit und ein Konzept für die Zukunft. Mit tröpfchenweisen Informationen muss Schluß sein.

(Beifall bei den Freien Wählern)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Das Wort hat der Abgeordnete Aiwanger.

**Hubert Aiwanger (FW):** Meine Damen und Herren, Hohes Haus! Ich mache es ganz kurz. Momentan liegen noch drei Anträge auf dem Tisch. Soweit mir die Sachlage klar ist, hat die SPD ihren Antrag auf Entlassung von Herrn Finanzminister Erwin Huber zurückgezogen. Die GRÜNEN haben ihren Antrag dahin abgeändert, dass nach § 40 der Geschäftsordnung vorgegangen wird. Die Freien Wähler können allen drei noch vorliegenden Anträgen zustimmen. Zunächst zu unserem eigenen: In meinen Augen hat diese Debatte bestätigt, es geht darum, wirklich aufzuklären, welche Leichen noch im Keller liegen und, wie diese Leichen zustande gekommen sind.

(Martin Zeil (FDP): Leichen kommen immer durch Tod zustande!)

Die GRÜNEN zielen in erster Linie darauf ab, den Status quo festzumachen und zu sagen, die Staatsregierung möge uns erklären, was derzeit überhaupt Sachstand ist. Da haben sie völlig recht. Es ist aber traurig genug, dass wir das hier erst beantragen mussten. Eigentlich sollte es eine Selbstverständlichkeit sein.

Der dritte Antrag ist der interfraktionelle Antrag, der in meinen Augen auch irgendwie seine Berechtigung hat.

(Martin Zeil (FDP): Der ist gut!)

Bei diesem Antrag kommt es darauf an, wie man in ausgestaltet, was dabei herauskommt. In meinen Augen geht dieser Antrag aber zu wenig in die Vergangenheit und hat zu wenig Aufklärungsauftrag. Der Antrag beschäftigt sich sehr viel mit der aktuellen Situation und mit der Zukunftsplanung für die Landesbank. Das hat seine Berechtigung, deshalb werden die Freien Wähler allen drei Anträgen zustimmen. Diese Anträge ergeben in der Gesamtsituation ein Puzzle, welches in sich sinnvoll ist. Wenn wir in dieser Situation angesichts der Finanzmarktkrise nur eine Lehre mitnehmen, dann sollte diese für die Zukunft sein.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

In Zukunft sollte man sich nicht mehr so viel auf die Berater und die Manager verlassen, auf die sogenannten Experten, die in der Regel nicht sehr viel mehr zusammenbekommen, als sich mit einer gelben Krawatte und mit gelverschmierten Haaren wichtig zu machen,

(Heiterkeit bei den Freien Wählern und bei der SPD)

Unternehmen an die Wand zu fahren und am Ende mehr Schaden zu hinterlassen als der Tsunami. Ich sage das in dieser Deutlichkeit. Wir müssen uns wieder auf unseren gesunden Menschenverstand verlassen.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Diese Berater, die die Landesbank in den Abgrund geführt haben, sind dieselben wie diejenigen, die Ihnen empfohlen haben, den Transrapid zu bauen. Es sind dieselben, die Ihnen empfohlen haben, nicht mehr so viel in den ländlichen Raum zu investieren, sondern in die Metropolen, weil die Bauerndörfer draußen angeblich nicht mehr so wichtig sind.

Meine Damen und Herren, wenn wir aus diesem Scherbenhaufen eine Lehre ziehen, dann kann das nur der Blick in die Zukunft sein, sich auf gewachsene funktionsfähige,

überschaubare Strukturen zu stützen, bei denen auch "Otto Normalbürger" noch durchblickt. Man darf sich nicht auf Berater verlassen, die uns nur Schaden zufügen.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wenn wir diese Lehre mitnehmen, dann ist etwas für Bayern gewonnen. Also: Für eine Politik des gesunden Menschenverstandes in den kommenden fünf Jahren! Dafür wollen die Freien Wähler ihre Stimme erheben.

(Beifall bei den Freien Wählern - Zuruf eines Abgeordneten der GRÜNEN: Bravo!)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht darf ich dem Parlament einen kurzen Tipp geben. Wir haben uns in der Geschäftsordnung darauf verständigt, und das wird auch in dieser Legislaturperiode so bleiben, dass hier, im Plenarsaal, Handys nicht - -

(Zurufe von der SPD)

- Moment, bitte. Das gilt für alle in diesem Hohen Haus, außer für die Fraktionstelefone. Ich wollte das nur bekanntgeben. Es kann sein, dass der Innenminister einen wichtigen Anruf bekommt, dann weiß er schon damit umzugehen, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Das wäre es auch schon gewesen. Ich wollte dies sagen, damit wir gleich zu Beginn unserer gemeinsamen Zeit wissen, dass wir uns hier einen gewissen Arbeitsstil und eine gewisse Arbeitsweise auferlegen.

(Martin Zeil (FDP): Sehr gut!)

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dürfte ich jetzt um Ruhe bitten, damit wir über die Anträge, die sehr ernst gemeint und eingereicht sind, in Anstand und Würde abstimmen können.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung über die mitberatenden Anträge.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Die SPD-Fraktion hat mitgeteilt, dass ihr Antrag betreffend "Entlassung des Staatsministers der Finanzen" auf der Drucksache 16/16 für erledigt erklärt werden könne. Ich gehe davon aus, dass damit Übereinstimmung besteht. - Das ist der Fall. Dann muss über diesen Antrag nicht abgestimmt werden.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der Freien Wähler betreffend "Bildung einer "sonstigen Kommission" nach § 40 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag" auf der Drucksache 16/17 abstimmen. - Wir sind in der Abstimmung. - Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion und die Fraktion der Freien Wähler. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das ist die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Bei Enthaltung des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Bericht über die aktuelle Lage der BayernLB" auf der Drucksache 16/18. Hierzu haben die Antragsteller einen Änderungsantrag gestellt. Danach sollen im Einleitungssatz die Worte "dem Landtag" durch die Worte "einer vom Landtag zu bildenden Kommission nach § 40 der Geschäftsordnung" ersetzt werden. Wer dem Antrag mit der vorgeschlagenen Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Dann ist der Antrag in der geänderten Fassung einstimmig angenommen. Vielen Dank.

Ich lasse nun noch über den interfraktionellen Antrag von CSU, FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 16/19 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Dann ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich. Die Tagesordnung für heute ist erledigt. Damit darf ich die Sitzung schließen. Es gibt sicher noch arbeitsreiche Abende.  
Auf Wiedersehen!

(Schluss: 18.56 Uhr)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 e auf:

### **Bestellung**

#### **der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Stiftungsrat der Bayerischen Landesstiftung**

Nach Artikel 8 Absätze 2 und 3 des Gesetzes über die Errichtung der Bayerischen Landesstiftung entsendet der Landtag in den Stiftungsrat sechs Vertreter, die für fünf Jahre bestellt werden. Nach Absatz 5 derselben Vorschrift können auch Stellvertreter bestimmt werden. Die Amtsdauer endet vorzeitig mit dem Ausscheiden aus dem Landtag.

Entsprechend dem Stärkeverhältnis der Fraktionen - Sainte-Laguë/Schepers - entfallen auf die Fraktion der CSU drei Mitglieder und auf die Fraktionen SPD, Freie Wähler und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils ein Mitglied sowie jeweils die gleiche Anzahl stellvertretender Mitglieder. Im Einzelnen liegen Ihnen die Vorschläge wieder auf einer Liste vor.

(siehe Anlage)

Wir kommen zur Beschlussfassung: Wer mit der Bestellung der von den vorschlagsberechtigten Fraktionen benannten Abgeordneten zu Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern des Stiftungsrates der Bayerischen Landesstiftung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 14 Absatz 4 der Geschäftsordnung die Zusammensetzung des Ältestenrats bekannt: Nach § 14 Absatz 2 der Geschäftsordnung besteht der Ältestenrat aus der Präsidentin, die im Verhinderungsfall vom Ersten Vizepräsidenten vertreten wird, und Vertretern der Fraktionen. Jede Fraktion erhält im Ältestenrat für die angefangene Zahl von je 15 Mitgliedern einen Sitz. Die Benennung ihrer Mitglieder und einer doppelten Anzahl von Stellvertretern obliegt den Fraktionen.

Die Fraktion der CSU hat demgemäß Anspruch auf sieben weitere Mitglieder, die SPD-Fraktion auf drei und die Fraktionen der Freien Wähler, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP auf zwei weitere Mitglieder. Insgesamt besteht der Ältestenrat damit aus 17 Mitgliedern. Im Einzelnen können die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ältestenrats der Ihnen vorliegenden Mitteilung aus der geänderten Drucksache 16/70 entnommen werden. Wir nehmen davon Kenntnis.

Außerhalb der Tagesordnung teile ich auch die von den Fraktionen benannten Mitglieder der Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB mit. Zum Vorsitzenden der Kommission wurde Herr Kollege Weidenbusch und zur stellvertretenden Vorsitzenden Frau Kollegin Rupp gewählt. Im Einzelnen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Landtagsdrucksache 16/73.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich bekannt, dass die SPD-Fraktion mitgeteilt hat, dass Frau Adelheid Rupp nicht mehr Mitglied der Kommission zur parlamentarischen Krisenbewältigung bei der BayernLB ist. An ihrer Stelle wurde als neues Mitglied Frau Dr. Simone Strohmayer benannt. Zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission wurde am 29. Januar 2009 Frau Kollegin Inge Aures gewählt. Ich bitte um entsprechende Kenntnisnahme.

Ich darf jetzt noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmungen zu den Dringlichkeitsanträgen zur Aufnahme der Gefangenen bekanntgeben. - Mit Ja haben gestimmt 73 Abgeordnete, mit Nein 91, Stimmenthaltungen gab es zwei. Damit ist der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/340 abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Wir kommen dann zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Daxenberger, Gote u. a. auf Drucksache 16/346. Mit Ja haben 67 Abgeordnete, mit Nein haben 90 gestimmt. Enthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Wir kommen zum Dringlichkeitsantrag zur Auflösung des Gefangenenlagers Guantánamo auf Drucksache 16/357, dem Dringlichkeitsantrag von CSU- und FDP-Fraktion. Mit Ja haben gestimmt 90, mit Nein 64, 1 Kollege hat sich der Stimme enthalten. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich darf jetzt noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den interfraktionellen Dringlichkeitsantrag Drucksache 16/358 zum Konzept zur Handhabung der Mindestschülerzahl bekanntgeben: Mit Ja haben 141 gestimmt, mit Nein 2; 19 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung  
zur Anpassung der Bezüge 2012 (Drs. 16/11000)  
- Erste Lesung -**

Auf die Aussprache wird seitens der Fraktionen verzichtet. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Das ist der Fall, dann ist das so beschlossen.

Im Einvernehmen mit den Fraktionen rufe ich zunächst den Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Abstimmung  
über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der  
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden  
(s. a. Anlage 6)**

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Listennummern 2 mit 5 und 7, die einzeln beraten werden sollen. Ausgenommen von der Abstimmung ist auch die Listennummer 1, über die im Anschluss ohne Aussprache einzeln abgestimmt werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen zu den übrigen Anträgen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 6)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Ich sehe ganz viele Hände. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Nun kommen wir zur Einzelabstimmung zur Nummer 1 der Antragsliste:

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
"Auf dem Weg zu einer geschlechtergerechteren Wirtschaft" - Expertinnen- und Expertenanhörung zur Care-Ökonomie (Drs. 16/9398)**

Während der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie Zustimmung mit der Maßgabe von Änderungen empfiehlt, schlägt der mitberatende Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit die unveränderte Annahme vor. Ich verweise

insoweit auf Drucksache 16/10802. Die CSU-Fraktion hat beantragt, der Abstimmung das abweichende Votum des mitberatenden Ausschusses zugrunde zu legen. Besteht damit Einverständnis? - Widerspruch erhebt sich nicht. Dann lasse ich so abstimmen. Wer dem Antrag in unveränderter Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Ich sehe Hände aus allen Fraktionen. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist der Antrag einstimmig in unveränderter Fassung angenommen.

Die Einzelberatung der weiteren hochgezogenen Anträge auf den Listennummern 2 mit 5 und 7 kann aus zeitlichen Gründen erst im nächsten Plenum am 14. Februar erfolgen.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 14 Absatz 4 der Geschäftsordnung noch bekannt, dass die CSU-Fraktion folgenden Wechsel im Ältestenrat mitgeteilt hat: Anstelle von Herrn Gerhard Wägemann wurde Frau Kollegin Christa Matschl als neue zweite Stellvertreterin von Frau Petra Guttenberger benannt.

Außerdem gebe ich gemäß § 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass die FDP-Fraktion anstelle des ausgeschiedenen Kollegen Dr. Franz Xaver Kirschner Herrn Kollegen Dietrich Freiherr von Gumpenberg als neues Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie benannt hat. Als Nachfolger für den ausgeschiedenen Kollegen Dr. Kirschner in der Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB wurde seitens der FDP-Fraktion Herr Kollege Karsten Klein benannt. Dessen bisherige Stellvertreterfunktion übernimmt Kollege Dietrich Freiherr von Gumpenberg.

Außerdem gebe ich bekannt, dass die Mitglieder der Kinderkommission des Bayerischen Landtags in ihrer Sitzung am 30. Januar für den vierten Turnus vom 31. Januar 2012 bis einschließlich 22. Oktober 2012 Frau Kollegin Claudia Stamm zur Vorsitzenden und Frau Kollegin Brigitte Meyer zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt haben.

Ich bitte um entsprechende Kenntnisnahme.

Wir kommen nun zum Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion und der CSU-Fraktion auf Drucksache 16/11139, "Keine Kürzungen bei der EU-Jugendarbeit". Hat sich die Fraktion der FDP entschieden, ob dazu eine Debatte erfolgen soll oder ob wir diesen Dringlichkeitsantrag in den Ausschuss überweisen? - Dann wird dieser Dringlichkeitsantrag zusammen mit den Dringlichkeitsanträgen auf den Drucksachen 16/11140 mit 16/11145 sowie den Dringlichkeitsanträgen auf den Drucksachen 16/11154 mit

## Schlussbericht

### der Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB

#### I. Allgemeines

Mit Beschluss des Landtags vom 23. Oktober 2008 (Drs. 16/22) wurde eine Kommission nach § 40 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag eingesetzt. Die Kommission wurde „Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB“ benannt.

In der 37. Sitzung am 11. Juli 2013 beschloss die Kommission, dem Landtag einen schriftlichen Tätigkeitsbericht vorzulegen.

Beiliegend übersende ich diesen Tätigkeitsbericht, der in der Sitzung am 11. Juli 2013 verabschiedet wurde.

München, den 11. Juli 2013

**Ernst Weidenbusch**  
(Vorsitzender)

#### II. Bericht der Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB

##### 1. Vorbemerkung:

Die Bayerische Landesbank geriet Ende 2008 in eine Existenz bedrohende Schieflage. Sie wurde daraufhin durch verschiedene Kapitalmaßnahmen des Freistaats Bayern im Umfang von insgesamt 10 Mrd. Euro sowie durch die Abschirmung der BayernLB vor Verlustrisiken aus strukturierten Wertpapieren (ABS-Portfolio) mittels Übernahme einer Garantie für Verlustrisiken in Höhe von bis zu 4,8 Mrd. Euro stabilisiert.

Vor dem Hintergrund der anstehenden erforderlichen Stützungsmaßnahmen des Freistaats Bayern zur Rettung der BayernLB fasste der Landtag am 23. Oktober 2008 auf Antrag der Fraktionen der CSU, der FDP, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den folgenden Beschluss (Drs. 16/22):

##### **„Einsetzung einer Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB**

*Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass der Vorstand der Bayerischen Landesbank am 21. Oktober 2008 vor dem Verwaltungsrat und der Öffentlichkeit erstmals einen Kapitalbedarf von insgesamt 6,4 Milliarden Euro dargelegt hat.*

*Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass die Anteilseigner Sparkassenverband und Freistaat Bayern sich im Hinblick auf die in Planung befindliche Kapitalerhöhung in Höhe von 1 Milliarde Euro bei der BayernLB auf eine Lösung verständigt haben. Der Verwaltungsrat der BayernLB hat am 21. Oktober 2008 beschlossen, Stabilisierungsmaßnahmen nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Bundes zu beantragen.*

*Der Landtag erachtet es für erforderlich, die von der BayernLB einzuleitenden Konsolidierungsmaßnahmen zu begleiten und setzt daher gemäß § 40 seiner Geschäftsordnung eine Kommission ein.*

*Der Kommission gehören zwölf Mitglieder (CSU: sechs Mitglieder, SPD: drei Mitglieder, Freie Wähler: ein Mitglied, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: ein Mitglied, FDP: ein Mitglied) an.*

*Die Kommission unterstützt die Vertreter des Freistaates Bayern in den Gremien der Bayerischen Landesbank bei der Wahrnehmung ihrer Kontroll- und Überwachungsbefugnisse in den Gremien der Bayerischen Landesbank. Hierzu wird sie die Staatsregierung bzw. den Vorstand der Bayerischen Landesbank zu regelmäßigen Berichten auffordern, die sich insbesondere auf folgende Fragen beziehen:*

- die bisherigen Strukturen und Geschäftsausrichtungen;
- aktueller Sachstand hinsichtlich der von der BayernLB beantragten Hilfen nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz des Bundes;
- die geplanten Konsolidierungsmaßnahmen und die aktuelle Finanzlage;
- die weiteren Überlegungen zum zukünftigen Geschäftsmodell und zur strukturellen Neuausrichtung der BayernLB.

Die Kommission soll darüber hinaus in einen Dialog mit Vertretern der Sparkassenseite eintreten, um einen Beitrag dafür zu leisten, dass die Sparkassen auch nach der erforderlichen Konsolidierung im Landesbankenbereich als leistungsfähige, unmittelbare Ansprechpartner im Bereich der Mittelstandsfinanzierung und für Privatanleger und Sparer gut aufgestellt sind.

Die Kommission wird Maßnahmen, die nach ihrer Einschätzung und Prüfung sinnvoll sind, in geeigneter Weise an die in den Gremien der BayernLB vertretenen Mitglieder der Staatsregierung herantragen, die ihrerseits die Kommission über das weitere Vorgehen unterrichten.

Die Kommission ist auch befugt, Sachverständige zuzuziehen.“

## 2. Zusammensetzung der Kommission/Sitzungen

Die Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB („LB-Komm“) besteht aus zwölf Mitgliedern.

Folgende Abgeordnete gehörten der LB-Komm an:

Vorsitzender:	Ernst Weidenbusch, CSU
stv. Vorsitzende:	Inge Aures, SPD (zuvor Adelheid Rupp, SPD)
Mitglieder:	Eike Hallitzky, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Karsten Klein, FDP (zuvor Dr. Franz Xaver Kirschner, FDP) Philipp Graf von und zu Lerchenfeld, CSU (zuvor Petra Dettenhöfer, CSU) Bernhard Pohl, FW Heinrich Rudrof, CSU Alfred Sauter, CSU Reinhold Strobl, SPD (zuvor Dr. Simone Strohmayer, SPD) Dr. Paul Wengert, SPD Peter Winter, CSU Josef Zellmeier, CSU

Die LB-Komm hielt im Zeitraum vom 27. November 2008 bis 11. Juli 2013 insgesamt 37 Sitzungen ab. Die Empfehlung der Kommissions-Mitglieder der Regierungsfractionen nach dem Abschluss des EU-Beihilfeverfahrens im Juli 2012 die LB-Komm aufzulösen, wurde nicht weiterverfolgt, die parlamentarische Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB wurde weiterhin fortgesetzt.

In der Regel erfolgten die Sitzungen der LB-Komm unter Teilnahme der Staatsregierung, vertreten durch das Staatsministerium der Finanzen, sowie eines oder mehrerer Vertreter der Bayerischen Landesbank.

## 3. Wesentliche Beratungsgegenstände des Gremiums

Die LB-Komm begleitete den gesamten Konsolidierungs- und Stabilisierungsprozess der BayernLB im Zeitraum vom November 2008 bis Juli 2013. Dabei behandelte die LB-Komm im Wesentlichen folgende Themen:

### a) Neues Geschäftsmodell der BayernLB

Aufgrund der existenzbedrohenden Schiefelage musste die BayernLB ihr Geschäftsmodell grundlegend ändern. So wurde Ende 2008 mit dem so genannten Projekt Herkules ein grundlegendes Restrukturierungsprogramm und eine strategische Neuausrichtung der BayernLB von den Gremien der Bank beschlossen. Die Grundzüge des damals beschlossenen neuen Geschäftsmodells wurden im Laufe des EU-Beihilfeverfahrens weiterentwickelt und insbesondere um die Anforderungen der EU-Kommission nach zusätzlichen Kompensationsmaßnahmen und Geschäftsbeschränkungen ergänzt. Das neue Geschäftsmodell sieht folgende Eckpunkte vor:

- Regionale Fokussierung auf Bayern, Deutschland und angrenzende Wirtschaftsräume Europas. Sämtliche Geschäfte müssen einen sogenannten „Deutschlandbezug“ aufweisen.
- Konzentration auf die Geschäftsfelder „Corporates, Mittelstand und Privatkunden“, „Immobilien & Sparkassen/Verbund“ sowie „Markets“ mit einer klaren Kundenfokussierung.
- Deutliche Redimensionierung der Bank durch Aufgabe von Geschäftsaktivitäten, Schließung von Standorten und Abgabe von Töchtern und Beteiligungen.
- Signifikante Kosteneinsparungen und Effizienzsteigerungen
- Konsequenter Abbau von nicht mehr zum Kerngeschäft gehörendem Bestandsgeschäft in einer separaten Einheit (sog. Restructuring Unit, „RU“).

Umstritten blieb in der Kommission, ob der Verkauf der 30.000 GBW-Wohnungen mit 85.000 Mieterinnen und Mietern anstatt an die Patrizia Immobilien AG auch an den Freistaat Bayern möglich gewesen wäre und ob beim Verkauf für den bestmöglichen Mieterschutz gesorgt wurde.

Die LB-Komm wurde umfassend über das Grundkonzept des neuen Geschäftsmodells der BayernLB informiert.

Die LB-Komm beschäftigte sich darüber hinaus mit der durch das Staatsministerium der Finanzen in Auftrag gegebenen Analyse der Beratungsgesellschaft Oliver Wyman. Über die im Rahmen des EU-Beihilfeverfahrens erfolgten Änderungen wurde laufend unterrichtet. Der letztlich von der EU-Kommission gebilligte Umstrukturierungsplan wurde den Mitgliedern der LB-Komm zugeleitet.

**b) Interne Abbaueinheit (RU)/keine Gründung einer rechtlich selbständigen Abwicklungsbank „Bad Bank“**

Bestandteil des neuen Geschäftsmodells ist die konsequente Trennung von nicht mehr zum Kerngeschäft der Bank zählenden Geschäftsbereichen und deren Bündelung in einer internen Abbaueinheit, der sog. „Restructuring Unit“ bzw. „RU“.

Die Mitglieder der LB-Komm ließen sich über Volumen und Inhalt der darin enthaltenen Risikoaktiva und das Abbauprogramm der RU informieren. Von der Bank wurde deutlich gemacht, dass nicht alle darin enthaltenen Geschäfte per se besonders risikoträchtig oder verlustreich sind.

Auf Grundlage eines Berichts der vom Staatsministerium der Finanzen beauftragten Citigroup Global Markets Deutschland AG wurde die Möglichkeit einer Ausgliederung bzw. Abspaltung der RU in eine rechtlich selbständige Einheit diskutiert und die Entscheidung des Staatsministeriums der Finanzen, diese Option nicht wahrzunehmen, mehrheitlich zustimmend zur Kenntnis genommen.

Zur RU zählt auch das ABS-Portfolio der Bayerischen Landesbank, das durch eine Garantie des Freistaats Bayern abgeschirmt ist. Im Zeitraum der Tätigkeit der LB-Komm konnte das Volumen von anfänglich rd. 20 Mrd. Euro auf rd. 8,4 Mrd. Euro (Stand: 31. Mai 2013) reduziert werden. Bislang liegen die aufgelaufenen Verluste mit rd. 990 Mio. Euro unterhalb des Selbstbehalts der Bank in Höhe von 1,2 Mrd. Euro. Über die Entwicklung des Portfolios berichtet das Staatsministerium der Finanzen regelmäßig zum 30. November eines Jahres dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags.

Für den nächsten Zahlungstermin zum Ausgleich der Verluste aus dem ABS-Portfolio sind im Haushaltsjahr 2014 380 Mio. Euro eingestellt.

**c) Personalangelegenheiten des Vorstands und der Mitarbeiter der BayernLB**

Die LB-Komm beschäftigte sich mit der Vergütungsstruktur (einschließlich der Leistung variabler Vergütungsbestandteile) sowohl des Vorstands als auch der Mitarbeiter der Bank.

Gegenstand der Diskussion waren auch die Aufhebungsverträge einzelner ehemaliger Vorstände der Bank. Ergänzend wurde der Sachverstand der Rechtsanwaltskanzlei Taylor Wessing zur rechtlichen Praxis bei Anstellungsverträgen von Organmitgliedern eingeholt.

Die Bayerische Landesbank berichtete außerdem über Inhalt und bilanzielle Folgen des Urteils des Bundesarbeitsgerichts vom 15. Mai 2012 zur Änderung des Versorgungssystems bei der Bank.

**d) Beauftragung eines Haftungsgutachtens zur Verantwortlichkeit des Vorstands und des Verwaltungsrats der BayernLB in Bezug auf die Investments in ABS-Wertpapiere sowie weitere Schadensersatzprozesse**

Die Mitglieder der LB-Komm befassten sich ausführlich und wiederholt mit der Frage der Verantwortlichkeit der Organmitglieder der Bayerischen Landesbank im Zusammenhang mit dem Entstehen der existenziellen Schieflage im Jahr 2008.

So beschloss die LB-Komm am 2. Juli 2009, bei der Kanzlei Flick Gocke Schaumburg (FGS) ein Gutachten zur Prüfung von haftungsrelevanten Tatbeständen bei Vorstand und Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank, insbesondere zur Vorratskreditaufnahme im Juni/Juli 2005 und der Verwendung der aufgenommenen Beiträge, in Auftrag zu geben.

Das Gutachten vom 13. Oktober 2010 wurde in der Sitzung am 15. Oktober 2010 von FGS vorgestellt. Laut Ergebnis des Gutachtens lasse die Gesamtwürdigung der gegebenen Informationen den Schluss zu, dass sowohl bei Vorstand als auch Verwaltungsrat Pflichtverletzungen vorgelegen hätten. Die Ergebnisse des Gutachtens wurden in der LB-Komm diskutiert und anschließend an das Staatsministerium der Finanzen mit der Bitte weitergegeben, diese den für die Verfolgung von Schadensersatzansprüchen zuständigen Gremien der Bank zuzuleiten.

Die LB-Komm befasste sich außerdem mit dem von der Generalversammlung der BayernLB bei der Kanzlei Hengeler Mueller in Auftrag gegebenen Gutachten zur rechtlichen Prüfung von haftungsrelevanten Tatbeständen bei Vorstand und Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank im Zusammenhang mit dem Aufbau strategischer Liquiditätsvorräte im Jahre 2005, den Investitionen in das ABS-Investmentportfolio der Bayerischen Landesbank und problematischen Kreditengagements (Hypo Real Estate, Lehman Brothers, Isländische Banken etc.). Das Gutachten wurde am 15. Juli 2010 in der LB-Komm vorgestellt und kommt zu dem Ergebnis, dass weder bei Vorstand noch Verwaltungsrat Pflichtverletzungen festgestellt wurden.

Die politische und rechtliche Verantwortlichkeit der Organe im Zusammenhang mit dem Erwerb der Hypo Group Alpe Adria (HGAA) wurde im Untersuchungsausschuss „BayernLB/HGAA“ (Drs. 16/3855) behandelt.

**e) Schadensersatzprozesse gegen ehemalige Organmitglieder der Bayerischen Landesbank**

Der Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank beschloss auf Grundlage verschiedener Haftungsgutachten, den seinerzeitigen Vorstand der Bayerischen Landesbank auf Schadensersatz in Höhe von 200 Mio. Euro wegen Pflichtverletzungen beim Erwerb der (HGAA) im Jahr 2007 und hilfsweise wegen Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit dem Erwerb von ABS-Wertpapieren in Anspruch zu nehmen. Entsprechende Klagen beim Landgericht München wurden eingereicht.

Der Vorstand der Bayerischen Landesbank beschloss außerdem, den ehemaligen Vorsitzenden und den ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats wegen Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit der HGAA in Anspruch zu nehmen.

Schließlich wurde ein weiteres Vorstandsmitglied wegen Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit der Veräußerung der Rechte der BayernLB an der Formel 1 auf Schadensersatz verklagt.

Die Mitglieder der LB-Komm ließen sich laufend über den Stand dieser Haftungsklagen, aber auch die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu den Themenkomplexen „Erwerb der HGAA“, „ABS-Investments der BayernLB“ und „Verkauf der Formel 1-Rechte“ informieren. Die strafrechtlichen und zivilrechtlichen Verfahren sind noch nicht abgeschlossen. Bezüglich der Thematik „Verkauf der Formel 1-Rechte“ wurden Schadensersatzansprüche von dem betroffenen Vorstandsmitglied mittlerweile anerkannt und der Rechtsstreit insoweit für erledigt erklärt.

Ein von Vorstand und Verwaltungsrat der BayernLB in Auftrag gegebenes Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte kam zu dem Ergebnis, dass der Kaufpreis für die Formel 1-Rechte am unteren Rand der ermittelten Wertbandbreite liegt. Aufgrund neuer Anhaltspunkte aufgrund einer Zeugenaussage von Dr. Gribkowsky macht die BayernLB gegenüber Herrn Ecclestone Ansprüche geltend, weil er durch seine Rolle beim Verkaufsprozess der BayernLB die Chance genommen hat, einen höheren, innerhalb der Wertbandbreite liegenden Kaufpreis zu erzielen.

**f) (ehemalige) Tochtergesellschaften der BayernLB (HGAA, MKB, DKB)**

Während des Bestehens der LB-Komm wurde die Entwicklung der BayernLB durch Probleme bei der ehemaligen Tochtergesellschaft HGAA und der ungarischen Bankentochter MKB belastet.

Im Jahresverlauf 2009 wirkte sich insbesondere die hohe Risikovorsorge bei der HGAA sowie abschließend im Dezember 2009 der Verkauf der HGAA an die Republik Österreich negativ auf das Jahresergebnis der Bank aus. Im Dezember 2012 kündigte die HGAA außerdem unter Verweis auf den angeblichen Eigenkapitalcharakter dieser Forderungen an, die bestehenden Kredite der BayernLB an die HGAA nicht mehr zu be-

dienen. Die BayernLB bestreitet unter Verweis auf zahlreiche Gutachten und die fehlende Substantiierung des Vorbringens der HGAA den Eigenkapitalersatz-Charakter und hat Feststellungsklage beim Landgericht München eingereicht.

Außerdem geriet die bis dato profitable ungarische Bankentochter MKB aufgrund der schlechten volkswirtschaftlichen Entwicklung in Ungarn und bankenfeindlicher Maßnahmen der ungarischen Regierung in wirtschaftliche Schwierigkeiten, die durch wiederholte Kapitalzuführungen der BayernLB ausgeglichen werden mussten.

Die Mitglieder der LB-Komm wurden regelmäßig über den Sachstand bei HGAA bzw. MKB unterrichtet.

Die Tochtergesellschaft DKB entwickelte sich weiterhin positiv. Die DKB konzentriert sich auf die drei Marktsegmente Privatkunden, Infrastruktur und Firmenkunden. Als sog. „Hausbank im Internet“ partizipiert die BayernLB damit am Trend zum Online-Banking und kann ihre Privatkundenbasis stetig ausbauen. Die DKB sichert damit einen schrittweisen Abbau der Abhängigkeit der BayernLB vom whole-sale-funding und sorgt für eine stabilere differenzierte Funding-Basis.

Die LB-Komm setzte sich insbesondere kritisch mit der negativen Berichterstattung über die DKB im Zusammenhang mit der sog. Finanzierung von „Schrottimmobilien“ sowie unter dem Stichwort „Clerical Medical“ mit der vermeintlichen Beteiligung am Vertrieb eines Anlageprodukts auseinander, bei dem Anleger finanzielle Schäden erlitten haben. Die Bank versicherte, dass die DKB die weit überwiegende Mehrzahl aller in diesem Zusammenhang geführten Prozesse entweder gewonnen oder einvernehmlich beendet habe. Die DKB habe ein seriöses Geschäftsmodell.

**g) EU-Beihilfeverfahren**

Die Stabilisierungsmaßnahmen zugunsten der BayernLB wurden am 18. Dezember 2008 von der EU-Kommission unter der Maßgabe genehmigt, innerhalb von sechs Monaten einen schlüssigen und fundierten Restrukturierungsplan für die BayernLB vorzulegen.

Am 20. April 2009 führte die LB-Komm eine Informationsreise nach Brüssel zur EU-Kommission durch. Hierbei erhielten die Mitglieder der LB-Komm von den zuständigen Kommissionsbeamten Auskunft zu den relevanten Themen im EU-Beihilfeverfahren der BayernLB.

Die BayernLB legte am 29. April 2009 einen Restrukturierungsplan vor. Daraufhin eröffnete die EU-Kommission mit Entscheidung vom 12. Mai 2009 ein förmliches Beihilfeverfahren.

Mit der Entscheidung vom 25. Juli 2012 in der Fassung vom 5. Februar 2013 wurden die der Bayerischen Landesbank gewährten Beihilfen von der EU-Kommission als mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt und die Maßnahmen genehmigt.

Die Mitglieder der LB-Komm ließen sich regelmäßig über den Stand dieses Beihilfeverfahrens informieren und diskutierten die verschiedenen Aspekte des EU-Beihilfeverfahrens. Hierzu gehörten insbesondere die Vorgaben zur Geschäftsbeschränkung und zur Bilanzsummenreduktion, die Vorgaben zum Verkauf von Beteiligungen (LBS, GBW AG), der von der EU-Kommission geforderte Beitrag der Sparkassen zur Lastentragung sowie die Vorgabe zur Rückzahlung von Beihilfen im Volumen von rd. fünf Mrd. Euro.

Zum Ende der Legislaturperiode befasste sich die LB-Komm schließlich mit dem Stand der bis dato erfolgten Rückzahlungen und den strategischen Perspektiven der BayernLB.

#### **h) Weitere Themen**

Den Mitgliedern der Kommission wurden regelmäßig die Quartalsberichte der BayernLB zur aktuellen Ergebnisentwicklung zugeleitet. Daneben befasste sich die LB-Komm auch mit jeweils tagesaktuellen Themen, so z.B. der wirtschaftlichen Situation des Hotels InterContinental Berchtesgaden Resort am Obersalzberg oder den Sponsoringaktivitäten der BayernLB und ihrer Tochtergesellschaften.

#### **4. Fazit**

Zu Beginn der Tätigkeit der Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB befand sich die Bayerische Landesbank in einer massiven wirtschaftlichen Schieflage.

Die Bank konnte jedoch in der Folgezeit durch die Kapitalzuführungen des Freistaats Bayern und die Abschirmung der Bank vor Verlustrisiken aus dem ABS-Portfolio sowie die Neuausrichtung des Geschäftsmodells stabilisiert werden.

Mit Abschluss des EU-Beihilfeverfahrens besteht zu einer Rechtssicherheit hinsichtlich der Zulässigkeit der vom Freistaat Bayern ergriffenen Maßnahmen, zum anderen bestätigt die EU-Kommission die Lebensfähigkeit der BayernLB und ihres neuen Geschäftsmodells.

Die BayernLB hat nach verlustreichen Jahresergebnissen zu Beginn der Legislaturperiode zuletzt wieder profitabel gewirtschaftet. Im letzten Geschäftsjahr 2012 erzielte der BayernLB-Konzern ein positives Ergebnis vor Steuern in Höhe von rd. 700 Mio. Euro. Die auf Basis der staatlichen Kapitalmaßnahmen und der Restrukturierungsmaßnahmen der Bank erreichte, solide Core-Tier 1-Quote (EBA-Standard) in Höhe von 12,8 Prozent ist Ausdruck der wiedergewonnenen Stabilität der Bank und trägt dazu bei, das Vertrauen von Ratingagenturen, Investoren und anderen Teilnehmern des Kapitalmarkts zu festigen.

Die im Zuge der Umsetzung der EU-Beihilfeentscheidung erfolgte Kapitalerhöhung des Sparkassenverbands bei der BayernLB erhöht die Anteilsquote auf 25 Prozent und unterstützt eine wieder engere Verzahnung der BayernLB mit den Bayerischen Sparkassen. Durch das neue Geschäftsmodell sowie die Konzentration auf den Heimatmarkt, insbesondere den dortigen Mittelstand, ist die Bank wieder risikoreicher geworden. Seit November 2012 konnte die BayernLB Zahlungen in Höhe von rd. 1,1 Mrd. Euro an den Freistaat Bayern leisten, wovon rd. 900 Mio. Euro auf den durch die Beihilfeentscheidung vorgegebenen Rückzahlungsplan anrechenbar sind.

Die Kommission hat die Bewältigung der Krise sehr eng, kritisch, aber konstruktiv und mit hohem Engagement begleitet. Es kommt jetzt darauf an, dass die Bank den eingeschlagenen Restrukturierungskurs konsequent fortsetzt. Ziel muss es sein, dass die BayernLB in Zukunft keiner weiteren Unterstützung des Freistaats Bayern mehr bedarf, sondern im Gegenteil in den kommenden Jahren möglichst viel des zugeführten Kapitals an den Freistaat Bayern zurückführen kann.